3 1761 07748324 6

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/oesterreichungar00redl

177 A

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 14 M. 2.50, geb. M. 3.50

Oesterreich-Ungarn als Großmacht

von

Dr. Alexander Redlich

Mit einer Karte

Berlin W 57
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

3326

C. A. Schwetschke & Sohn * Verlag * Berlin

Im August wurde ausgegeben:

Kaiser Franz Josef I.
als
König von Ungarn

von **Dr. Adolph Kohut**, Königl. Ungarischer Rat
450 S. mit einem Bildnis des Königs nach Prof. **László**
Preis M. **5.**—, geb. M. **6.50**, Luxusausgabe M. **10.**—

Das Werk ist eine Festgabe zum 86. Geburtstage des greisen Monarchen, aber es erlangt erhöhte politische, geschichtliche und kulturhistorische Bedeutung durch die enge Verbrüderung der beiden Kaiserreiche, die der Weltkrieg besiegelt hat. Viele hochwichtige und äußerst interessante, bisher zum großen Teil unbekannte Vorgänge und Einzelheiten schildert der Verfasser; auch unbekannte Urkunden von grundlegender Bedeutung werden hier zum erstenmal mitgeteilt. Ein besonderer Vorzug ist die volkstümliche, allgemein verständliche und lichtvolle Darstellung, denn bei aller Gründlichkeit und Genauigkeit war der Verfasser bemüht, ein Werk zu schaffen, das ein Volksbuch in des Wortes bester Bedeutung sein soll.

„Budapester Abendblatt."

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 14

Oesterreich-Ungarn als Großmacht

von

Dr. Alexander Redlich

Mit einer Karte

Berlin 1917
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

LIBRARY
JAN 18 1974
UNIVERSITY OF TORONTO

JB479
1302

DB
.8
R3

Alle Rechte vorbehalten.

PAVOL OCHODNICKÝ
IV | B | 3326
1953

UNIVERZITNÁ KNIŽNICA
BRATISLAVA
17. VII. 1958
K 8187/58

Einleitung.

Die vorliegende Untersuchung ist nicht als Rechtfertigungsschrift für die Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie oder für ihren Ehrgeiz, die Stellung einer Großmacht einzunehmen, gedacht. Die Daseinsberechtigung eines Staatswesens läßt sich weniger durch Argumente als durch Tatsachen beweisen; und diese Schrift erscheint in einer Zeit, in welcher Tatsachen von ungeheuren Dimensionen und von elementarer Kraft über die Schicksale der Staaten und Völker entscheiden, ohne daß ein einzelner Menschengeist noch die Macht besäße, die entfesselten Elemente aus ihrer Bahn abzulenken. Überdauert nun, wie wir hoffen und innerlich überzeugt sind, Österreich-Ungarn diesen größten aller Kriege, den es nach drei Fronten durchzukämpfen hat, und behält es nach dem Kriege seinen Charakter als europäische Großmacht bei, so werden wir diese Tatsache ohne jede theoretische Erwägung schon als Beweis seiner Existenzfähigkeit hinnehmen. Für alle weiteren Untersuchungen wird dann die Existenzfähigkeit der Monarchie nicht das Problem, sondern die Voraussetzung bilden.

Wenn ich aber in dem bisher Gesagten die Existenz einer gewissen elementaren Kraft und Notwendigkeit voraussetze, die dem historischen Geschehen seine Bahnen weist, so will ich damit den wesentlichen Einfluß menschlicher Erwägungen auf die politische Entwicklung keineswegs verdrängen. Die elementaren Voraussetzungen für das Bestehen eines Gemeinwesens können gegeben sein; ob es sich dann aber auch wirklich normal weiterentwickelt, das hängt davon ab, ob in seiner Mitte selbst und bei allen anderen, die an seinem Bestand interessiert sind, die Erkenntnis für seine Lebensbedingungen und der Wille vorhanden ist, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Die vorliegende Untersuchung will nun wenigstens in großen Zügen die Lebensbedingungen Österreich-Ungarns zu ergründen suchen, ja sie möchte sich unterfangen, an die Stelle allzu nebelhafter Vor-

stellungen scharf umrissene Erkenntnisse zu setzen. Daß diese Aufgabe jetzt mit aller Beschleunigung in Angriff genommen werde, ist nicht nur eine österreichisch-ungarische, sondern eine europäische Notwendigkeit; und deshalb ist auch der schwächste Versuch nach dieser Richtung, der sich einen abschließenden Erfolg gar nicht zumutet, immerhin gerechtfertigt.

Die staatliche Zusammengehörigkeit des österreichisch-ungarischen Länderkomplexes ist in weit zurückliegenden Zeiten und unter politischen Gesichtspunkten entstanden, die der heutigen staatlichen Entwicklung bereits fremd geworden sind. Die bloße vergleichende Betrachtung im Rahmen von Gegenwartsbegriffen kann deshalb nicht zu dem eigentlichen Wesen dieses ungewöhnlichen Staatsgebildes eindringen, sie trägt vielmehr dazu bei, das Bild noch mehr zu verwirren. Ohne einen ausgiebigen historischen Exkurs ist dem österreichisch-ungarischen Problem überhaupt nicht beizukommen. Die oberflächliche historische Betrachtung wird die Verschiedenheit und sogar Gegensätzlichkeit zwischen Österreich-Ungarn und den anderen europäischen Staaten in dem Augenblick beginnen sehen, wo die übrigen Staaten in entschiedener Weise ihre Entwicklung als Nationalstaaten beginnen. Mehrere von ihnen entstehen überhaupt erst zu diesem Zeitpunkt in ihrer heutigen Form. Österreich-Ungarn ist also nicht nur anders geartet als die Nationalstaaten, sondern es ist auch älter als viele von ihnen und, wie ich glaube, älter als das nationale Bewußtsein irgendeines europäischen Staates.

Seinen staatsbildenden Gedanken, der in einem gewissen Augenblick zu dem nationalen Staatsgedanken seiner Nachbarn in Gegensatz tritt, muß das alte Österreich einer früheren historischen Periode entnommen haben. Österreich hatte in seiner Geschichte mindestens zweimal die Möglichkeit, auf die Konsolidierung Deutschlands hinzuarbeiten, also die Initiative zur Bildung eines Nationalstaates zu geben. Das letztemal war dies der Fall um das Jahr 1848, die andere Gelegenheit, die ich meine, ist die Reformationszeit unter Karl V. und seinem Bruder Ferdinand. In beiden Fällen hätte Österreich, um sich an die Spitze der deutschen Nation zu stellen, nichtdeutsche Besitztümer vernachlässigen oder aufgeben oder doch zu ihnen in ein loseres Verhältnis treten müssen, Besitztümer, welche die Großmachtstellung Österreichs im damaligen Sinne zu sichern geeignet schienen. Die Wahl, die Österreich in solchen entscheidenden Fällen getroffen hat, zeigt, daß sein Großmachtgedanke in ihm stärker war als der Nationalgedanke.

Dieser flüchtige historische Rückblick genügt, um uns die Notwendigkeit einer Differenzierung innerhalb des Begriffes „Großmacht" vor Augen zu führen. Wir bemerken in der Geschichte Österreich-Ungarns eine Großmachtidee, welche zum Nationalstaat im Gegensatz steht und seine Existenz theoretisch auszuschließen scheint. Wir sehen aber andererseits in der Gegenwart einen Großmachtbegriff durch andere Staaten verwirklicht, der die nationale Geschlossenheit nicht nur nicht ausschließt, sondern sie geradezu als Grundlage betrachtet. Dieser Unterschied zwischen der Monarchie und anderen Staaten der Gegenwart ist wohl das Hauptargument derjenigen, welche die Daseinsberechtigung oder Daseinsfähigkeit Österreich-Ungarns anzweifeln. Gegen sie zu polemisieren ist nun allerdings nicht die Aufgabe dieses Buches. Wenn es sich aber darum handelt, das Wesen und die Lebensbedingungen der Monarchie kennen zu lernen, so muß der Versuch unternommen werden, die Verschiedenheit zwischen ihm und seinen Nachbarn möglichst gründlich zu erfassen und abzugrenzen. Das kann aber nicht durch die bloße Gegenüberstellung augenblicklicher Verhältnisse geschehen, sondern nur durch die Aufdeckung entwicklungsgeschichtlicher Zusammenhänge. Die Untersuchung hat nun mit der schon gemachten Feststellung zu beginnen, daß die staatliche Existenz Österreich-Ungarns auf einer Großmachtidee beruht, die mit nationaler Einheitlichkeit oder unbedingter nationaler Vorherrschaft nichts zu tun hat, und daß dieser Großmachtbegriff auf eine entferntere Vergangenheit zurückgeht, die älter ist als der Beginn der Entwicklung zum modernen Nationalstaat. Man wird nun den österreichischen Großmachtbegriff bis zu einem Zeitpunkt rückwärts verfolgen, wo er aufhört, eine österreichische Eigentümlichkeit zu sein, wo er vielmehr nichts anderes ist, als der allgemein gültige Begriff der Großmacht überhaupt. Man wird weiter in wenigen Zügen die Kräfte zu kennzeichnen haben, die jenen alten Großmachtbegriff bekämpften und fast überall zerstörten, während er in Österreich bestehen blieb. Man wird dann das Heranwachsen neuer Großmächte mit neuen Merkmalen, also das Entstehen eines neuen Großmachtbegriffs verfolgen und sich schließlich fragen, ob diese beiden Typen, die sich jetzt nur mehr entwicklungsgeschichtlich voneinander unterscheiden, nebeneinander existieren können bzw. ob der bestehende Typus des alten Großmachtbgeriffs, Österreich-Ungarn, imstande ist, sich auf Grund einer genügenden Anzahl gemeinsamer Züge dem neuen Typus bis zu einem gewissen Grade anzugleichen. Gelingt es uns, diese Frage an der Hand

wirklicher Tatsachen zu bejahen, so würde das vielgebrauchte aber vorerst etwas nebelhafte Schlagwort von der „Wiedergeburt Österreich-Ungarns" einen greifbaren Inhalt bekommen und es könnte dann vielleicht zu einem wirklichen Programm werden, nicht nur für diejenigen, welche es am nächsten angeht, sondern für alle, die an dem gedeihlichen Fortbestehen Österreich-Ungarns irgendwie interessiert sind.

I. Die Entwicklung des Großmachtbegriffs der Monarchie.

A. Weltreich und Hierarchie des Besitzes.

Die Habsburgischen Erbländer bilden formell erst seit wenig mehr als hundert Jahren ein geschlossenes Staatswesen, nämlich seit der Gründung des „Kaisertums Österreich" im Jahre 1804. In dem Augenblick, als die Würde des Römischen Kaisers deutscher Nation ihr Ansehen völlig verloren hatte, und als Napoleon durch die Annahme des Kaisertitels einem Ehrgeiz feste Formen verlieh, der über die Neugründung einer französischen Monarchie weit hinausging, hatte dieser Schritt des Kaisers Franz im Zusammenhange mit der zwei Jahre später erfolgten Niederlegung der deutschen Kaiserwürde eine eigentümliche und für unsere Untersuchung sehr wichtige Bedeutung. Napoleon hat den Königstitel von Frankreich nicht nur deshalb vermieden, weil er nicht an eine Tradition anknüpfen mochte, die von der Revolution zerstört worden war, sondern er wählte den Kaisertitel in dem vollen Bewußtsein seiner alten Bedeutung. Die Errichtung eines Kaisertums Österreich und die nahezu gleichzeitige Aufhebung der römischen Kaiserwürde bedeutete in diesem Augenblick die Lossagung von jenem Begriff der Universalherrschaft, der Napoleon in seinem romantischen Eroberungsdrange vorschwebte, der aber auch bis dahin das theoretische Fundament der habsburgischen Herrschaft gebildet hatte. In den Stürmen der napoleonischen Kriege ist also für Österreich erst der letzte Rest oder doch die letzte Formel jenes Großmachtbegriffs gefallen, der der universellen Theokratie des Mittelalters zugrunde lag. Bis dahin muß also — wenn auch mit abnehmender Intensität — diese alte Tradition auf das österreichische Staatsleben gewirkt haben. Die übrigen europäischen Staaten dagegen hatten inzwischen seit Jahrhunderten neue Wege der Staatsbildung eingeschlagen. Für sie vollzog sich die große Wendung in jenem Zeitraum, den wir als den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit zu bezeichnen gewohnt sind. Um die gemeinsamen Wurzeln zu finden, müssen wir also mit unserer Betrachtung bis vor diesen Zeitraum zurückgehen.

Wir müssen beim römischen Kaisertum des Mittelalters beginnen, welches, seit es im Hause Habsburg, wenn auch nicht formell, so doch der Sache nach erblich wurde, auf die Traditionen dieser Dynastie einen richtunggebenden Einfluß ausübte. Jede Staatsform und jedes Staatsideal kann nur verstanden werden im Zusammenhang mit dem Geist und den Verhältnissen der Zeit, in der dieses Staatsideal wurzelt. Das Mittelalter, der Nährboden des alten Kaisertums, ist sowohl für die Völker wie für die einzelnen Menschen die Zeit des fehlenden geistigen und physischen Eigentums. Es versteht sich, daß ich in bewußten Übertreibungen spreche und, um den Typus möglichst klar herauszuarbeiten, besonders von jenen Erscheinungen absehe, die in jahrhundertelangem, allmählichem Anwachsen die neue Zeit vorbereiteten. Ich spreche gewissermaßen von einem „offiziellen" Mittelalter und schalte alles das aus, was von den damals herrschenden Gewalten als aufrührerisch und ketzerisch verfolgt wurde. In diesem Sinne besitzt das mittelalterliche Europa tatsächlich kein geistiges Eigentum, keine geistigen Güter, die seine eigene Schöpfung sind oder die von ihm selbständig verarbeitet würden. Sein religiöses Leben ist ein Christentum, das von außen hereingetragen und von oben her bis in alle seine Einzelheiten dekretiert wird. Eine schöpferische Verarbeitung der Christenlehre gibt es nicht, es sei denn bei jener kirchlichen Opposition, deren Mitglieder man verbrannte, und die die Vorläufer der kommenden geistigen Revolution bildeten. Die Philosophie des Mittelalters ist ebenso dogmatisch wie seine Religion und stammt aus den Büchern des Aristoteles. Das philosophische Denken bewegt sich in den starren Formen der Scholastik. Die Kunst entringt sich erst am Ausgange dieser Periode dem Joche der fremden Muster, um auch hier wieder den Beginn einer neuen Zeit anzukündigen. Ebenso wie die geistige Betätigung des einzelnen in der Erfüllung angelernter Vorschriften sich erschöpft und das von den Oberen angestrebte Ideal einer völligen Uniformität ist, gibt es auch keine Scheidelinie zwischen dem Geistesleben der Völker. Die Mehrzahl der europäischen Nationen ist überhaupt erst in der Bildung begriffen, die längst vollendete deutsche in viele Teile zerspalten. Dies äußert sich auch in dem Entwicklungszustand der Sprachen, die außerdem wiederum keine offizielle Bedeutung besitzen. Sie sind eigentlich nur Mundarten. Die Sprache des Mittelalters ist das Lateinische.

Nicht anders verhält es sich mit dem physischen Eigentum. Das volkswirtschaftlich einzig wichtige Objekt ist Grund und Boden. Der

Boden aber gehört nicht seinem Besitzer — abgesehen von der kleinen Anzahl Freisassen —, sondern er ist ein Lehen. Einen eigentlichen Erwerb, eine materielle Produktion, die auf die Gesamtstruktur des Staates einen nennenswerten Einfluß besäße, gibt es nicht. Die produzierenden Klassen, der Bauer, der Handwerker und der Händler, zählen im gesellschaftlichen Aufbau des Staates nicht mit.

Der ideale Eigentümer aller geistigen und körperlichen Dinge, ja, man möchte auch sagen, aller Menschen, ist zwar durch die Praxis, gewissermaßen durch ein Kompromiß, in zwei Teile gespalten, aber doch in der Theorie als einer gedacht: der Kaiser-Papst. Der enge Zusammenhang dieser beiden Personen, in welche sich der Begriff gespalten hat, geht ebenso sehr aus ihren erbitterten Kämpfen, wie aus den engen Wechselbeziehungen ihrer Funktionen hervor. Bald krönt der Papst den Kaiser, bald setzt der Kaiser den Papst ein; der weltliche Arm wird der geistlichen Gewalt geliehen, der kirchliche Segen, also die moralische Unterstützung der Kirche, begleitet die Unternehmungen der weltlichen Herrschaft. Kaiser und Papst verleihen nun — ohne sich ihres Eigentumsrechts zu begeben — größere oder geringere Teile ihrer Machtvollkommenheit und ihres Universalbesitzes an ihre Untergebenen, die selbst wieder Eigentum des Herrschers, „Leib-eigen", sind. Diese können in derselben Weise das ihnen Geliehene weiterverleihen. Die Stellung des einzelnen im Staat und in der Kirche richtet sich danach, wie weit er auf dieser Stufenleiter — der Hierarchie des Besitzes und der Hierarchie der Lehre — von der Spitze entfernt ist. Die Gegenleistung für das Lehen ist die Kriegspflicht. Der Geistliche ist der Streiter der Kirche, so wie der Ritter Streiter des Kaisers ist. In Wahrheit ist der Ritter mit seinen kirchlichen Gelübden ein Streiter des Kaiser-Papstes, und der Kreuzzug ist der eigentliche Krieg des Mittelalters. Man kann mit einiger Übertreibung sogar umgekehrt sagen, daß jeder Krieg des Mittelalters ein Kreuzzug ist; denn er gilt der Ausbreitung der christlichen, das ist hier kaiserlich-päpstlichen Herrschaft bis zum idealen Ziel, der Weltherrschaft. Selbst das Wort Ziel ist hier bereits unrichtig angewendet, denn der Kaiser-Papst ist bereits theoretisch Herr der Welt und seine Kriege sind der Idee nach Expeditionen zur Unterwerfung von Rebellen.

Danach läßt sich der Großmachtbegriff des Mittelalters etwa folgendermaßen umschreiben. Es handelt sich um ein Staatswesen von theoretisch universeller Ausdehnung, zusammengehalten durch eine feststehende religiöse Idee, die ohne die geistige Mitarbeit des

Volkes unverrückbar vorhanden ist und durch die Zusammensetzung oder tatsächliche Abgrenzung des Volkes in ihrer Wirksamkeit nicht beeinflußt werden kann. Der Träger des mittelalterlichen Staatsbegriffs, welcher die Verkörperung dieser Idee ist, hat auch materielle Funktionen, nämlich als Gesamteigentümer aller Güter, die ihrem Wesen nach wiederum unbeweglich sind. Der Begriff der Arbeit, der Produktion, hat keine wirtschaftliche oder politische Bedeutung. Vielmehr bildet der Anteil am unbeweglichen Besitz das Kriterium für die gesellschaftliche Stellung und politische Berechtigung des einzelnen im Staate. Die durch das Lehenssystem geschaffene *Hierarchie des Besitzes* ist die einheitliche Grundlage, auf der der politische, soziale und wirtschaftliche Aufbau des Staates beruht. Die Stellung innerhalb der Hierarchie ist allerdings an eine Leistung gebunden, die volkswirtschaftliche Bedeutung hat. Das ist der Kriegsdienst, der vom Kaiser gefordert wird. Der Kaiser, die Verkörperung der Staatsgewalt, ist es, der eine Vermehrung des Nationalvermögens allein bewirken kann und zu bewirken hat. Er ist, nach der bewußt falschen Auslegung des Titels „Augustus", der „Mehrer des Reiches". Diese Vermehrung des Nationalvermögens kann nur durch Eroberung, also durch Gewinnung von neuem Grund und Boden geschehen. Nach dem Kriege vergibt der Kaiser Lehen aus dem neugewonnenen Besitzstande; denn auch für die Staatsgewalt des Mittelalters besteht in gewisser Hinsicht das Problem der Versorgung des Bevölkerungszuwachses durch entsprechende Vermehrung des Nationalvermögens. Wir sehen, daß diese volkswirtschaftliche Aufgabe hier auf rein extensivem Wege gelöst wird.

B. Der bürgerliche Individualismus und Nationalismus.

Dieses feste Gefüge kommt ins Wanken, weil seine wesentlichen Voraussetzungen durch die natürliche Entwicklung umgestoßen werden. Ja, es wird negiert durch die bloße Tatsache, daß es eben eine Entwicklung gibt. Erinnern wir uns, daß das Mittelalter als die Zeit ohne geistiges und materielles Eigentum bezeichnet worden ist. Dann werden wir verstehen, daß eine Veränderung gerade dieses Zustandes, der zum Wesen der mittelalterlichen Staatsform gehörte, auch eine politische Umwälzung hervorrufen mußte. Um die Wende der beiden Zeitalter, die wir Mittelalter und Neuzeit nennen, haben die Menschen in Europa geistiges und materielles Eigentum erworben.

Indem ich diesen Satz ausspreche, lege ich den Ton auf das Wort Erwerben. Die Güter, um die es sich handelt, konnten nur durch die eigene Tat zu einem wirklichen Eigentum werden, und diese Tat, welche den Besitzer mit seinem Gut so innig verknüpft, wie den Schöpfer mit seinem Geschöpf, nenne ich eben das Erwerben von Eigentum.

Die historische Entwicklung ist letzten Endes verursacht durch eine Entwicklung der Menschen, oder vielmehr, das historische Geschehen ist eben nichts anderes, als die Erscheinungsform dieser menschlichen Entwicklung. Die gesetzmäßige Entfaltung neuer Fähigkeiten und der Drang, sie zu betätigen, waren die Kräfte, welche den alten Rahmen menschlichen Zusammenlebens sprengten, um sich einen neuen zu schaffen.

Wollen wir diese komplizierten Erscheinungen, die hier ja nicht einmal oberflächlich gekennzeichnet werden können, in ein gebräuchliches Schlagwort fassen, so werden wir sagen, daß hier die Zeit des Individualismus beginnt. Das Zeitalter, von dem wir sprechen, schließt aber nicht nur die Geburtsstunde des Individualismus in sich, sondern auch die der Nationen und des Nationalismus. Ich möchte davor warnen, das Wesen der Nation mit einer Rassentheorie abzutun. Welche Wege die Vererbung bestimmter typischer Merkmale bei den Völkern geht, das wissen wir ebensowenig oder noch weniger wie bei den Individuen. Wohl aber gibt es in der Geschichte kaum ein Volk, das wir bei genauer Untersuchung nicht als Mischvolk bezeichnen können, ohne daß wir jedoch seine gemeinsamen typischen nationalen Eigenschaften zu leugnen vermögen. Vor allem gilt dies — und darauf kommt es hier an — für fast alle Nationen des heutigen Europa. Wir dürfen sagen, daß sich während des Mittelalters die heutigen Nationen aus verschiedenen aufeinander gepfropften Elementen gebildet haben, und daß jede von ihnen dennoch zu einer um so festeren Einheit verwachsen ist, je früher dieser Prozeß begann. Es ist auch nicht einmal anzunehmen, daß immer solche Elemente zusammengekommen wären, die durch Stammesverwandtschaft zur Verschmelzung prädestiniert waren. Kelten, Dänen, Sachsen und romanisierte Normannen eignen sich zu einer Verschmelzung nicht besser und nicht schlechter als Deutsche, Slawen und Italiener. Wir können also diesen Verschmelzungsprozeß nur zurückführen auf ein jahrhundertelanges Zusammenleben unter gleichen Verhältnissen des Klimas, der Lebensweise, der Staatsordnung, ja der Weltanschauung. Hier scheint mir die merkwürdige positive Kraft der mittelalterlichen dogmatischen Universalherrschaft mit ihrem Zwang

zum Beharren zu liegen, daß sie aus dem Chaos der Völkerwanderung allmählich gesonderte völkische Individualitäten erstehen ließ. Es scheint, daß dieser Prozeß sich aber nur in einer Zeit vollziehen konnte, wie es das Mittelalter war: nach einer Völkerwanderung, welche die alten Zusammenhänge zerstört hatte, und unter der Herrschaft eines fremden Gesetzes, in einer Zeit ohne geistiges Eigentum.

Aus der Umkehrung dieses Satzes ergibt sich aber ein positives Gesetz für die Verschmelzung verschiedener Volksteile zu einer Nation: sie findet unter solchen statt, die den Übergang aus einem „Mittelalter" (Zeit ohne selbstgeschaffenes geistiges Eigentum) in das Zeitalter eigener geistiger Kulturarbeit, das Zeitalter des Individualismus gemeinsam zurücklegen. Die Rassenfrage innerhalb des Nationalitätenproblems reduziert sich dann auf die Frage, welcher Grad der Verschiedenheit eine solche gemeinsame kulturschöpferische Arbeit noch zuläßt. Diese noch von keinem Theoretiker beantwortete Frage hat mit unserer Untersuchung nichts zu tun. Wohl aber ist für uns die Feststellung wichtig, daß die Möglichkeit der nationalen Verschmelzung an eine bestimmte Periode der Kulturentwicklung gebunden ist, die soeben gekennzeichnet wurde. Ist diese historische Periode versäumt, so wird die nationale Trennung bestehen bleiben, und es hat keinen Sinn, diesen Zustand gewaltsam ändern zu wollen oder ihm nicht Rechnung zu tragen.

Wenn wir einräumen, daß der persönliche wie der völkische Individualismus in der Hauptsache gekennzeichnet wird durch die neue Stellungnahme zum geistigen und materiellen Eigentum, die sich im selbständigen Erwerben ausdrückt, so werden wir verstehen, daß nicht jeweils das *ganze* Volk gleichmäßig zum Träger der neuen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Kultur wird, sondern nur eine bestimmte soziale Schichte. Und zwar wird das nicht die in der alten Hierarchie des Besitzes und der Lehre schon bevorrechtete Oberschicht sein, sondern eine tiefer stehende, die noch das Bedürfnis, aber auch bereits die Fähigkeit des Erwerbens besitzt. Diese Schichte ist nach ihrer Herkunft nicht einheitlich; sie stammt teils aus dem Bauernstande, teils aus dem kleinen, oft besitzlos gewordenen Adel und konsolidiert sich allmählich durch das enge Zusammenleben und Zusammenarbeiten in den Städten zu dem geschlossenen Stande des *Bürgertums*.

Der hohe Adel dagegen besitzt zunächst keinen Anteil an der kulturellen Umwälzung, die sich an der Schwelle der Neuzeit vollzieht. Mit dem Verfall der alten Kaiseridee sehen wir eine par-

tikulariſtiſche Bewegung der Territorialherren entſtehen, die eigentlich ein Feſthalten politiſcher Rechte auf Grund des Beſitzes an Boden anſtrebt, alſo durchaus konſervativ iſt. Das Emporkommen des Bürgertums im Staate beruht darauf, daß ſeine ſchöpferiſche Tätigkeit ihm mit der Zeit Machtmittel in die Hand gab, die ſich ſtärker erwieſen als die des Feudalismus. Dieſe neuen Machtmittel ſind in erſter Linie wirtſchaftlicher Natur. Der neue Stand befreit ſich zunächſt dadurch aus der Abhängigkeit vom Feudalismus, daß ſich ſeine Mitglieder auf Grund der eigenen Arbeit von ihrer Abhängigkeit vom Grundbeſitz emanzipieren. Es kommen jene Zeiten, in denen der einzelne nicht mehr, wie ehemals Walther von der Vogelweide, ſo lange ohne Brot und Obdach umherziehen muß, bis er ausrufen darf: „ich habe mein Lehen“. Der Bürger bedarf der Belehnung mit Land nicht mehr. Er lebt zunächſt von ſeiner Hände Arbeit, die er durch Tauſch in diejenigen Werte umſetzen kann, die er ſelbſt zum Leben braucht. Die erſte wirtſchaftliche Erſcheinungsform des Individualismus iſt mithin das Gewerbe. Es bedeutet aber nicht nur eine Verringerung der eigenen Abhängigkeit des Bürgers von den bisher bevorrechteten Klaſſen, ſondern auch die Errichtung einer Abhängigkeit dieſer anderen Klaſſen vom Bürgertum. Wie die ſchöpferiſche Kraft der einzelnen ein Stück der kulturellen Entwicklung bildet, ſo entſtehen auch durch dieſelbe Kulturentwicklung die Bedürfniſſe nach neuen Werten, die eben durch den Bürgerfleiß geſchaffen werden. Der mittelalterliche Hausſtand iſt, wenn auch nicht in wörtlichſter Bedeutung, wirtſchaftlich ſelbſtgenügend, oder, um uns des techniſchen Ausdrucks zu bedienen, er beſitzt die wirtſchaftliche Autarkie. Mit dem Aufhören dieſes Zuſtandes tritt eine wirtſchaftliche Abhängigkeit aller von allen ein, und an die Stelle der ſtabilen Selbſtgenügſamkeit tritt ein labiles Gleichgewicht des Austauſches von Werten. Das Bewegen und Verteilen der Waren wird zu einer ebenſo regelmäßigen wie notwendigen Betätigung: der Handel erhält ſeine wichtige Stellung im Wirtſchaftsleben. Der Handel ſtürzt aber nicht nur die Autarkie der Hauswirtſchaft um, ſondern er entzieht auch dem Staate ſeine grundſätzliche Bedeutung für das Wirtſchaftsleben. Der Feudalſtaat iſt als ſolcher ein wirtſchaftlicher Organismus von abſoluter Geſchloſſenheit. Er iſt es nicht durch Zölle oder andere äußere Zwangsmittel, ſondern durch ſein Verhältnis zum Grundbeſitz, das die Baſis des geſamten ſozialen und politiſchen Aufbaues bildet. Der Handel ſetzt ſich über die politiſchen Grenzen hinweg und iſt gleich von vornherein international,

sowie er größere Ausdehnung gewinnt. Um aber das unbegrenzte Feld des Güteraustausches auch nur einigermaßen zu beherrschen, bedarf auch der Handel der Organisation. Der Ort der Erzeugung und der des Absatzes liegen keineswegs immer nahe beieinander. Um nun Zeit und Raum zu überwinden, muß der Kaufmann eine Vorratswirtschaft großen Stils einführen. Er muß imstande sein, Waren zu erwerben, deren Abnehmer er noch nicht kennt, und er kann nicht mehr, wie beim eigentlichen Tauschhandel, die Waren unmittelbar vom Erzeuger zum Abnehmer bewegen. Er muß sie vielmehr in einer Zentrale aufstapeln, wo sie bis auf weiteres sein Eigentum sind, über das er je nach der Gelegenheit verfügt. Dieses Kaufmannslager stellt einen Besitz dar, der ebenso wie der Grund und Boden des Feudalaristokraten eine gewisse Macht verleiht. Dieser Besitz ist aber beweglich und verändert sich von einem Tag zum anderen. Er ist für den Kaufmann selbst, der als Verbraucher der einzelnen Gegenstände ja nicht in Betracht kommt, etwas vollkommen Abstraktes. Der Ausdruck dieser Abstraktion ist das Geld als allgemeinstes und völlig neutrales Kaufmittel. Es bildet gewissermaßen den sichtbaren Ausdruck und Maßstab des Anteils, den jeder einzelne an dem gesamten Tauschverkehr, also an dem Umsatz der gesamten rollenden Werte besitzt. Eine bestimmte Geldsumme ist eine Anweisung auf einen nur im Wert begrenzten, sonst aber ganz beliebigen Anteil an den verkäuflichen Gütern der Welt. Der Besitz solcher abstrakter Anteile erlangt nun für den einzelnen diejenige wirtschaftliche Bedeutung, die früher das Lehen hatte, d. h. der konkrete Anteil an der Bodenbenutzung. Der Wandel von dem einen Zustand zum anderen ist der Übergang von der feudalen zu der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Kapitalismus ist das Wirtschaftssystem des Bürgertums, und die wachsende Macht des Kapitals bringt auch die anwachsende nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche und politische Macht des Bürgertums mit sich.

Zur gleichen Zeit beginnt auch das Gewerbe sich zu organisieren. Es hört auf, ausschließlich Einzelarbeit zu sein. Wenn bisher jeder neugeschaffene Gegenstand das Werk eines Individuums war, so wird das mit der Zeit anders. Jeder einzelne Gegenstand wird allmählich von vielen Händen geschaffen, und zwar durch ein Zusammenwirken, durch welches diese Vielheit im Rahmen ihrer gemeinsamen Arbeitsleistung zu einer höheren Einheit wird. Die Organisation ist keine einfache Addition der Kräfte, sondern ihre Ver-

vielfachung. Der Organismus, der aus vielen Einzelwesen besteht, wird zu einem Wesen für sich. Das einfache Gewerbe ist zur Manufaktur geworden. Ihre Wechselbeziehungen zum Handel sind enger, als die des einfachen Gewerbes es waren. Während der Kleingewerbetreibende früher auch gleichzeitig oft ein kleiner Kaufmann war, der seine Produkte einzeln vertrieb, arbeitet die Manufaktur gerade infolge ihrer Massenerzeugung nach und nach für den Händler, der planmäßig den Vertrieb auf einem größeren Absatzgebiet zu besorgen hat. In diesem Stadium der Entwicklung sehen wir zum erstenmal in allen europäischen Ländern ein staatliches Interesse an der Förderung des Gewerbes erwachen. Der Staat, der in dieser Zeit gelegentlich selbst zum Unternehmer wird, schützt die Manufakturbetriebe vor der nunmehr zum erstenmal wirksam auftretenden Konkurrenz des Auslandes. Er versucht, das Land zur gewerblichen Autarkie zu zwingen, indem er Einfuhrverbote erläßt. Zur Autarkie würde dieses System aber nur führen, wenn das heimische Gewerbe imstande wäre, die Bedürfnisse auf allen Gebieten mit einiger Gleichmäßigkeit zu befriedigen und ohne die Vermittlung anderer Nationen die nötigen Rohstoffmengen zu erlangen. Dieses Bestreben zeitigt also nicht nur die planmäßige Förderung des Großgewerbes, sondern auch die des Handels mit Rohstoffen und zu diesem Zwecke die der Schiffahrt. In diesem Stadium haben nun Handel und Gewerbe ihren Platz unter den innerpolitischen Angelegenheiten der Staaten errungen. Der Eintritt des Großgewerbes in den anerkannten Interessenkreis der inneren Politik, der sich im achtzehnten Jahrhundert vollzieht, findet bereits eine Spaltung in dem früher einheitlichen Stand der Gewerbetreibenden. Einmal besteht schon der Unterschied zwischen dem Kleingewerbe und dem Großgewerbe, der *Industrie*. Die letztere ist, ebenso wie der Großhandel, kapitalistisch und verliert im gleichen Maß den streng individualistischen Zug, den das Gewerbe ursprünglich hatte: man wird im Großgewerbe nicht mehr auf Grund des Befähigungsnachweises allein Meister wie im Kleingewerbe, sondern man bedarf dazu einer gewissen wirtschaftlichen Kraft, die nicht unbedingt erworben werden muß, sondern beispielsweise ererbt werden kann. Industrielle wie kaufmännische Unternehmungen großen Umfanges werden mehr und mehr zu einer Art von unbeweglichem Besitz, und gerade damit erwerben ihre Inhaber mit der Zeit auch außerhalb des städtischen Gemeinwesens die politischen und gesellschaftlichen Rechte eines „Standes". Der Großgewerbetreibende tritt also in einen gewissen

Gegensatz nicht nur zum Kleingewerbetreibenden, sondern auch zu seinem eigenen Arbeiter, der nun nicht mehr selbständiger Meister werden kann. Die neue Entwicklung, die unter der Fahne des Individualismus zunächst die wirtschaftliche Unabhängigkeit jedes Produzierenden ermöglichen sollte, führt nun zu neuen Abhängigkeiten und schafft in dem neuen Wirtschaftssystem eine Bevölkerungsklasse, deren wirtschaftliche Stellung am ehesten der des leibeigenen Bauern im alten System zu vergleichen ist: das Proletariat.

C. Absolutismus und Nationalismus.

Mit dieser Trennung des dritten Standes in mehrere Schichten würden wir bereits in die Zeit des bürgerlichen Staates vorgreifen. Wir haben aber noch vorher einiges über die politischen Vorgänge jener Übergangszeit zu sagen, deren wirtschaftliche Grundlagen wir soeben kennzeichneten. Das politische Leben dieser Übergangszeit ist ausgefüllt durch den Kampf dreier verschiedener Gewalten um die Herrschaft im Staate, durch den Kampf dreier Souveränitätsprinzipien um die endgültige Anerkennung. Adel und Geistlichkeit verteidigen das alte feudale und theokratische Prinzip der Hierarchie; der dritte Stand kämpft um den bürgerlichen Staat, dessen Charakter noch genauer zu schildern sein wird. Bei beiden handelt es sich um geschlossene Staatssysteme. Zwischen ihnen steht als drittes Herrschaftsprinzip der Absolutismus als eigentlicher politischer Ausdruck des individualistischen Übergangsstadiums. Er verkörpert die politische Systemlosigkeit dieses Zeitalters. Denn während die Stellung des alten Kaisers als Spitze einer Hierarchie eine wohlbegründete organische Bedeutung besaß, ist dies beim absoluten Herrscher nicht der Fall. Ihm fehlt vor allem die wirtschaftliche Grundlage einer solchen Machtstellung, da er nicht mehr als Lehensherr über den gesamten Boden verfügt, und da auch dieser selbst vor allem nicht mehr die einzige Grundlage der Volkswirtschaft ist. Vielmehr entwickelt sich zwischen dem absoluten Herrscher und dem Feudaladel ein starker politischer Gegensatz, da der letztere auf die alten politischen Vorrechte des Grundbesitzes — entsprechend dem von ihm vertretenen alten Staatsideal — nicht verzichten will. Diese Spannung führt überall in Europa zu einem Kampf zwischen Königtum und Territorialherren. Der Ausgang dieses Kampfes richtet sich danach, ob das Königtum außer seinen bewußten Rechts-

titeln im einzelnen Fall noch einen unbewußten aber viel wirksameren besitzt, nämlich den der nationalen Einheit. Darum sehen wir in Frankreich den Absolutismus einen vollen Sieg erringen, und es ist ein Zeichen für die historische Notwendigkeit dieses Vorganges, daß das Bürgertum, der geborene Träger des Nationalismus, sich auf die Seite des Königs stellt. In Deutschland wie in Italien dagegen endet der Kampf mit dem Siege der Territorialherren, bzw. mit einer völligen Zersplitterung. Italien wird das Land der fremden Herrschaften und der Stadtrepubliken, in Deutschland werden die Territorialherren zu unabhängigen Fürsten, trotz des nominellen Fortbestandes der Kaiserwürde. In Deutschland hat es einen einheitlichen Absolutismus nie gegeben. Anderseits aber sehen wir auch in Deutschland das Bürgertum zuerst als Träger des nationalen Staatsgedankens auftreten, und zwar wiederum im Kampf gegen den Feudalismus. Hier, wo von einem aus praktischen Gründen geschlossenen Bündnis zwischen Königtum und Bürgertum nicht gut gesprochen werden kann, zeigt sich auf das deutlichste die ursprüngliche Identität zwischen Nationalismus und bürgerlicher Demokratie.

In Österreich findet der Absolutismus im Bürgertum keine so kräftige Stütze gegen die partikularistische Aristokratie wie etwa in Frankreich. Der nationale Partikularismus innerhalb des Bürgertums, der später eine so bedenkliche Rolle spielt, kommt damals allerdings weniger in Betracht, weil die Städte überwiegend deutsch sind. Aber die Kulturentwicklung der österreichischen Erbländer ist nicht homogen genug, um dem Bürgertum überall die gleiche Kraft und Bedeutung zu geben. Je rückständiger in dieser Zeit ein Land ist, desto mächtiger ist sein Adel. So sehen wir in den rein deutschen Gebieten ein äußerst fortgeschrittenes Bürgertum, in Böhmen ein gewisses Gleichgewicht zwischen der Bedeutung der Städte und der Macht des Adels, in Ungarn eine überwiegende und in Polen eine vollkommene Adelsherrschaft. Das Gegengewicht gegen die innerpolitische Vormachtstellung der Aristokratie suchen deshalb die österreichischen Herrscher immer wieder in der Kirche. Nebstbei trachten sie eine Zeitlang, aus dem Besitz der deutschen Kaiserwürde eine gewisse Stütze für ihre Stellung in den Erblanden zu bilden. Sie betrachten Österreich als deutschen Nationalstaat.

Die Kaiserwürde erhält in diesem Zusammenhang einen merkwürdigen Doppelsinn. Im tiefsten Grunde gilt sie noch immer — gerade im Zusammenhang mit der eben erwähnten wichtigen Stellung des Klerus — als Ausdruck der alten theokratisch-hier-

archischen Staatsform. Dafür fehlt ihr aber die reale Grundlage, wie oben bereits angedeutet wurde. Gleichzeitig jedoch empfindet man in Österreich die Kaiserwürde begrifflich auch als nationalen Absolutismus. Denn bis zum Jahre 1866 gilt Österreich selbst als deutscher Staat, ja bis 1804 als Teil eines größeren deutschen Staatswesens. Ihren Höhepunkt erreicht diese Auffassung unter Josef II. Aber gerade er empfindet den Widerspruch zwischen dieser Theorie und den Tatsachen. Er versucht, die nichtdeutschen Länder Österreichs zu germanisieren. Aber wenn wir uns dessen erinnern, was wir oben über den Zeitpunkt des möglichen Zusammenschlusses von Völkerschaften zu einer einzigen Nation gesagt haben, so begreifen wir, daß er aus reiner historischer Notwendigkeit damit um Jahrhunderte zu spät gekommen ist. Längst ehe die Vielsprachigkeit Österreichs ihre positiven Folgen in Gestalt des Nationalismus zeigte, hatte sie bereits eine negative Folge, indem sie nämlich die vollkommene Durchführung eines zentralistischen Absolutismus vereitelte.

Statt dessen behält in Österreich — als ein natürliches Ergebnis des verschobenen Kräfteverhältnisses — der Feudaladel eine ungewöhnlich starke Stellung, die aber doch wieder nicht stark genug ist, um zur Sprengung des Staatsverbandes zu führen. Die Rolle des Hochadels von Österreich steht in der Mitte zwischen zwei Extremen. In Deutschland entwickelten sich die Spitzen des Feudaladels zu selbständigen territorialen Fürsten; in Frankreich wurden die Territorialherren durch den Sieg des Königtums zu einem reinen Hofadel herabgedrückt, aus dem sich die militärische und Beamtenhierarchie des Absolutismus rekrutierte. In Österreich nun schafft Karl VI. durch die Pragmatische Sanktion einen Damm gegen die Loslösung einzelner Territorien. Die Politik der Habsburger ist darauf gerichtet, das Emporkommen einzelner Oberhäupter in den Provinzen zu verhindern, und zwar mit Erfolg. Dagegen mißlingt es ihnen, die Grenzen dieser alten Territorien selbst zu verwischen, und sie bleiben — trotz der gegenteiligen Bemühungen Maria Theresias und Josefs — als Verwaltungseinheiten bis zum heutigen Tage bestehen. Die Existenz dieser Provinzen als gewissermaßen besonderer Staatskörper im Staate ist aber für den Feudaladel von großer Bedeutung; sie bleiben bestehen als Hochburgen des feudalen Separatismus, in denen der Adel durch die ständische Verfassung den maßgebenden politischen Einfluß behält. In dieser Stellung kann der Adel nach jahrhundertelangem Kampf zum Teil sogar mit dem Kaiser Frieden schließen, um so mehr, als dieser, wie schon oben

erwähnt, immer wieder versucht, sich auf die alte kirchlich-feudale Staatsidee zu stützen. So kommt in dem vielsprachigen Österreich, das seinen Weg zur Einheit nicht auf nationaler Grundlage finden konnte, und das durch den jahrhundertelangen Zusammenhalt doch wieder zu fest geworden war, um auseinander zu fallen — stärker als irgendwo die gegen das nationale Bürgertum gerichtete Koalition zwischen Herrscher, Adel und Geistlichkeit zustande. Diese Kampfstellung wird noch mehr betont, als das Bürgertum national zu erwachen beginnt und damit — im Gegensatz zu den Nationalstaaten — gerade die Staatseinheit gefährdet.

Man muß demnach zugeben, daß die Politik der Dynastie in den Sturmzeiten der Revolutionsjahre ein Akt der Selbsterhaltung und damit auch gleichzeitig der Staatserhaltung ist. Denn auch das deutsche Bürgertum tritt ja mit Notwendigkeit auf die Seite der Revolution oder vielmehr an ihre Spitze. Das ist nicht nur nach dem ganzen Wesen der bürgerlichen Bewegung von der Wende des achtzehnten bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts selbstverständlich, sondern es wird noch tiefer begründet durch den Gegensatz zwischen der österreichischen Staatsgewalt und dem gesamten deutschen Bürgertum in und außerhalb der Monarchie, einen Gegensatz, der sich in dem Namen Metternich verkörpert. Seine Ursachen sind klar. Die vom Bürgertum in Deutschland genährte nationale und demokratische Bewegung würde das Aufhören des österreichischen Staates bedingt haben, wenn sie siegte. Man erinnere sich noch einmal daran, daß das feudale Staatssystem endgültig zerfallen war. Es gab im Augenblick also nur die Wahl zwischen dem neuen bürgerlichen System und dem systemlosen Absolutismus. Das bürgerliche System aber ist zunächst national, und da es das tiefere Prinzip, welches ihm zugrunde liegt, selbst noch nicht erkennt, so enthält es gar keine Möglichkeit, die Existenz eines österreichischen Staates zu rechtfertigen. Aus diesem Gedankengang heraus zeigt sich denn auch zum erstenmal die Gefahr einer deutschen Irredenta in Österreich. Sie existiert allerdings nicht bewußt, solange die Verhältnisse zwischen Österreich und Deutschland nicht geklärt sind. Vor dieser endgültigen Trennung nennt sich die Bewegung in Österreich einfach Großdeutschtum. Aber ihre logische Konsequenz ist die staatliche Lostrennung der nichtdeutschen Gebiete.

Es ist bezeichnend, daß diese Konsequenz von den Deutschen in Österreich zum großen Teil überhaupt nie, von einem kleineren Teil aber erst nach der endgültigen Trennung vom Deutschen Reich ge-

zogen wurde. Bis dahin betrachteten die Deutsch-Österreicher die Monarchie als einen deutschen Staat. Dieser Irrtum, der sich ein halbes Jahrhundert lang als politisch verhängnisvoll erweisen sollte, hat aber einen großen Vorteil in sich geschlossen. Zu einer Zeit, da man die nationale Zusammengehörigkeit als einziges brauchbares Bindemittel für den Staat ansah, würde die richtige Erkenntnis der Dinge wahrscheinlich die Deutsch-Österreicher zu den entschiedensten Irredentisten gemacht und sie zu einer Haltung geführt haben, die mit einer europäischen Katastrophe enden konnte. Auf der anderen Seite natürlich hat der Kampf um die nationale Herrschaft den Blick der Deutsch-Österreicher von der Fortentwicklung ihrer bürgerlichen Aufgaben abgezogen und sie bis an die Schwelle des Weltkrieges auf einem politischen Horizont verharren lassen, der sich nicht wesentlich über die Traditionen des Jahres 1848 erhob.

Infolgedessen haben die Deutsch-Österreicher bisher nicht erkannt, welche bewegenden Kräfte hinter dem Nationalitätenkampf der Monarchie eigentlich gestanden haben. Die nationale Bewegung der nichtdeutschen Völkerschaften der Monarchie hat ebenso wie die deutsche Bewegung selbst in ihren Anfängen einen romantischen Charakter. Es ist eine geistig-literarische Bewegung, die aufs stärkste von den Errungenschaften des deutschen Geistes genährt und ursprünglich von den Deutschen in und außerhalb Österreichs unterstützt wurde. Aber zwischen der nationalen Bewegung der Deutschen einerseits und der der Slawen und Magyaren anderseits besteht ein wesentlicher Unterschied, der in dem verschiedenen Grade der kulturellen Entwicklung wurzelt. Die nichtdeutschen Völkerschaften des ursprünglich deutschen Österreich waren bis dahin Objekte der Germanisierung, und zwar, wie wir gesehen haben, einer unvollständigen Germanisierung. Gerade in den Städten hatte sich bekanntlich dieser Prozeß noch am stärksten vollzogen. Die geistige Kultur des Bürgertums dieser Völker war deshalb an der Wende des neunzehnten Jahrhunderts national unselbständig, während sie bei den Deutschen bereits ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die nationale Bewegung der Deutschen bedeutete also vom kulturellen Standpunkt eine Bestrebung, die die Bewahrung und der Ausbau der eigenen geistigen Güter zum Ziele hatte. Sie richtete sich in dieser Hinsicht in erster Linie gegen den Klerikalismus und den von ihm gestützten Absolutismus. Die nichtdeutschen Völkerschaften in Österreich besaßen solche selbsterworbenen Kulturgüter kaum und standen erst im Begriffe, eine eigene geistige Entwicklung zu beginnen. Das typische

Beispiel für das Streben, über diesen Unterschied hinwegzukommen, ist die große Bedeutung, die die sogenannte Königinhofer Handschrift in dem nationalen Kampf der Tschechen hatte. Eine handschriftliche Sammlung aus dem Mittelalter, die das Vorhandensein einer literarischen Tradition des tschechischen Volkes beweisen sollte, und deren Unechtheit nachher nicht nur von deutschen, sondern auch von tschechischen Gelehrten dargelegt worden ist, bildete jahrzehntelang den Schlachtruf in dem nationalen Kampf. Die österreichischen Nationalitäten fühlten sich in ihrer selbständigen Entwicklung hauptsächlich durch das Deutschtum bedroht, das bisher diese Entwicklung aufgehalten hatte. Zum Unterschied von den Deutschen kämpften sie also nicht gegen die Vertreter einer älteren, dem Bürgertum feindlichen Staats- und Kulturform, sondern gegen eine andere, ebenfalls bürgerliche Nation. Infolgedessen trat für sie gerade das entscheidende Element der nationalen Bewegung, nämlich das bürgerliche, in den Hintergrund. Dieselben Unterschiede zeigen sich auch in der materiellen Kulturentwicklung. Industrie und Handel in der Monarchie waren vorwiegend deutsch. Das deutsche Bürgertum empfand deshalb nahezu allein in der Monarchie den Druck eines Staatssystems, das zum großen Teil noch auf dem privilegierten und unbeweglichen Besitz als Rechtstitel aufgebaut war. Die Deutschen allein hatten deshalb den bürgerlichen Kampf gegen die Vorrechte der Aristokratie zu führen. Das Bürgertum der nichtdeutschen Völker der Monarchie, das im Wesen aus einer dünnen Intelligenzschicht ohne solidarische materielle Interessen bestand, wurde vom Adel durch keine grundsätzliche Kluft getrennt.

Nun hatte aber gerade der Feudaladel in diesem Kampfe ein besonderes politisches Interesse, das scheinbar mit dem der nichtdeutschen Nationalitäten zusammenfiel. Ich habe bereits betont, daß in den österreichischen Erbländern der Kampf zwischen den separatistischen und privilegierten Ständen einerseits und zwischen der Zentralgewalt anderseits für die ersteren besonders günstig verlief und daß es trotz der Ansätze im josefinischen Zeitalter zu einem wirklichen Zentralismus niemals gekommen ist, um so weniger, als die Krone selbst sich gerade zur Zeit des beginnenden bürgerlichen Aufschwunges wieder mehr und mehr auf den Adel stützte. Ein dezentralisiertes Österreich aber zerfiel seiner Einteilung und Verfassung nach in die historischen Kronländer mit ihrer alten, ständischen Konstitution. Das Festhalten an diesem Zustande bedeutete eine künstliche Stauung jenes natürlichen Prozesses, der infolge der

lebendigen Wechselbeziehungen innerhalb des Reiches die Monarchie zum Organismus umgestalten mußte. Diese Art, „historische" Politik zu treiben, war also in Wirklichkeit der unhistorischste Vorgang, den man sich denken kann. Vor allem aber war er geeignet, den ständischen Privilegien Dauer zu verleihen und die Entwicklung Österreichs zum bürgerlichen Staat aufzuhalten. Diese Politik richtete sich also in Wahrheit gegen die Interessen des Bürgertums aller Nationen. Aber das nichtdeutsche Bürgertum besaß, wie schon begründet wurde, vorläufig nicht die Reife, um dies zu erkennen. Es fühlte sich vielmehr im Kampfe um die Autonomie der Kronländer zum Adel hingezogen, indem es mit bewußter Ungenauigkeit diese Territorien als geschlossenen nationalen Besitz betrachtete. Man muß dabei gerechterweise zugeben, daß ihr Fehler subjektiv nicht größer war als der der Deutschen. Was diese der ganzen Monarchie gegenüber taten, das geschah von Seite der Nationalitäten in den einzelnen Kronländern. Der große Unterschied besteht nur in der wirklichen Ausnahmestellung der Deutschen als der Kulturpioniere im Reiche. Aber dieses Vorrecht ist, wenn es nicht durch lebendige Taten ununterbrochen erneuert wird, ebenfalls „historisch" und bedeutet deshalb keinen Rechtstitel in einer Entwicklung, in der alles Recht letzten Endes durch die Macht geschaffen wird.

Diese Zusammenhänge waren dafür ausschlaggebend, daß die nationale Bewegung bei den nichtdeutschen Völkern der Monarchie ausnahmslos in die Hände des Adels geriet. Das bürgerliche Element, das bei ihrer Entstehung mitgewirkt hatte, verlor für lange Zeit an ausschlaggebender politischer Bedeutung alles. Das gilt für Böhmen genau so wie für Ungarn. Hier wie dort handelt es sich während eines großen Teiles des neunzehnten Jahrhunderts um eine vom Adel geleitete oder doch stark beeinflußte, dezentralisierende Bewegung, die geeignet war, die ständischen Vorrechte gegen das Andringen des Bürgertums zum ersten Platz im Staate zu schützen. Die Tatsache, daß die Vorkämpfer der ungarischen Unabhängigkeit jede Solidarität mit den anderen Nationalitäten des alten Österreich ablehnten, ist kein wirklicher Gegenbeweis. Die magyarische Nation wählte nur auf Grund der besonderen Tatsachen einen besonderen Weg. Sie hatte im eigenen Lande die Herrschaft über fremdsprachliche Nationalitäten aufrecht zu erhalten, die fünfzig Prozent der gesamten Einwohnerschaft in sich schlossen. Hätte das Magyarentum wirklich den Grundsatz der nationalen Unabhängigkeit zum Ziele gehabt, dann würde es auf der einen Seite zumindest die in Ungarn

territorial geschlossenen Nationalitäten emanzipiert, auf der anderen Seite aber sich selbst in die Reihen der österreichischen Föderalisten gestellt haben. Da es aber den Magyaren darauf ankam, in dem von ihnen beherrschten Gebiet eine nationale Vormachtstellung zu behalten, so erkannten sie auf der anderen Seite die deutsche Vormachtstellung im nichtungarischen Gebiet an und schufen jene künstliche Zweiteilung, die noch heute als Dualismus besteht. Gegen diese Konstruktion anzukämpfen, ist heute unlogisch und unhistorisch. Denn, gleichgültig, welche Erwägungen an ihrer Wiege standen, ist sie doch als Realität der Ausdruck wirklicher Machtverhältnisse und muß, wenigstens grundsätzlich, so lange respektiert werden, wie diese Machtverhältnisse andauern.

Kehren wir nun zu unserem Gedankengang zurück, aus dem wir zunächst die ungarische Frage ausschalten wollen, so ergibt sich, wie gesagt, für das eigentliche Österreich eine politische Gruppierung, in der das deutsche Bürgertum allein den Kampf gegen den Feudalismus und gegen die ihm verbündeten nichtdeutschen Nationen zu führen hat. In diesem Kampf ist aber das deutsche Bürgertum in Österreich keine geschlossene Front, und zwar deshalb nicht, weil es, zum Unterschied von den anderen Nationalitäten, bereits jene früher angedeutete Stufe der Entwicklung erreicht hat, in der sich eine wirtschaftlich begründete Spaltung des Bürgertums vollzieht.

Wir sehen, wie sich aus derjenigen Bewegung, die wir nach den eigentlichen Trägern von vornherein als „bürgerlich" bezeichnet haben, allmählich ein Großbürgertum heraushebt, das im politischen Kampf nur so lange mit dem Kleinbürgertum und dem Proletariat eine gewisse Solidarität aufrecht erhält, bis es selbst politisch und gesellschaftlich emanzipiert wird. Man kann sagen, daß das Großbürgertum im Jahre 1789 als ein Teil des geschlossenen dritten Standes in das Zeitalter der Revolution mit eintritt, daß es aber nach 1848 mit Sonderrechten versehen und in einer Sonderstellung befindlich die Revolution verläßt. Die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, die im allgemeinen durch den Ausbau der Nationalstaaten gekennzeichnet ist, ist auch im großen und ganzen der Termin für die innere Neuordnung des Staates auf bürgerlicher, und zwar zunächst auf großbürgerlicher Basis. Trotz aller Ausnahmen und Rückstände darf man doch sagen, daß um diese Zeit erst endgültig der feudale Staat

durch den kapitalistischen Staat verdrängt ist. Das eigentliche individualistische Zeitalter, das sich während der letzten Jahrhunderte zwischen die unbedingte Herrschaftszeit des einen und des anderen Systems geschoben hatte, mußten wir bereits als ein Übergangsstadium betrachten. Der menschliche Reiz, die kulturelle Größe und die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieses Zeitalters liegen alle in seinem schöpferischen Grundcharakter. Es hat aber in seinen staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen etwas Systemloses, Chaotisches. Es zerbricht ein altes System des menschlichen Beisammenseins, aber die tausend gelösten Kräfte wirken unbewußt zusammen, um ein neues System zu schaffen. In dieser Übergangszeit standen einander zwei Kampffronten gegenüber, die des absteigenden Feudalismus und die des aufsteigenden Bürgertums. Mögen nun im weiteren Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts im staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben noch einzelne feste Punkte der feudalen Position zu bekämpfen sein, so handelt es sich nun doch nicht mehr um eine Hauptfront. Die Hauptfronten sammeln sich vielmehr innerhalb des Bürgertums in weitestem Sinne selbst.

Durch diese Entwicklung sind die Voraussetzungen für den späteren Kampf innerhalb des deutschen Bürgertums in Österreich gegeben, der seinem eigentlichen Wesen nach zu einem Kampf zwischen Großbürgertum und Kleinbürgertum wurde. Von dieser Gegenwartserscheinung wird später zu reden sein. Sie mußte aber schon hier erwähnt werden, weil ein Teil des österreichischen Kleinbürgertums sich einem weiteren traditionellen Gegner des bürgerlichen Staates verbündet, nämlich dem Klerikalismus.

Seine Gegnerschaft zum deutschen Bürgertum in Österreich als dem einzigen Vorkämpfer für die geistige Emanzipation ist selbstverständlich. Seine Gegnerschaft aber zu dem von den Deutschen verfochtenen Zentralismus, die sich allmählich entwickelte und in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in dem Kampf zwischen Zentralisten und Föderalisten offenbar wurde, ist in Wirklichkeit eine Gegnerschaft gegen den bürgerlichen Parlamentarismus. Die österreichischen Parlamente, sowohl 1848 wie auch, trotz des unmöglichen Wahlrechts, 1861 und 1867, standen zu sehr unter dem Einfluß des freiheitlichen Bürgertums, um nicht von den Klerikalen bekämpft zu werden. Dagegen waren den Klerikalen die Verhältnisse in der Ständekammer der einzelnen Kronländer, wo sie sich mit dem Adel verbünden konnten, bei weitem günstiger. Außerdem aber bedeutete die ständisch-föderalistische Verfassung

nur eine Einschränkung des Absolutismus, soweit es sich um Adelsvorrechte handelte. Der Klerikalismus in Österreich aber war, wie oben begründet wurde, mit dem Absolutismus auf der einen, der Aristokratie auf der anderen Seite auf das engste verbunden. Er mußte also, wenn überhaupt, nur jener Verfassung seine Stütze leihen, die diesen beiden Gewalten den weitesten Spielraum ließ. Nun setzte und setzt sich die klerikale Partei Österreichs keineswegs nur aus Angehörigen des Klerus zusammen. Vielmehr findet man in ihr einen großen Teil des deutschen Adels, soweit er sich nicht slawisiert hat. In dieser Hinsicht vertritt der Klerikalismus in Österreich auch die eigentliche konservative Partei. Außerdem aber erhielt er schon vor dem Entstehen der christlich-sozialen Bewegung einen nicht unerheblichen Zuzug aus dem deutschen Bürgertum selbst. Diese Erscheinung muß in einem anderen Zusammenhang behandelt werden.

In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zeigt Österreich also Merkmale der inneren Struktur, durch die es grundsätzlich von den übrigen europäischen Großstaaten abweicht. Während die übrigen Staaten mitten in allen Kämpfen um ein oder das andere Souveränitätsprinzip, um das Vorherrschen der einen oder anderen Partei durch das gemeinsame Nationalgefühl zusammengehalten werden, hat Österreich den Charakter der nationalen Geschlossenheit, der früher durch das Vorherrschen des Deutschtums gegeben war, endgültig verloren. Während in den anderen europäischen Staaten das Bürgertum zur Basis des öffentlichen Lebens geworden ist, auch dann, wenn die Staatsverfassung diesem Zustande nicht immer vollkommen entspricht — gibt es in Österreich keine bewußte Interessengemeinschaft des Bürgertums verschiedener Nationen, sondern ein Bündnis zwischen den Feudalen und einem großen Teil des Bürgerstandes, besonders des nichtdeutschen Bürgertums. Dieser Zustand wird vertieft durch die große Verschiedenheit zwischen den wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Landesteile, wie sie sich aus den Unterschieden des Kulturgrades ergeben.

II. Österreich-Ungarn als bürgerliche Großmacht.

A. Die wirtschaftspolitische Grundlage.

Die bisherigen Feststellungen haben uns bis zu einem Punkt geführt, an dem wir bereits die Elemente des gegenwärtigen innerpolitischen Lebens der Monarchie zu erkennen vermögen. Nichts ist bezeichnender als die Tatsache, daß diese Elemente mit kaum nennenswerten Veränderungen seit einem halben Jahrhundert bestehen geblieben sind, während die übrigen europäischen Staaten bereits auf dem Wege zu einer neuen Entwicklung begriffen sind. Ehe wir nun diesen neuen Weg auch für Österreich-Ungarn zu zeigen versuchen, müssen wir ihn einer allgemeinen Betrachtung unterziehen und den Übergang der Verhältnisse, um den es sich im allgemeinen handelt, zu erfassen suchen.

Wir wollen nochmals zu der Tatsache zurückkehren, daß mit dem Industrialismus die abgeschlossene individuelle Produktion aufhört, eine wirtschaftliche Basis zu bilden. Vielmehr wird zu dieser Basis jetzt die organisierte Produktion. Ihr erstes Kennzeichen ist das organische Zusammenwirken vieler menschlicher Kräfte zur wiederholten Hervorbringung eines einzelnen Produkts. Das Ergebnis des Prozesses, der auf Grund dieser Tätigkeit vom Rohstoff zum künstlichen Erzeugnis führt, ist die Wertsteigerung, und zwar im qualitativen wie im quantitativen Sinn. Es handelt sich um die Nutzbarmachung des Rohstoffes für die menschlichen Bedürfnisse, und zwar darum, daß er sowohl einem erhöhten, verfeinerten Bedürfnis, wie auch dem Bedürfnis einer größeren Zahl von Menschen nutzbar gemacht wird. Die industrielle Erzeugung ist also dem Wesen nach das notwendige Korrelat einer vermehrten Volkszahl auf erhöhter Kulturstufe. Sie ist ferner nichts weiter als das wichtigste Glied in einer Kette menschlicher Betätigungen zur Versorgung der Bevölkerung mit den Gegenständen des Lebensbedarfs. Die ganze Kette läßt sich etwa folgendermaßen kennzeichnen: Gewinnung oder Heranschaffung der Rohstoffe, industrielle Verarbeitung und zweckmäßige Verteilung unter die Verbraucher. Soll

diese Tätigkeit mit dem Zuwachs der Bevölkerungsziffer Schritt halten, so muß die Erzeugung oder die Heranschaffung von Rohstoffen ebenso wie die Verarbeitung fortwährend zunehmen. Hält diese versorgende Tätigkeit mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt, so entsteht entweder eine Abwanderung der Bevölkerung oder eine erhöhte Einfuhr von Rohstoffen oder von Industrieprodukten aus dem Ausland. Die Abwanderung und die Rohstoffeinfuhr sind zwar nicht praktisch, aber theoretisch beschränkt durch die allmähliche Bevölkerungszunahme der in Betracht kommenden fremden Gebiete und die daraus folgende fortschreitend ungünstigere Entwicklung des Verhältnisses zwischen Bevölkerungsziffer und Rohproduktion auf der ganzen Erde. Die Abwanderung besitzt einen grundsätzlich rückständigen Charakter, sofern sie theoretisch in das Gebiet der extensiven Wirtschaft gehört. Die angedeutete Entwicklung des Verhältnisses zwischen Bodenertrag und Bevölkerungszunahme zwingt aber die kultivierte Menschheit zur intensiven Wirtschaft, d. h. eben zur künstlichen Vermehrung der natürlichen Erträgnisse. Die Objekte der Lebensbedürfnisse sind seit jeher das Produkt aus natürlichem Rohstoff und menschlicher Arbeit. In primitiveren Zeiten, und zwar auch noch im alten Agrarstaat, überwiegt in dem Verhältnis zwischen Rohstoff und Arbeit die Bedeutung des ersteren. Die Verschiebung dieses Verhältnisses bis zum Gegenteil bedeutet die wirtschaftliche Seite der kulturellen Entwicklung, die im Industrialismus gipfelt.

Wir haben nun gesehen, daß im alten Agrarstaat der Anteil am nutzbaren Boden, das Lehen, die Basis für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Stellung des Einzelnen im Staate bildete und daß der Staat einen geordneten Organismus auf Grund dieser wirtschaftlichen Basis darstellt. Es kann nicht anders sein, als daß auch im modernen Gemeinwesen das Verhältnis zu der großen Versorgungsmaschine die Stellung des Einzelnen in irgendeiner Weise bestimmt. Nur ist jetzt die organisierte Tätigkeit die wesentlichste Voraussetzung für die allgemeine Versorgung. Die wirtschaftliche Stellung des Einzelnen gründet sich auf seiner Teilnahme an der Produktion im weitesten Sinne, sie gründet sich auf seine dem Gesamtorganismus eingefügte und für ihn nutzbar gemachte Arbeit. Der heutige Staat besteht demnach ausschließlich aus Produzenten. Der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten gehört einer Zeit an, in der die heutigen Verhältnisse erst im Werden waren. Er bleibt nur scheinbar bestehen, weil der Arbeitsteilung

zwischen den einzelnen produzierenden Gruppen nicht auch eine gegenseitige Beeinflussung in bezug auf Preisbildung und sonstige „Konsumenteninteressen" entspricht. Der Idealzustand wäre zweifellos der, daß sich der moderne Staatsbürger etwa so, wie der primitive Bauer von ehemals, gleichzeitig als Produzent und als Konsument fühlt.

Die vollständige Erreichung dieses Zustandes gehört zu den größten Problemen, die unsere Zeit bewegen, und zwar zu denen, die gerade innerhalb der modernen Wirtschaftsgesellschaft zu der erbittertesten Gegnerschaft geführt haben. Das einzige Programm, das — ohne seine Durchführbarkeit kritisieren zu wollen — jedenfalls eine radikale Lösung der Frage vorschlägt, ist das kollektivistische Programm der Sozialisten. Aber was damit erreicht werden soll, ist ein innerer Wirtschaftsfriede, von dem man nicht einmal mit Sicherheit sagen kann, ob er auch nur erwünscht wäre. Vor allem aber ist es falsch, zu glauben, daß die Herbeiführung dieses völligen inneren Friedens innerhalb des heutigen Wirtschaftssystems die notwendige Voraussetzung sei für eine Solidarität aller diesem System Zugehörigen gegenüber den Feinden, die es in seiner Existenz bedrohen. Wir glauben vielmehr, daß sich aus dem Wesen des modernen Industriestaates und aus seinen Lebensbedürfnissen die Grundzüge einer auswärtigen Politik ergeben, die für alle Mitglieder des wirtschaftlichen Organismus eines solchen Staates gemeinsam sind. Sie alle müssen in den wichtigen Existenzfragen des Staates eine Produzentenpolitik treiben. Ihr gemeinsames Interesse besteht darin, dem Staat zu ermöglichen, daß er seine anwachsende Bevölkerung im weitesten Sinne des Wortes zu ernähren vermag, daß diese Bevölkerung in ihm die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse, und zwar solcher Lebensbedürfnisse findet, die einem möglichst hohen Kulturzustande entsprechen.

Nach dem bisher Gesagten bedarf es dazu folgender Dinge: intensivste Rohstoffgewinnung im Inland, gesicherte Rohstoffzufuhr aus dem Ausland und Sicherung von genügenden Märkten für die Industrie, die eine rationelle Massenerzeugung möglich machen, sowie Schutz der eigenen Industrie vor erdrückendem Wettbewerb fremder Industrien.

Diese wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staates zerfallen also, wenn man will, in zwei große Gruppen: die Rohstoffpolitik und die eigentliche Industriepolitik. Im zwischenstaatlichen Leben hat während des abgelaufenen Jahrhunderts zum größten Teil nur

die letztere eine wesentliche Rolle gespielt. Seit man in Europa allgemein von einer politischen Industrieförderung reden kann, lassen sich zwei einander ausschließende Prinzipien feststellen, die zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern befolgt wurden. Ihre extremsten Formen sind das Prohibitivsystem auf der einen und das Freihandelssystem auf der anderen Seite. Das Hinneigen zu dem einen oder anderen System bestimmte sich in den einzelnen Staaten durch die Stärke und Konkurrenzfähigkeit ihrer Industrie und durch das Verhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit dieser Industrie und der Aufnahmefähigkeit des eigenen Marktes. Die Prohibition ist das System des industriellen Anfangsstadiums. Sie wurde eingeführt, um einer Industrie den heimischen Markt zu sichern, dessen Aufnahmefähigkeit eher größer war als die Produktionsfähigkeit der eigenen Industrie. Auf der anderen Seite mußte ein Staat freihändlerischen Grundsätzen zuneigen, wenn seine Industrie so hoch entwickelt war, daß sie ungefährdet mit jeder anderen in Wettbewerb treten konnte und wenn — damit zusammenhängend — die industrielle Erzeugung die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes weit überstieg. Daß in der Zeit des theoretischen Liberalismus auch in weniger industriekräftigen Ländern nach dem Freihandel gerufen wurde, ist kein Gegenbeweis gegen unsere Behauptung, sondern war ein Mangel an politischem und wirtschaftlichem Scharfblick. Denn es konnte grundsätzlich nie zum Wesen des Freihandels gehören, daß dadurch für die eigene Industrie der innere Markt gefährdet würde. Von diesem Standpunkt aus gesehen, war während des neunzehnten Jahrhunderts England der einzige Staat, der für den Freihandel reif war und an ihm ein Interesse hatte. Denn die beiden oben genannten Bedingungen trafen nur in England zu.

Betrachten wir nun auch die Sicherung des inneren Marktes für die heimische Industrie als ein unbedingt anzustrebendes Ziel, wenigstens soweit es sich um Artikel handelt, die im Inlande mit der Zeit konkurrenzfähig hergestellt werden können, so muß man anderseits zugeben, daß die Bedürfnisse der Bevölkerung jedes Landes schneller fortschreiten als die Entwicklung seiner Industrie, zumal wenn im Ausland bereits eine höher entwickelte Industrie vorhanden ist. Das Bedürfnis nach billigerer und besserer Ware ließ sich während des neunzehnten Jahrhunderts nirgends unterdrücken und es mußte notwendigerweise ein Zustand geschaffen werden, der zwischen dem Konsumenteninteresse und der Industrieförderung die Mitte hielt.

Auf diese Weise ist man zu dem System der Schutzzölle und darüber hinaus zu den Vertragszöllen gekommen. Sieht man aber, wie wir eben versucht haben, die Entwicklung in großen Zügen an, so muß man diesen Zustand, soweit er Anspruch auf Berechtigung hat, als einen Übergangszustand betrachten. Die Industrie jedes Landes muß bei gesunder Entwicklung die Tendenz zeigen, der zunächst höher stehenden Nachbarindustrie mit der Zeit ebenbürtig zu werden. Sie wird dementsprechend immer mehr darauf bedacht sein, einerseits die fremde Industrie aus dem eigenen Lande zu verdrängen, anderseits selbst fremde Märkte zu erobern. Die bisherige Handelspolitik der Industriestaaten war nun im allgemeinen mehr darauf gerichtet, auf den fremden Märkten Fuß zu fassen, als im eigenen Lande allzu schroff gegen fremde Industrien vorzugehen. Das Schlagwort vom Weltmarkt hat die letzten Jahrzehnte der Entwicklung beherrscht. Man muß sich aber sagen, daß der Weltmarkt ein begrenztes Gebiet ist, dessen Grenzen zudem allmählich enger und enger gezogen werden. Als nennenswerte Abnehmer für Industrieprodukte kommen nur solche Völker in Betracht, die immerhin einen gewissen Grad moderner Kultur erreicht haben. Aber auch diese Völker müssen sich ebenso wie wir anderen weiter entwickeln oder zugrunde gehen. Sie müssen in näherer oder fernerer Zeit selbst zu Industrievölkern werden, wenn nicht ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit auch ihre Kaufkraft allmählich abnehmen soll. Daß die Industrialisierung solcher in der Entwicklung zurückstehender Länder durch fremde Elemente bewerkstelligt wird, bewirkt für diese Länder eine wirtschaftliche Abhängigkeit von ihren Protektoren. Auf diese Weise müssen zwischen dem älteren und dem jüngeren Lande feste Wirtschaftsbeziehungen entstehen, die mit der Zeit einen freien Wettbewerb anderer Industrien um die Konsumenten des jüngeren Landes unmöglich machen. Der Staat aber, der die wirtschaftliche Vormundschaft übernommen hat und infolgedessen große Werte investiert, von denen er große Gewinne erwartet, wird selbstverständlich eine politische Festigung dieses Verhältnisses anstreben. Er wird das andere Gebiet als seine Einflußsphäre betrachten und wird alle Machtmittel dazu benutzen, um dieses Stück aus dem allgemeinen, frei zugänglichen Weltmarkt gewissermaßen herauszuschneiden und für seine eigenen Zwecke zu isolieren. Ein derartiges Verfahren wird mit der Zeit für jeden großen Industriestaat zur Lebensnotwendigkeit. Denn er muß nicht nur für seine Industrie zu irgend einem beliebigen Zeitpunkt Absatz schaffen, sondern er muß auch mit der

Steigerung der Produktion rechnen, die sich bisher als notwendige Begleiterscheinung der industriellen Entwicklung erwiesen hat und deren Höchstgrenze wir nicht kennen.

Die Mittelmächte haben nun während des jetzigen Weltkrieges die bittere Erfahrung gemacht, welche Folgen daraus entstehen können, wenn ein führendes Industrieland von seinen wirtschaftlichen Einflußsphären, von seinen Märkten, durch militärische Machtmittel abgeschnitten wird. Daß solche Einflußsphären heute das Objekt eines Krieges bilden können, genau so, wie früher zur Eroberung eines Landes im politischen Sinn (unter Betonung des agrarischen Hauptzweckes) Krieg geführt wurde, ist ebenfalls eine drastische Erfahrung der Gegenwart. Die notwendige Folge dieser Erfahrungen muß das Streben nach Konzentration der Märkte für die eigene Industrie sein. Das geographische und militärische Moment läßt sich bei der Stellungnahme eines Industriestaates zur Frage seiner Geltung auf dem Weltmarkt vernünftigerweise nicht mehr ausschalten. Eine solche Feststellung bedeutet nicht etwa die Forderung nach dem freiwilligen Verzicht auf eine weitere Betätigung, sondern sie entspringt nur der Voraussicht der kommenden Entwicklung, wobei es ganz klar ist, daß die Resultate dieser Entwicklung nicht mit einem Schlage eintreten werden.

Die Industriepolitik ist also auf dem Wege, von dem national geschlossenen wirtschaftlich abhängigen Staat zu größeren Gebilden zu führen, die wirtschaftlich geschlossen sind und gleichzeitig politisch, militärisch und geographisch genügende Zusammenhänge besitzen, um diese wirtschaftliche Geschlossenheit nach außen möglichst zu sichern. Diese Forderungen der Zeit werden noch ergänzt durch die Erwägungen einer zweckentsprechenden Rohstoffpolitik. Wir haben früher gesehen, daß zu den Voraussetzungen der Volksversorgung die Sicherung der für Ernährung und Industrie notwendigen Rohstoffe eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die von uns geforderte intensive Rohstofferzeugung im Inland kann den heutigen Anforderungen auch im besten Fall nicht genügen, weil eine Reihe von Gegenständen des Lebensbedarfs aus Rohstoffen hergestellt wird, die in Europa gar nicht oder in unzureichenden Mengen zu gewinnen sind. Dahin gehört die Baumwolle, das Kupfer und gehörte bis vor kurzem auch der als Düngemittel bisher unentbehrliche Salpeter. Eine Reihe von Genußmitteln wie Tee, Kaffee, Kakao kommen noch hinzu. Ebenso aber ist ein Land mit unzureichender Förderung an Eisen oder Kohle nicht fähig, dauernd seinen wirtschaftlichen Auf-

schwung ohne Abhängigkeit zu gewährleisten. Dementsprechend drängt sich für jedes moderne Wirtschaftsgebiet die Notwendigkeit auf, über die Erzeugungsgebiete solcher Rohstoffe, die es nicht entbehren könnte, ungehindert zu verfügen. Von den Anhängern des Freihandels wird allerdings eingewendet, daß die Erzeuger der fremden Rohstoffe auf den Verkauf genau so angewiesen sind, wie wir auf den Einkauf. Dagegen läßt sich aber zweierlei sagen. In erster Linie sprechen die Erfahrungen des jetzigen Krieges. Sie zeigen, daß wir bei der Rohstoffversorgung nicht ausschließlich von dem guten Willen der überseeischen oder sonst außer Landes befindlichen Erzeuger, sondern auch von unseren wirtschaftlichen und politischen Gegnern abhängig sind. Eine teilweise Lähmung der eigenen Industrie während des Krieges ist schon an sich eine eminente nationale Gefahr und, wie wir heute wissen, ein wesentliches Mittel der Kriegführung selbst. Der Zugang zu den Rohstoffgebieten ist eine notwendige Maßregel zur Abwehr eines künftigen Hungerrieges. In zweiter Linie ist es aber keineswegs feststehend, daß uns nach dem Kriege alle Gebiete der Welt, die eine Überproduktion an Rohstoffen besitzen, dauernd zur Verfügung bleiben werden. Es ist allerdings anzunehmen, daß unmittelbar nach dem Kriege die Verhältnisse in dieser Hinsicht nicht viel anders sein werden als vorher. Dagegen ist es unausbleiblich, daß diejenigen von unseren wirtschaftlichen Gegnern, die den Zusammenschluß großer Wirtschaftsgebiete unter ihrer Führung im Auge haben, sich bestreben werden, die Rohstofferzeugung dieser vergrößerten Gebiete durch die eigene Industrie zu verarbeiten. Sie können mit der Zeit durchaus imstande sein, diese Rohstoffe, die sich in ihrem Machtbereich befinden, für die konkurrierenden Industrien des Auslandes so zu verteuern, daß dadurch die eigene Industrie um so konkurrenzfähiger wird, um so mehr Rohstoffe verbraucht und mit der Zeit die fremden Industrien weiter und weiter zurückdrängt. Wenn wir nun oben von der Notwendigkeit sprachen, große Wirtschaftsgebiete zu schaffen, die als Markt der einheimischen Industrie jeden gewünschten Spielraum gewähren, so müssen wir jetzt hinzufügen, daß diese Gebiete auch genügende Rohstoffquellen für die eigene Industrie enthalten und demgemäß sich über verschiedene Klimate ausbreiten müssen.

Auf diese Weise können wir als wichtigstes Ziel der auswärtigen Politik eines modernen Staates die Teilnahme an der Schaffung eines wirtschaftlichen Großreiches hinstellen. Der Zug der Entwicklung führt heute vom Nationalismus zum Imperialismus.

Diese Aufeinanderfolge bedingt keineswegs einen Gegensatz. Sie zeigt vielmehr nur, daß die Prinzipien der Staatenbildung und die Summe der staatlichen Aufgaben, die bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vorherrschten, heute zu eng geworden sind. Die staatlichen Funktionen, von denen hier die Rede ist, stehen zu den bisherigen nicht im Gegensatz, sondern erweitern sie. Sie schaffen die bisherigen Möglichkeiten des staatlichen Zusammenlebens nicht aus der Welt; aber sie bieten neue Möglichkeiten, die über die alten hinausgehen. Es soll nunmehr gezeigt werden, daß diese neuen Möglichkeiten es sind, die die Entwicklung gerade Österreich-Ungarns in zeitgemäße Bahnen zu lenken imstande sind und aus der Monarchie ein Staatswesen schaffen können, das sich in seinen Grundlagen und Zielen von den übrigen zeitgemäßen und lebensfähigen Staatsgebilden in keiner Weise unterscheidet.

B. Die Nationalitätenfrage.

Wir haben in den vorigen Ausführungen die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als einen Wendepunkt zu kennzeichnen versucht, der aus der Entwicklung des nationalen Staates heraus und zu dem industriell organisierten und wirtschaftlich expansiven Staat führt. Diese neue Entwicklung befindet sich augenblicklich im Werden. Es fällt uns leichter, ihre äußeren Ziele abzustecken, als die innere Struktur der Staaten vorauszusagen, zu der sie führen wird. Dem Ideal des Liberalismus wird sie keinesfalls entsprechen. Denn die wirtschaftliche Entwicklung drängt nach einer organischen Zusammenfassung aller in einem festen System und widerspricht damit dem Individualismus, der die Negation eines solchen Systems bedeutet. Das liberale Bürgertum der vergangenen Jahrhunderte betrachtete das Ziel seines Freiheitskampfes als etwas Absolutes. In Wirklichkeit aber, d. h. vom historischen Standpunkt gesehen, ist es nur relativ. Das Bürgertum hat sich selbst von einem bestimmten System befreit, in dem es keinen Platz fand. Nunmehr aber tritt an die Stelle des alten Systems ein neues; und ein zielbewußtes Bürgertum wird heute seine liberalen Tendenzen nur mehr dort zur Geltung bringen können, wo es sich um die Ausrottung verspäteter Reste des alten feudalen Systems handelt. Im übrigen aber wird sich der Bürger als Teil eines neuen Systems ansehen und eine weniger negierende als vielmehr aufbauende politische Richtung, entsprechend seinen

eigenen wirtschaftlichen Interessen, einschlagen müssen. Dieses Zielbewußtsein wird naturgemäß um so mehr eingeschränkt, je stärkere Reste des alten feudalen Systems in einem Staate zu bekämpfen sind. Aus diesem Grunde läßt es sich leicht erklären, daß gerade in Österreich Jahrzehnte hindurch scheinbar ein Stillstand in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Bürgertums zu verzeichnen ist. Die Etablierung des bürgerlichen Staates im liberalen Sinn, der zwar ein Durchgangsstadium, aber eine notwendige Voraussetzung für das System des organisierten Industriestaates ist, war in Österreich zu der entscheidenden Zeit unvollkommener als anderwärts.

Aus der Rückständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung aber ist es zu erklären, daß sich in Österreich stärker als in anderen Staaten der Typus des Kleinbürgertums herausgebildet hat. Dieses heutige Kleinbürgertum ist eine seit hundert Jahren wirtschaftlich stehengebliebene Bevölkerungsschichte. Der reine Typus des Industriestaates, der mit eigentlicher Vollständigkeit in keinem europäischen Lande bisher erreicht wurde, den wir aber aus der Entwicklung der Verhältnisse für die Zukunft schließen können, kennt diesen Typus kleiner wirtschaftlich unabhängiger Existenzen nicht. Ihre Art der wirtschaftlichen Produktion im kleinen und außerhalb des Zusammenhanges mit einer großen Organisation ist im Industriestaat, wenn auch nicht undenkbar, so doch auf ein sehr enges Gebiet beschränkt. Eine große Bewegung zugunsten eines wirtschaftlich unabhängigen Mittelstandes ist heute aussichtslos und nichts weniger als geeignet, die gesamte Entwicklung zu fördern. Vielmehr bildet das mittlere Bürgertum ein Reservoir, aus dem der industriellen Organisation ununterbrochen neue Kräfte zuströmen. Die Industrie im weitesten Sinn mit allen ihren wissenschaftlichen, technischen, kaufmännischen und sonstigen Kolonien im öffentlichen Leben saugt das mittlere Bürgertum auf. Aber dieser Prozeß ist um so schwächer und unvollständiger, je weniger Kraft die industrielle Entwicklung eines Landes besitzt, je mehr sie selbst unter wirtschaftlichen und politischen Hindernissen zu leiden hat. Diese Erscheinungen beherrschen das Gesamtbild des Wirtschaftslebens in Österreich-Ungarn stärker als irgendwo. Das Kleinbürgertum ist hier bis heute die größte politische Macht neben dem Adel. Diese wirtschaftlich zurückgebliebene Bevölkerungsmasse ist der geeignete Träger für unzeitgemäße politische Ideale. Das österreichische Kleinbürgertum verteilt sich politisch auf die Glaubensbekenntnisse der gerade in Österreich immer noch fort-

lebenden überholten Parteistandpunkte. Es ist entweder nationalistisch oder klerikal. In Wirklichkeit ist es zum großen Teil politisch indifferent und bleibt es so lange, bis die Lebensnot es zwingt, sich ernsthaft um öffentliche Dinge zu kümmern.

Der unvollständigen Entwicklung des Bürgerstandes in Österreich-Ungarn entspricht als ein weiteres Hindernis das Fehlen einer Lösung der nationalen Frage. Die moderne Entwicklung betrachtet die Lösung nationaler Probleme nicht als Ziel, sondern als Voraussetzung. Sie geht über die Grenzen der Nation hinaus, nicht aber so, daß sie die Nationen vermischt, sondern indem sie sie, reinlich geschieden, nach anderen Gesichtspunkten zusammenfügt, organisiert. Wie die individuelle Leistung, für deren Anerkennung der bürgerliche Liberalismus gekämpft hat, die Basis ist, auf der sich die moderne Wirtschaftsorganisation aufbaut, so ist die Nation die notwendige Grundlage für den mehr oder minder festen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß größerer Gebiete. Auch auf diesem Gebiet ist Österreich-Ungarn rückständig. Ihm fehlt also — um beides zusammenzufassen — jene Etappe der Entwicklung, die in dem völligen Siege des liberalen und nationalen Bürgertums besteht. Diese Etappe, die, wie schon mehrfach betont, nichts Definitives an sich hat, konnte in Österreich deshalb nicht überwunden werden, weil man sie vorerst nicht erreicht hatte. Denn Unterschlagungen kennt die historische Entwicklung nicht.

Bei den Deutschen Österreichs hat sich das Großbürgertum auf der einen, der klassenbewußte Arbeiterstand auf der anderen Seite aus der Masse des ursprünglichen dritten Standes bereits gesondert. Der kleinbürgerliche Rückstand ist allerdings hier noch viel größer als in der wirtschaftlich homogenen Bevölkerung fortgeschrittenerer Staaten. Anders verhält es sich aber bei den übrigen Nationalitäten. Eine ähnliche Entwicklung wie die Deutschen haben in den letzten Jahrzehnten die Tschechen genommen. Immerhin ist auch unter ihnen, was die städtische Bevölkerung angeht, das kleinbürgerliche Element im Vergleich zu den Deutschen viel stärker. Dieses Element aber bildet einen Hort des Nationalismus und des Klerikalismus. Wie nun in Österreich die Verhältnisse liegen, bilden bei den nichtdeutschen Nationen Klerikalismus und Nationalismus die wichtigsten Handhaben für den Feudaladel, um seine Macht aufrecht zu erhalten. Das wirtschaftlich zurückgebliebene Bürgertum unterstützt demnach unwissentlich Machtgruppen im Staate, die ein ihm selbst feindliches und entwicklungsgeschichtlich eigentlich überwundenes Herr-

schaftsprinzip darstellen. Der normalen Entwicklung des Bürgertums über sich selbst hinaus zur Teilnahme an einer großwirtschaftlichen Organisation stellt sich also ein merkwürdiger Block entgegen, der aus Feudaladel und Kleinbürgertum zusammengesetzt ist und je nach den provinziellen Verhältnissen vorwiegend entweder durch den Nationalismus oder durch den Klerikalismus zusammengehalten wird. Dieser Block erfährt eine weitere wesentliche Verstärkung durch die Bauernschaft. Der österreichische Grundbesitz ist, auch abgesehen vom feudalen Großgrundbesitz, nur zum geringsten Teil an der modernen Entwicklung des Wirtschaftslebens zur intensiven und organisierten Produktion interessiert. Die allgemein bekannten statistischen Zahlen zeigen, daß der Boden in der Monarchie trotz vielfach besserer Qualität durchschnittlich kaum zwei Drittel des relativen Ertrages liefert, der in Deutschland aus dem Boden herausgewirtschaftet wird. Die geringste Rolle spielt in der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft gerade der mittlere Grundbesitz, der durch Genossenschaftsbildung die meiste Aussicht auf eine moderne Entwicklung besäße. Der größere Teil des anbaufähigen Bodens der Monarchie zerfällt entweder in Latifundien oder in ausgesprochenen Kleinbesitz. Der größere Teil des Bauernstandes steht deshalb den allgemeinen Wirtschaftsproblemen ohne Verständnis und Interesse gegenüber; denn ihm fehlt der materielle Zusammenhang mit diesen großen Problemen — genau so wie dem Kleinbürgertum —; und dieser Zusammenhang läßt sich weder durch politische Agitation noch durch irgendeine andere Belehrung vollkommen ersetzen. In den deutschen Ländern huldigt der Bauernstand deshalb überwiegend dem überlieferten Klerikalismus, in den gemischtsprachigen Gegenden ist er vielfach nationalistisch oder indifferent.

Wir sehen also als wichtigstes politisches Resultat der wirtschaftlichen Stagnation in der Monarchie, daß ein unverhältnismäßig großer Teil der Bevölkerung zu den großen Gegenwartsfragen in gar keiner Beziehung steht und, sofern er sich politisch betätigt, das willenlose Werkzeug der Agitation und das Opfer von Schlagworten ist, die er weder verstehen noch beurteilen kann. Diese der politischen Entwicklung schädlichen, wirtschaftlichen Zustände finden umgekehrt wieder ihre Ursache in der gehemmten politischen Entwicklung selbst; und so sehen wir, wie sich die Dinge ununterbrochen im Kreise drehen, ohne daß seit Jahrzehnten ein Ausweg gefunden werden konnte.

Nicht umsonst haben wir an einer früheren Stelle darauf hingewiesen, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit der kulturellen Entwicklung

eine der wichtigsten Voraussetzungen für den einheitlichen Fortbestand eines Staates ist. Diese Voraussetzung läßt Österreich-Ungarn vermissen. Die Individualität der Völker ist aber heute so stark, daß diese Ungleichheiten sich nicht mehr durch Regierungsakte beseitigen lassen. Würde aber Österreich-Ungarn heute auseinanderfallen, dann wäre jeder seiner Teile dennoch auf einer Kulturstufe, die ihm das restlose Aufgehen in einen der südlichen oder östlichen Nachbarn unmöglich machen würde. Diese Teile würden also nicht nur in ihrer durch den Zusammenhang der fortgeschrittenen Nationen geförderten Entwicklung geschädigt, sondern buchstäblich zurückgeworfen werden. Demnach scheint die bereits erfolgte kulturelle Annäherung — auch wenn sie die Entwicklung der höchststehenden Nationalität im Reiche zunächst gehemmt hat — eine Gewähr dafür zu bilden, daß bis zu einem gewissen Grade ein Ausgleich allmählich eintreten wird. Die Monarchie, die im Kriege ihr festes Gefüge bewiesen hat und deren verschiedene Nationalitäten, sich selbst unbewußt, ihre politische Zusammengehörigkeit stark empfinden, kann heute nicht mehr auf halbem Wege stehen bleiben, sondern muß den Weg unverdrossen weitergehen, der zum kulturellen Ausgleich der Nationen und damit zu der Möglichkeit führt, eine zeitgemäße Entwicklung mit gemeinsamen Kräften einzuschlagen.

Gerade die kulturelle Entwicklung aller ist die nationalste Angelegenheit, die es überhaupt gibt. Ihre Förderung muß bei den einzelnen Nationalitäten individuell betrieben werden, um so mehr, als, wie gesagt, die Voraussetzungen, von denen aus das Werk in Angriff zu nehmen ist, durchaus verschieden sind. Wenn wir die primitivste Stufe der geistigen Ausbildung zunächst als Maßstab für die Entwicklung bei den einzelnen Nationalitäten betrachten wollen, so sehen wir, daß in der österreichischen Reichshälfte gleich in dieser Hinsicht die gewaltigsten Unterschiede bestehen, nämlich in der Fertigkeit im Lesen und Schreiben. Man zählte 1910 beispielsweise unter den Deutschen Österreichs 3,1 Proz. Analphabeten, aber unter den Serbo-Kroaten in Triest, Istrien und Dalmatien 63,7 Proz. des Schreibens und Lesens Unkundiger. Auf einer den Deutschen durchaus ebenbürtigen Höhe befinden sich in dieser Hinsicht nur die Tschechen mit 2,4 Proz. Analphabeten. Hinter diesen beiden Nationalitäten kommt in einem erheblichen Abstand der bei der Statistik gemeinsam behandelte italienisch-ladinische Volksteil mit 10,3 Proz. Analphabeten. Die übrigen Nationalitäten der zisleitanischen Reichshälfte sind noch weit schlechter daran. Wir finden bei den Slovenen 14,7, bei den

Polen 27,4, bei den in Österreich lebenden Ungarn 36,4, bei den österreichischen Rumänen 60,4, und bei den Ruthenen 61 Proz. Analphabeten. Das sind Unterschiede, wie zwischen Völkern, die in verschiedenen Weltteilen leben. Auf der anderen Seite ist aber zu berücksichtigen, daß jede dieser Völkerschaften eine Intelligenzschichte besitzt, die zwar verschieden stark ist, aber überall auf einem hohen Bildungsniveau steht, und ihre Bildung, wenn auch nicht mehr unmittelbar, dem Deutschtum verdankt, das jahrhundertelang den Kulturpionier für diese Länder gebildet hat. Weiter ist zu bemerken, daß die Verhältniszahlen immerhin wesentlich anders geworden sind, wenn man die Betrachtung nur auf die jüngste Generation beschränkt. Unter den Personen bis 20 Jahre gibt es bei den Deutschen nur mehr 1 Proz., bei den Tschechen sogar nur 0,7 Proz. Analphabeten. Auch bei den am schlechtesten gestellten Nationalitäten, den Serbo-Kroaten und Ruthenen ist die Verhältniszahl von 63,7 bzw. 61 Proz. auf 45,3 bzw. 39,1 Proz. gesunken. Aber gerade diese Zahlen beweisen aufs neue, daß die einheitliche Regelung keineswegs einheitliche Resultate erzielt. Sonst wäre es nicht denkbar, daß bei der allgemeinen Schulpflicht, die ja auch in Österreich reichsgesetzlich festgelegt ist, ein Volksstamm selbst in seiner jüngsten Generation noch fast zur Hälfte des Lesens und Schreibens unkundig ist. Wie wenig aber der primitive Bildungsgrad der Gesamtbevölkerung einer Nationalität als einziger Maßstab ihrer kulturellen Entwicklung zu dienen vermag, zeigt, wenn auch nicht einwandfrei, die Frequenz der höheren Lehranstalten. Von den rund 10 Millionen Deutscher, die in der österreichischen Reichshälfte leben studierten im Wintersemester 1911—12 fast 18 000 an den verschiedenen Hochschulen, von den $6^1/_2$ Millionen Tschechen etwa 8500. Daraus ergeben sich als Verhältniszahlen für die Deutschen etwa 0,18, für die Tschechen etwa 0,08 Proz. Wieder anders liegen die Verhältnisse an den Mittelschulen. Berücksichtigt man nur die Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen, so findet man im Schuljahre 1911/12 rund 41 000 deutsche und rund 33 000 tschechische Schüler, also im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bei den Deutschen etwa 0,41, bei den Tschechen etwa 0,51 Proz. Setzt man diese Vergleiche bei den übrigen Nationalitäten fort, so erhält man teilweise höchst überraschende Resultate. Wir erinnern uns, daß bei den Ruthenen in der jüngsten Generation 39,1 Proz. Analphabeten nachgewiesen wurden. Dagegen studierten an österreichischen Mittelschulen im Schuljahr 1911/12 rund 9500 Ruthenen oder 0,27 Proz., an den Hochschulen aller Art rund 1800 Ruthenen,

also 0,052 Proz. der ruthenischen Bevölkerung. Von rund 781 000 Serbo-Kroaten studierten im gleichen Schuljahr an österreichischen Mittelschulen rund 1900, also ungefähr 0,24 Proz., an Hochschulen 1286, also 0,165 Proz., wobei wir wiederum berücksichtigen, daß in Österreich über 45 Proz. der serbo-kroatischen Bevölkerung zu den Analphabeten gehören.

Trotz aller Ungenauigkeit beweisen diese Ziffern, daß bei den kulturell weniger entwickelten Nationalitäten das Streben nach höherer Bildung prozentuell ausgedrückt ganz erheblich stärker ist als die allgemeine Volksbildung im Vergleich zu den kulturell hochstehenden Volksteilen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Erlangung der Volksschulbildung dem staatlichen Zwang unterliegt und in hohem Grade von der öffentlichen Fürsorge abhängig ist, ferner, daß bei der Durchführung der allgemeinen Schulpflicht die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung und andere äußere Umstände eine wichtige Rolle spielen. Der Besuch der höheren Lehranstalten dagegen ist keinem gesetzlichen Zwang unterworfen und erfährt auch weniger die Unterstützung des Staates. Er wird ermöglicht durch den Willen des einzelnen, besten Falles durch Unterstützung nationaler Korporationen oder der Geistlichkeit, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß bei den nichtdeutschen Nationalitäten auch die Geistlichkeit viel mehr im nationalen Leben steht als bei den Deutschen. Daß die Motive für das höhere Studium eines ruthenischen oder soweniſchen Bauernsohnes durchaus nicht immer idealer Natur sind, daß es sich vielmehr häufig darum handelt, eine Versorgung in Gestalt eines geistlichen oder weltlichen Amtes zu erwerben, und daß die Förderer solcher Studien die Verdrängung der fremdsprachlichen Elemente, also den nationalen Kampf, bei ihren Bestrebungen im Auge haben — all das ändert nichts an der Beurteilung der Erscheinung selbst. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die kulturell rückständigen Nationalitäten in Österreich das Streben und die Kraft besitzen, in beschleunigtem Tempo eine höhere Kulturstufe zu erringen und durch den Erwerb geistiger Waffen im Staate konkurrenzfähig zu werden. Dieses Streben mag zunächst Folgen haben, die nicht unbedenklich erscheinen; letzten Endes ist es doch im Interesse des Staates gelegen. Es ist zweifellos richtig, daß gerade diese sozusagen über Nacht aufgeschossenen Intelligenzen der kleineren Nationen vielfach die Träger der irredentistischen Politik sind. Aber diese Erscheinung bildet ein notwendiges Glied der Entwicklung, wie der ganze Nationalitätenkampf überhaupt, und wir haben die

feste Überzeugung, daß sie vorübergehend ist. Gefährlich ist nur die Kluft zwischen einer unverhältnismäßig starken Intelligenzschicht und einer kulturell und infolgedessen auch wirtschaftlich tiefstehenden Volksmasse. Denn die politische Agitation ist die Beschäftigung derjenigen Intelligenzen, die innerhalb ihres wirtschaftlich wenig entwickelten Volkstums nicht auf andere Weise ernährt werden können. Sie predigen Schlagworte, weil sie im Namen dieses Volkstums nennenswerte greifbare Interessen gar nicht zu vertreten haben. Man kann im allgemeinen gerade diesen Elementen, mögen sie sich auch zunächst in der Gärung befinden, unbesorgt die Aufgabe anvertrauen, den eigenen Volksstamm wirklich kulturell zu erziehen. Heute sind auch die kleineren Nationen in Österreich-Ungarn so weit, um im großen und ganzen für ihre Kulturbedürfnisse zu sorgen. Die nationale Autonomie, wie sie am besten seit vielen Jahren von dem österreichischen Politiker Dr. Karl Renner vertreten wird, ist eine der wichtigsten Forderungen im Interesse einer Gesundung der Verhältnisse. Man hat in Österreich stets gefürchtet, daß nationale Schulgründungen, die ja tatsächlich als Mittel für den nationalen Kampf benutzt wurden, die nationale Propaganda fördern und den Besitzstand der verschiedenen Sprachgemeinschaften verschieben könnten. Diese Befürchtung hat sich nach jahrzehntelanger Erfahrung als grundlos erwiesen. Die Statistik zeigt, daß beispielsweise trotz des heftigen Kampfes zwischen Deutschen und Tschechen und trotz der heftigen Vorstöße der Letzteren der nationale Besitzstand hier wie überall der gleiche geblieben ist. Was sich aber verschoben hat, das ist der Kulturzustand der Tschechen, die, wie oben bemerkt, heute weniger Analphabeten zählen als die Deutschen Österreichs, und ferner ihre soziale Schichtung. Es ist richtig, daß die Tschechen die Städte erobert haben und daß es, im Gegensatz zu den Verhältnissen vor hundert Jahren, heute eine starke tschechische Bürgerschicht gibt, die sich ebenso wie die Deutschen in Handel und Gewerbe, Künsten und Wissenschaften betätigt. Diese neue Konkurrenz sowohl in wirtschaftlichem wie auch in nationalem Sinn hat begreiflicherweise die deutsche Bevölkerung der Städte schwer getroffen. Aber wer heute von den Tschechen ernstlich verlangen wollte, daß sie entweder Bauern bleiben, also ihre natürliche Entwicklung verleugnen, oder sich germanisieren sollen, den würde der Vorwurf der Unterdrückung mit vollem Recht treffen. Die Befürchtung, daß auf diese Weise das deutsche Element in den gemischtsprachigen Ländern aussterben würde, ist unbegründet. Es muß selbstverständlich diejenige Stellung

behalten, die ihm durch seine Zahl und durch seine kulturelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den anderen Völkerschaften zukommt. Daß sich diese Stellung in dem Maß verringert hat, wie die anderen Völkerschaften ihre Fähigkeiten zu entfalten vermochten, ist ebenso selbstverständlich wie gerecht. Dieser Rückgang findet seine natürliche Grenze in den angeborenen Fähigkeiten physischer und geistiger Art, die die nichtdeutschen Völkerschaften besitzen. Ihre allmähliche Entfaltung hat den nationalen Kampf gezeitigt, unter dem Österreich während der letzten Jahrzehnte litt, mit dem kulturellen Hochstand der nichtdeutschen Bevölkerung muß auch der nationale Friede eintreten. Denn auf diesem Punkt angelangt, entdecken auch die nichtdeutschen Nationalitäten mehr und mehr jene Interessen, durch die sie zu einer Solidarität mit ihren andersprachlichen Mitbürgern und zur Bejahung der Großmachtstellung des Gesamtstaates geführt werden. Der Verlust der Deutschen in Österreich an ihren historischen Vorrechten in den einzelnen Gegenden des Reiches wird auf diese Weise für den Staat ein Gewinn durch den Zuwachs einer entsprechend großen Zahl wirtschaftlich und kulturell kräftiger Bürger.

Dieser Prozeß, dessen Endpunkt hier theoretisch gekennzeichnet wurde, ist noch im Werden. Aber er ist schon so weit fortgeschritten, daß die Mehrheit der daran Beteiligten sein Wesen klar erkennen und an seiner glatten Abwicklung bewußt mitarbeiten kann. Schon heute ist es möglich, wenigstens einen erheblichen Teil der bisher im Nationalitätenkampf gebundenen Kräfte für die Mitarbeit an gemeinsamen Zielen freizubekommen. Es ist schon heute möglich, durch eine Verwaltungsreform, wie sie auch tatsächlich geplant ist, die nationalen Reibungsflächen zu vermindern. Diese Verwaltungsreform, die wenigstens grundsätzlich zu der von Renner seit langem geforderten nationalen Autonomie führen muß, braucht die historischen Einheiten, aus denen die Monarchie sich zusammensetzt, nicht mit einem Schlage zu zerstören. Sie wird sie vielmehr mit einer neuen Einteilung durchsetzen, die nicht die Territorien zum Gegenstande hat, sondern die Menschen selbst. Sie wird, wie Renner es vorschlägt, eine besondere Gliederung für die Verwaltung der nationalen Angelegenheiten schaffen, durch die die Bevölkerung, ähnlich wie in der neuen österreichischen Wahlgeographie für den Reichsrat, ohne sichtbare örtliche Trennung nationale Gemeinden bilden, und diese wird sie wiederum in höhere Verwaltungseinheiten für die Regelung ihrer eigenen nationalen Angelegenheiten zusammen-

fassen. Auf diese Weise werden Körperschaften entstehen, die etwa den kirchlichen Organisationen konfessionell gemischter Länder entsprechen. Sie werden dem Staat nicht etwa einen Teil seiner Machtbefugnisse entziehen. Sondern sie werden selbst Teile der Staatsautorität bilden, die einen Teil der öffentlichen Angelegenheiten, nämlich die nationalen, besorgen werden, ohne daß die bisherige unheilvolle Verquickung dieser Angelegenheiten mit den anders gearteten Aufgaben des Staates eintritt. Man wird ihnen zweifellos auch ein gewisses Budgetrecht einräumen müssen, sodaß keine Nation wie bisher in die unangenehme Lage kommt, die kulturellen Erfordernisse einer anderen Nation zu bezahlen. Allerdings gibt es in der Monarchie wirtschaftlich schwache Nationalitäten, die zunächst vielleicht nicht imstande sein werden, ihre Bedürfnisse aus eigenen Mitteln völlig zu decken. Wenn eine solche Nation aus den Mitteln des Gesamtstaates Unterstützungen erhält, so liegt dies durchaus nicht nur in ihrem eigenen, sondern auch im gesamtstaatlichen Interesse, da die kulturelle Förderung der ganzen Bevölkerung eine Staatsnotwendigkeit ist.

Die Durchführung der nationalen Autonomie ohne Rücksicht auf die geographischen Einheiten innerhalb der Monarchie würde den Kampf um die historische Autonomie der Kronländer großenteils seines scheinbar nationalen Charakters entäußern. Das Interesse des Bürgertums der nichtdeutschen Nationalitäten an dieser Länderautonomie würde mit der Befriedigung ihrer nationalen Wünsche verschwinden. Damit aber würde sich das einzige Band lösen, das bisher in den gemischtsprachigen Ländern den feudalen Adel, der ein wirkliches Interesse an der Länderautonomie besitzt, mit dem Bürgertum gleicher Nation verbindet. Der tschechische Bürger beispielsweise könnte durch das Zusammengehen mit dem böhmischen Adel keine größere nationale Selbständigkeit mehr erringen. Wohl aber würde er dazu beitragen, den halb ständischen Charakter des böhmischen Landtags aufrecht zu erhalten, der ihm selbst — abgesehen eben von den nationalen Fragen — politisch und wirtschaftlich nur schaden kann. Der tschechische Bürger, um bei diesem Beispiel zu bleiben, der keinen Anlaß mehr findet, seine ganze, dem öffentlichen Leben gewidmete Kraft für den nationalen Kampf zu opfern, würde mit größerer Energie als bisher beispielsweise die Durchführung jener wirtschaftlichen Maßnahmen anstreben und für jene politischen Reformen eintreten, die für seine eigene Entwicklung notwendig und förderlich sind. Er würde als Indu-

strieller das herrschende Steuersystem bekämpfen, als Kaufmann die Eisenbahnverhältnisse einer Kritik unterziehen, er würde das Zollsystem nicht mehr vom nationalen, sondern vom wirtschaftlichen Standpunkt beurteilen und kritisieren, und es würde sich bald zeigen, daß er in diesen Fragen dem deutschen Mitbürger näher steht als dem tschechischen Agrarier. Mit diesem ist er ja bereits kampflos für nationale Dinge in den autonomen nationalen Körperschaften verbunden. Mit seinem Arbeitsgenossen auf wirtschaftlichem Gebiet würde er sich auf diesem Terrain ungeachtet der Sprache zusammenschließen. Auf diese Weise müßte in absehbarer Zeit eine Neuorientierung des gesamten Parteilebens auch im österreichischen Zentralparlament entstehen. Wenn — was immerhin möglich ist — eine nationale Gruppierung auch hier bestehen bleibt (obwohl unserer Meinung nach die nationalen Fragen dann im Reichsrat nichts zu suchen hätten), so würde es sich doch unmöglich um nationale Parteien im heutigen Sinne handeln, also um Fraktionen mit einem auf alle Gebiete bezüglichen geschlossenen Programm. Vielmehr würde diese Einteilung zumindest durchkreuzt werden von einer zweiten Gruppenbildung mit im wesentlichen wirtschaftspolitischer Färbung. Jede dieser Einteilungen würde, je nach dem Beratungsstoff, fallweise in Kraft zu treten haben und es würde gewissermaßen jeder Abgeordnete zwei ganz verschiedenen Klubs angehören, die miteinander überhaupt nichts zu tun hätten, niemals zu den gleichen Gegenständen Stellung nehmen und deshalb niemals bei dem einzelnen einen Interessenkonflikt hervorrufen könnten.

Wir sind von dem Gedanken ausgegangen, daß Österreich-Ungarn in seinem staatlichen Selbstbewußtsein an den Rückständen vergangener Großmachtbegriffe krankt, die, von verschiedenen Interessengruppen verkörpert, unorganisch nebeneinander fortbestehen und die Festsetzung eines neuen, zeitgemäßen Großmachtbegriffes vereiteln, indem sie diejenigen voneinander trennen, die ein gleichmäßiges Interesse an der Durchsetzung dieses neuen Staatsbegriffes haben. Einer dieser unhaltbar gewordenen Großmachtbegriffe war der nationale. Zur Befreiung von diesem Begriff dienen die soeben gekennzeichneten Vorschläge. Sie ebnen gleichzeitig den Weg zur Solidarität derjenigen Bevölkerungsschichten, die an einer modernen wirtschaftspolitischen Entwicklung interessiert sind. Die geforderten Maßregeln bilden natürlich nur den Rahmen, gewissermaßen nur das leere Gefäß, aber wir zweifeln nicht daran, daß das Leben selbst den Inhalt dafür spenden wird. Er ist auch

heute schon vorhanden; aber wie ein ungezügeltes Element schäumt er unfruchtbar und nutzlos hier und dort auf und zersplittert seine Kraft so lange, bis sie in einem einheitlichen Becken gesammelt wird.

C. Die Hierarchie der Arbeit.

Die Ordnung der nationalen Angelegenheiten in Österreich bildet den wichtigsten Schritt zur Sprengung eines bisher bestehenden Blocks unter der Führung des klassenbewußten, feudalen Adels mit seinen oligarchischen Tendenzen. Wenn wir das aussprechen, so wollen wir nicht etwa unsererseits nach sozialdemokratischem Muster den Klassenkampf predigen, vielmehr wollen wir, daß der Klassenkampf von oben ebenso aufhöre, wie der von unten nach unserer festen Überzeugung in absehbarer Zeit aufhören wird. Was wir wollen, ist, daß ein Teil des Bürger- und Bauerntums nicht mehr halb unbewußt die Interessen einer separatistischen Klasse vertrete. Um aber diesen Block völlig zu sprengen und denjenigen Teil des Adels, der noch nicht gelernt hat, sich den modernen Verhältnissen einzufügen, politisch vollkommen zu isolieren, dazu bedarf es auch eines Kampfes gegen den Klerikalismus, und zwar besonders gegen jenen Klerikalismus, der noch immer das christlich-soziale Gewand trägt. In diesem Rahmen liegt es uns nicht so sehr ob, in den Kampf der Weltanschauungen einzugreifen, sofern es sich eben nur um Weltanschauungen handelt. Das hier entwickelte System hat auf diesem Gebiet nur so weit eine Aufgabe zu erfüllen, als politische und wirtschaftliche Folgerungen aus bestimmten Weltanschauungen praktisch gezogen werden. Bei dem österreichischen Klerikalismus ist dies in besonderem Maße der Fall. Wir erwähnten schon früher, daß er seiner Tradition nach sich von dem alten theokratischen Staatsbegriff nicht ganz losgemacht hat und eine Stütze für den Fortbestand solcher begrifflicher Rudimente bildet. So weit es sich nun um die feudale Anhängerschaft des Klerikalismus handelt, ist dieses Bündnis durchaus natürlich und soll von uns nicht einmal gestört werden. Anders verhält es sich mit den bürgerlichen Klerikalen. Hier handelt es sich vielfach um Kreise, die nicht etwa von alters her zu derselben Fahne geschworen haben, sondern erst in später Zeit für sie gewonnen worden sind. Man denke an die christlich-soziale Bewegung. Den reinsten Typus dieser Bevölkerungsschichte, die heute der zeitgemäßen Entwicklung im Wege steht,

bietet die Reichshauptstadt Wien. Die Bekehrung der Wiener vom Liberalismus zum Klerikalismus ist selbstverständlich nicht so sehr auf ideelle Gründe zurückzuführen, als auf wirkliche oder scheinbare Interessen. Der Wiener Bürger ist ebenso wie sein Gesinnungsgenosse auf dem flachen Lande in seiner Eigenschaft als Kleinbürger für den Klerikalismus gewonnen worden. Wir haben schon angedeutet, welche wichtige und traurige Rolle der Kleinbürger in der politischen Entwicklung Österreichs gespielt hat. Aber seine politische Rolle kennzeichnet keineswegs sein eigentliches Wesen, sondern ist eine Folgeerscheinung. Entstehung und Wesen des kleinbürgerlichen Typus sind wirtschaftlich zu erklären. Der Kleinbürger von heute ist der eigentliche Erbe des Bürgers von ehemals, der, wirtschaftlich auf die individuelle Produktion als Handwerker oder Kleinhändler gestellt, die Summe seiner politischen und wirtschaftlichen Forderungen in dem liberalen Programm von 1848 ausdrückte. Inzwischen war aber, wie wir wissen, aus diesem Bürgertum das organisierende Unternehmertum hervorgegangen, das Großbürgertum, dessen Interessen auf wirtschaftlichem Gebiet bereits ganz andere waren. Eine andere Abzweigung des zu Beginn der Revolution einheitlichen dritten Standes bildete sich in der Arbeiterschaft heraus, als demjenigen Stande, der dauernd auf wirtschaftliche Selbständigkeit zu verzichten hat. Die Gegnerschaft zwischen dem Arbeiter und dem Industriellen, die doch im Wesen in dem gleichen wirtschaftlichen System arbeiten, beruht auf dem Unterschied zwischen dem wirtschaftlich Selbständigen und dem wirtschaftlich Abhängigen. Darüber wird noch später zu reden sein. Der Gegensatz aber zwischen dem Großbürger und dem Kleinbürger, die beide wirtschaftlich selbständig sind, ist, unseres Erachtens, viel tiefer. Er ist der Antagonismus zwischen zwei grundverschiedenen Wirtschaftssystemen, die einander entwicklungsgeschichtlich ablösen, dem System der individualistischen und dem der organisierten Produktion. Daß das erste die Voraussetzung des zweiten ist, haben wir bereits gesehen. Dennoch schließt das zweite den gleichzeitigen Fortbestand des ersten nahezu aus, und die Ablösung des Gewerbes durch die Industrie, des Kleinhandels durch das Warenhaussystem ist in Wirklichkeit eine Verdrängung, die unter heftigen Kämpfen erfolgt. In diesem Kampf gegen die entwicklungsgeschichtlich jüngere Generation wirkt nun das einst fortschrittliche Bürgertum reaktionär. Es schließt sich der Partei an, die ihm theoretisch und praktisch seine Existenzberechtigung gegen den modernen Industrialismus garantieren will. Die Theorien,

die ihm zur Begründung seiner Existenz beigebracht werden, haben mit seinen ursprünglichen bürgerlichen Idealen nichts zu tun. Mag der Kleinbürger sich nun dem christlichen oder dem demokratischen Sozialismus in die Arme werfen — was er damit tut, ist eine verbrämte Opportunitätspolitik. Immer aber ist seine Hinneigung zu den reaktionären Parteien größer, als zu dem scheinbar revolutionierenden Programm der Sozialdemokratie. Der letztere Fall ist eigentlich ein Mißverständnis, das durch eine Verwechslung des agitatorischen Geschreis gegen die Reichen und des wirklichen Kerns des Sozialismus entsteht. Sozialismus und Kleinbürgertum schließen sich genau so aus, wie Kleinbürgertum und Industrialismus. Der Kleinbürger ist also ein Parteigänger des Rückschritts, solange er Kleinbürger bleibt.

Wir haben nun das Kleinbürgertum früher als ein Reservoir von Kräften für den Industrialismus bezeichnet. Je stärker die industrielle Entwicklung fortschreitet, desto mehr steigert sich die Abwanderung aus dem Kleinbürgertum zum Industrialismus, desto mehr sinkt die zahlenmäßige und infolgedessen auch wirtschaftliche und letzten Endes auch politische Bedeutung des Kleinbürgertums im Staate. Sein bisher unverhältnismäßig großes Gewicht in Österreich hängt demnach aufs innigste zusammen mit der relativen Stagnation des gesamten Wirtschaftslebens. Wir müssen immer wieder betonen, wie diese Stagnation zu erklären ist. Wir halten daran fest, daß es im Staate eine gewisse Ökonomie der politischen Kräfte gibt und daß sie sich nicht gleichzeitig mit voller Energie zwei ganz verschiedenen organisatorischen Aufgaben widmen können. Die eigentümlichen Verhältnisse Österreichs, der mißglückte Versuch, dieses Reich als einen deutschen Staat zu behandeln, haben bewirkt, daß hier ein halbes Jahrhundert später als in anderen Ländern die Hochflut des nationalen Kampfes tobte. Solange dies der Fall war, konnte die Summe der Kräfte nicht geschlossen auf ein Ziel hinarbeiten, das bereits einer nächsten Entwicklungsepoche angehörte. So wie jeder Mensch, muß auch jeder Staat alle Stufen der vorgeschriebenen Entwicklung durchmachen. So ist auch Österreich die Zeit der nationalen Erhebung nicht erspart geblieben, aber ohne daß es dadurch zertrümmert worden wäre. Neben vielen anderen Symptomen zeigt die Belastungsprobe des jetzigen Krieges, daß die Hochflut dieser Bewegung als überwunden zu betrachten ist. Nicht die Gefahren des Sturmes sind jetzt die drohendsten, sondern vielmehr die der Stagnation. Täglich werden neue Kräfte für neue

Bestrebungen frei, und es gilt nur, ihnen das Ziel zu zeigen, um sie, wie wir hoffen, bald an der Arbeit zu sehen. Dann wird auch das Kleinbürgertum nach und nach in jene bescheidenen Grenzen der politischen Geltung zurückkehren, die ihm seine durch die heutige Entwicklung bemessene wirtschaftliche Bedeutung anweist.

Nur eines muß hier noch bemerkt werden. Der Kleinbürger als Wähler verschiedener radikaler Parteien hat seit den achtziger Jahren in Österreich den Sturz des großbürgerlichen Liberalismus herbeiführen geholfen, den er einige Jahrzehnte früher in den Sattel gehoben hatte. Wir halten es nun für ganz verfehlt, etwa mit Richard Charmatz („Deutsch-Österreichische Politik") das Heil in der Wiederkehr eines verjüngten Liberalismus zu erblicken. Daß man eine Reihe von Errungenschaften, die die Welt dem Liberalismus verdankt, nicht wieder preisgeben wird, ist selbstverständlich. Aber die wirtschaftlichen und infolgedessen auch die politischen Forderungen der heutigen Entwicklungsstufe ergeben ein Gesamtbild, das uns bereits über die Summe der liberalen Anschauungen hinausführt. In der historischen Entwicklung gibt es keine Rückkehr, also auch keine Rückkehr zum Liberalismus. Wenn man mich fragt, welche politische Richtung ich als die den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende bezeichnen will, dann fürchte ich, offen gestanden, eine präzise Antwort schuldig bleiben zu müssen. Aber ich sehe darin nichts Beschämendes für mich und auch nichts, was in der Erfüllung der mir hier gestellten Aufgabe eine Lücke bedeuten könnte. Meine Aufgabe besteht darin, den Weg suchen zu helfen, auf dem die Verhältnisse Österreich-Ungarns in die von den anderen modernen Großmächten beschrittenen Bahnen gelenkt werden können. Steht Österreich-Ungarn erst vor dem Problem des positiven innerpolitischen Programms, das den heute im Werden begriffenen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen soll, so befindet es sich mit den übrigen Großstaaten auf einer Linie. Denn dieses Problem ist noch nirgends gelöst. Wir sehen beispielsweise den englischen Parteikampf noch immer in dem Gegensatz zwischen Konservatismus und Liberalismus kulminieren. In den Fragen der eigentlichen inneren Politik des Inselreiches hat der Liberalismus noch ein zeitgemäßes Programm zu vertreten, nämlich die Emanzipierung der Nationalitäten, vor allem der Iren. Aber das ist gerade ein Problem, dessen Existenz an sich, an dem Maßstab der heutigen Aufgaben gemessen, eine Rückständigkeit bedeutet. Dagegen gibt es einen anderen Punkt von mindestens ebenso großer Wichtigkeit, in dem die in nationalen

Dingen rückständigen Konservativen den Liberalen gegenüber den Zukunftsstandpunkt vertreten, nämlich die Abkehr vom Freihandelssystem und die Befestigung des britischen Weltreiches durch eine Zollmauer. Wir betrachten das geschlossene Wirtschaftsimperium als die gegebene Zukunftsform, und wir glauben, daß jene Partei, die dieses Problem in voller Erkenntnis seiner Tragweite und seiner gesamten Folgerungen nach innen und außen zu dem ihren macht, die Partei der Zukunft ist. Das trifft aber auch bei den englischen Konservativen keineswegs vollständig zu, und deshalb sind wir hier nicht in der Lage, die Existenz der gesuchten neuen Partei festzustellen. Wir können sie auch in Deutschland nicht entdecken, wo das Bürgertum trotz seiner ausschlaggebenden wirtschaftlichen Stellung eine festumrissene politische Rolle überhaupt nicht besitzt. Auch das deutsche Beispiel zeigt, wie aussichtslos es ist, auf eine führende Zukunft des Liberalismus zu hoffen. Der deutsche Liberalismus ist mehrfach gespalten und lehnt sich in den meisten seiner Handlungen einesteils an den Konservatismus, andernteils an die Sozialdemokratie an. Unterscheidet er sich einmal aber von diesen beiden Nachbarn, so tut er es nicht durch einen wirklich eigenen Gedanken, sondern, indem er ein Kompromiß ausfindig macht. Fragt man sich, welche Richtung in Deutschland für die großen innerpolitischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte verantwortlich zu machen ist, so muß man die Antwort schuldig bleiben. Deutschland hat nach der vorübergehenden freihändlerischen Ära eine Schutzzollpolitik getrieben, die von den Konservativen und dem rechten liberalen Flügel gestützt, vom linksstehenden Freisinn und ganz besonders von den Sozialdemokraten auf das heftigste bekämpft wurde. Gleichzeitig aber hat Deutschland eine sozialpolitische Arbeit geleistet, deren Resultate in der ganzen Welt unerreicht dastehen. Aber die deutsche Sozialpolitik kann man keineswegs als eine Errungenschaft der anwachsenden Sozialdemokratie kurz abtun; denn auch die Konservativen haben daran mitgearbeitet, und im übrigen ist ihre Macht im Reiche, trotz der 108 sozialdemokratischen Abgeordneten, nicht geringer geworden. Während es bis zum Kriege nicht gelungen ist, das preußische Wahlrecht zu modernisieren, wurden sofort nach Kriegsausbruch zur Versorgung der Bevölkerung und des Heeres Maßregeln eingeführt, die man nur als staatssozialistisch bezeichnen kann. Gleichzeitig aber ist die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokratie als unbedingt staatserhaltende Partei aufgetreten, sie hat unzählige Kriegsfreiwillige gestellt, die Kredite und den Etat bewilligt, ihre Mitglieder

tragen das Eiserne Kreuz und gelegentlich auch die Achselstücke des Offiziers. Dieses Gesamtbild, wenn man heute überhaupt schon von einem solchen sprechen kann, zeigt, daß alle Parteien in Deutschland in größerem oder geringerem Grade ihren Überlieferungen, um nicht zu sagen: ihren Grundsätzen, untreu geworden sind, auch wenn sie es naturgemäß vorläufig noch nicht wahr haben wollen. Und doch sind alle die scheinbar disparaten Vorgänge positiver Art, die sich in der deutschen inneren Politik der letzten Jahrzehnte abspielten, auf einen bestimmten Punkt gerichtet. Agrarschutz und Kolonialpolitik, soziale Reformen und Ausbau der Flotte — all das sind Maßnahmen, die zur Verwirklichung eines bestimmten Zieles dienen, nämlich zur Förderung und zum Schutz der wirtschaftlichen Produktion. Sie dienen alle der Erfüllung jener Forderungen, die wir weiter oben aufgestellt haben: der Sicherung der Rohstoffgewinnung und der Förderung der industriellen Arbeit. Auf dem Wege zu diesem Ziel wurde Deutschland durch den kriegerischen Überfall seiner Gegner unterbrochen, und zwar an jenem Punkt, wo sich immer dringender die Notwendigkeit einstellte, auch in der auswärtigen Politik die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Auf beiden Gebieten, in der inneren und in der äußeren Politik, wird man wohl nach der Belehrung dieses Krieges das erfolgreich Begonnene mit größerem Zielbewußtsein fortsetzen. Dann ist es aber auch unvermeidlich, wenn auch nicht mit einem Schlag, die Richtung der inneren Politik, die bisher in einzelnen, von einander scheinbar unabhängigen und halb unbewußten Vorgängen den neuen Weg eingeschlagen hat, in ein klares System zu bringen. Dieses noch nicht fest umrissene Problem wird das Programm der neuen Partei lösen. Sie kann nicht eine Partei der Industriellen sein, nicht eine großbürgerliche Fraktion, denn sie muß das Interesse aller produzierenden Stände, auch das des Arbeiters und das des Agrariers vertreten; sie kann aus dem gleichen Grunde nicht mit dem Sozialismus identisch sein; denn wir sind in absehbarer Zeit nicht so weit, daß wir für eine erfolgreiche Produktion auf den individuellen Impuls des Unternehmertums ganz verzichten könnten zugunsten eines rein kollektivistischen Wirtschaftslebens. Anderseits aber hat schon heute die Kluft zwischen dem selbständigen Unternehmer und dem wirtschaftlich unselbständigen Arbeiter das meiste von ihrer grundsätzlichen Tiefe verloren. Wir sehen nicht mehr einzelne Fabrikherren allein auf der Seite des Unternehmertums, sondern vorwiegend Gesellschaften; wir finden aber in ihrem Lager auch das

Heer jener höheren Angestellten in wichtigen technischen oder kaufmännischen Stellungen, die weder vom Unternehmertum noch von der Arbeiterschaft durch eine feste Grenze getrennt werden können. Die immer stärker werdende Durchsetzung des modernen Produktionssystems mit den Elementen des sogenannten Intelligenzbürgertums, also den höher Gebildeten, die bis vor relativ kurzer Zeit dem wirtschaftlichen Getriebe ganz fern standen, ist an sich schon geeignet, die krassen Vorstellungen, von denen die bisherigen sozialistischen Parteien ausgingen, über den Haufen zu werfen. Breitet sich auf solche Art das neue System immer mehr von oben nach unten aus, so tut es dies nicht minder von unten nach oben. Die Sozialdemokratie sieht heute bereits eine ganze Reihe ihrer Forderungen erfüllt. Ihre wirtschaftliche Ohnmacht ist, wenigstens grundsätzlich, durch die Koalitionsbildung beseitigt; die Nachteile der Besitzlosigkeit schwinden mehr und mehr vor dem anwachsenden Versicherungssystem. Wir nähern uns, wenn auch langsam, einem Zustande, in dem der Gegensatz zwischen hoher und niedriger Stellung, hoher und niedriger Entlohnung von der Qualität der Leistung, von der Verantwortlichkeit, kurz, von der Stellung des einzelnen innerhalb einer durch die Praxis geschaffenen und deshalb bis auf weiteres nicht anzufechtenden Hierarchie der Arbeit zumindest stark beeinflußt werden. Diese Hierarchie der Arbeit ist es, der wir nach meiner Meinung zustreben und die bestimmt ist, nach langen Jahrhunderten des Überganges die Hierarchie des unbeweglichen Besitzes abzulösen. Je mehr wir uns ihr nähern, desto mehr verwandeln sich die grundsätzlichen in graduelle Unterschiede. Damit aber schwindet eine der Grundlagen der Sozialdemokratie dahin, ohne daß man doch behaupten könnte, daß mit dem Endpunkt dieses Prozesses das ursprüngliche sozialistische Ideal erreicht würde. Unter der Herrschaft des Kapitalismus ist die Arbeiterschaft nicht verelendet, sondern wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich gestiegen. Sie hat zu diesem Aufschwung sicherlich viel aus eigener Kraft beigetragen, aber sie hat nicht durch Revolution einen bestehenden Zustand beseitigt — was einen wesentlichen Programmpunkt bedeutet hätte — sondern sie hat an der historischen Entwicklung mitgewirkt. Daß diese Mitwirkung in der Form des Kampfes geschah und weiter geschieht, ist keineswegs eine neue Errungenschaft des Sozialismus, sondern entspricht einem historischen Gesetz, das so alt ist, wie die menschliche Entwicklung selbst.

Die Entwicklung wird auch weiter nicht stehen bleiben; und damit ist bereits gesagt, daß der Kampf weiter gehen, daß die Verschieden-

artigkeit der Parteien nicht aufhören wird. Jene Idealpartei, die wir oben fingierten, und die den Interessen aller an der modernen Produktionswirtschaft Beteiligten gleichmäßig dienen soll, wird es also überhaupt nicht geben. Wohl aber wird es mehr und mehr dazu kommen, daß alle Parteien sich des allgemeinen Zusammenhanges, der gemeinsamen wirtschaftlichen Ziele und der dafür unerläßlichen politischen Mittel bewußt werden; daß sie sich als die öffentlichen Vertretungen verschiedener, aber demselben System zugehöriger Interessengruppen betrachten werden, von denen jede darum ringt, in ihrem Sinne ein Gleichgewicht der Kräfte zu schaffen. Aber sie werden dann kaum mehr nachhaltig Dinge fordern können, die die Existenz des einen oder anderen Teiles innerhalb des gesamten Systems ernstlich in Frage stellen; sie werden einander nicht verfemen, wenn sie einander auch bekämpfen, und keine von ihnen wird die Existenzberechtigung eines Gemeinwesens leugnen wollen, mit dessen Dasein ihre eigene Existenz verknüpft ist. Diesen Zustand herbeizuführen, ist das Ziel der inneren Entwicklung auch in Österreich-Ungarn. Wir können nicht hoffen, es dort schneller zu erreichen als anderwärts; es wird im Gegenteil vielleicht etwas länger dauern. Worum es sich in der vorliegenden Arbeit aber handelt, das ist der Versuch, die Abwege festzustellen, die weder über kurz noch über lang, sondern niemals zu diesem Ziel führen. Sind wir in Österreich erst wieder auf dem geraden Wege der Entwicklung, dann ist an sich schon ein großes Werk vollbracht.

D. Ungarn und die Monarchie.

In den bisherigen Ausführungen haben wir uns eine teilweise Inkonsequenz zuschulden kommen lassen. Wir sprachen vielfach, wo es sich um allgemeinste Ziele handelte, von Österreich-Ungarn, während wir doch bei der Kritik der inneren Verhältnisse fast ausschließlich Österreich allein berücksichtigten. Wir wollen uns auch weiter nicht erschöpfend mit der ungarischen Frage befassen, und zwar aus folgenden Gründen. Wir haben das österreichisch-ungarische Problem absichtlich vom Standpunkt der großen entwicklungsgeschichtlichen Grundsätze und weniger aus dem Gesichtswinkel des politischen Details betrachtet. Wenn wir uns nun auch für das Heute vor den vollzogenen Tatsachen beugen, solange diese Tatsachen Geltung haben, so müssen wir doch sagen, daß die Entwicklung

der ungarischen Politik nur zu verstehen ist als ein Teil der Gesamtentwicklung der Monarchie, des alten Österreich. Auch nach der Trennung haben die großen Probleme und die scheinbaren Unregelmäßigkeiten, die wir für Österreich feststellten, nicht aufgehört, auch in Ungarn zu gelten. Wir sind auch überzeugt davon, daß sich der bisher angedeutete Entwicklungsprozeß weiterhin in Österreich und in Ungarn nicht einheitlich, aber parallel entwickeln wird. Wir glauben mit Renner, daß die Lösung der Nationalitätenfrage in Österreich mit unbedingter Notwendigkeit, trotz aller Widerstände und Kämpfe, eine entsprechende Lösung in Ungarn nach sich ziehen wird. Wir wollen damit keineswegs schadenfroh eine Machtminderung des Magyarentums prophezeien. Aber das Magyarentum wird in Ungarn genau so wie das Deutschtum in Österreich diejenige Stellung erhalten, die seine Zahl und seine Kraft ihm anweisen wird. Nach der Meinung, die wir von den Magyaren hegen, müßte auch diese künftige Stellung eine führende sein.

Was nun das Verhältnis zu Österreich oder vielmehr zur Gesamtmonarchie betrifft, so folgen wir auch hier wiederum der Meinung Renners, der den Dualismus des Jahres 1867 als etwas Unvollendetes und seine spätere Auslegung als einen Widersinn bezeichnet. Wir glauben, daß die beiden Reichshälften in allen Angelegenheiten, die jede von ihnen allein betreffen, unabhängig voneinander bleiben werden und sollen. Wir würden auch kein Bedenken haben, diese innere Unabhängigkeit in jeder Form, die ihr etwa noch fehlen sollte, künftig zum Ausdruck zu bringen. Dagegen sind wir überzeugt, daß zur Erreichung wirklich gemeinsamer Ziele und zur Erledigung wirklich gemeinsamer Angelegenheiten auch gemeinsame Organe geschaffen werden müssen. Wenn die beiden Staaten im modernen Sinn ein Reich bilden sollen, wenn es Gebiete gibt, auf denen ihr Wille und ihr Gedanke einheitlich sein muß, dann muß es auch ein einheitliches Haupt geben, das diesen Gedanken denkt. Der Monarch kann dies heute nicht mehr allein sein, sondern die Völker müssen zu diesem Zweck zusammentreten, genau so wie zu allen anderen. Der äußere Rahmen der künftigen österreichisch-ungarischen Beziehungen wird also zweifellos eine auf die wirklich gemeinsamen Angelegenheiten bezügliche gemeinsame Legislative sein müssen, der die heute schon, wenn auch unvollständig, vorhandene gemeinschaftliche Exekutive, womöglich in einer geschlosseneren Form, entsprechen wird. Den bisherigen Widerstand Ungarns gegen solche Einrichtungen können wir heute aus seinem Kampf als separatistische

Nation gegen den Zentralismus begreifen. Ungarn ist noch immer nicht aus seiner Doppelstellung herausgekommen, wodurch es Wien gegenüber nationalistisch, seinen nichtmagyarischen Nationen gegenüber zentralistisch auftreten mußte. Aber diese Doppelstellung hatte zwei wichtige Voraussetzungen, die heute nicht mehr bestehen. Sie gründete sich einmal auf die Vorstellung eines deutschen Staates Österreich, zweitens aber auf die Tatsache eines noch stark unter feudaler Herrschaft stehenden Ungarns. Gewiß haben sich die inneren Verhältnisse in Ungarn seit 1848 und 1867 gründlich verschoben. Mehr als damals besitzt heute Ungarn ein magyarisches Bürgertum. Aber dieses Bürgertum steckt vielfach noch in den Wirtschaftsverhältnissen der vergangenen Epoche. Es besteht teils aus einem wirtschaftlich ungebundenen Intelligenzbürgertum, teils ist es kleinbürgerlich. Daneben spielt der ländliche Besitz eine ungleich größere Rolle, und zwar nicht nur als Großgrundbesitz, sondern auch als mittlerer Besitz, als in anderen Ländern. Dieser Kreis besitzt aber nach seinem heutigen wirtschaftlichen Zustand noch nicht das bewußte Interesse an wirtschaftlicher Organisation. Er hat, um bei unserer Terminologie zu bleiben, noch nicht das Bedürfnis, in eine Hierarchie der Arbeit einzutreten. Der ungarische Grundbesitzer arbeitet nicht intensiv. Das Land bringt ohnedies mehr Nahrungsmittel hervor, als es selbst verbraucht. Dennoch würde sich, wenn Ungarn heute wirtschaftlich selbständig würde, eine bedenkliche nationale Unterbilanz ergeben. Denn mittlerweile hat es sich durch seine steigende Kultur als Verbraucher so stark entwickelt, daß Ungarn ein bedeutender Markt für industrielle Erzeugnisse geworden ist. Seine Industrie aber befindet sich noch in den Anfängen, und es muß den größten Teil seines Bedarfs einführen. Um demgegenüber seine volkswirtschaftliche Bilanz auszugleichen, müßte Ungarn auf seinem eigentlichen Gebiet bedeutend intensiver produzieren um die industrielle Einfuhr durch eine vermehrte landwirtschaftliche Ausfuhr wett zu machen.

Nun hat allerdings Ungarn das berechtigte Bedürfnis, eine eigene Industrie zu schaffen. Es will also letzten Endes den Weg einschlagen, den wir hier als den historisch notwendigen bezeichnet haben. Es handelt sich nur darum, auf welche Weise dies geschehen soll. Bisher hat Ungarn das System der staatlichen Industrieförderung eingeführt. Daran ist von österreichischer Seite mit Recht heftige Kritik geübt worden. Vom Standpunkt des Historikers läßt sich nun allerdings manches für dieses System vorbringen. Ungarn,

als selbständiges wirtschaftliches Gemeinwesen behandelt, steht seiner industriellen Entwicklung nach etwa auf jener Stufe, die in Österreich und anderwärts vor hundert Jahren durch das Prohibitivsystem gekennzeichnet war. Theoretisch würde also vielleicht dieses System, seine Durchführbarkeit vorausgesetzt, heute nach Ungarn passen. Aber Ungarn besitzt vor allem nicht die Unabhängigkeit, die dazu notwendig wäre. Im Wege steht nicht nur die Abhängigkeit von Österreich, sondern auch die vom ganzen Weltmarkt, der sich heute von keinem Staat, geschweige denn von einem wirtschaftlich nicht besonders kräftigen, ein derartiges System gefallen ließe. Die staatliche Industrieförderung ist also ein Surrogat, das sich aus der verspäteten Entwicklung Ungarns erklären läßt. Immerhin gibt es in Ungarn eine starke Strömung, die dieses System des Industrieschutzes durch eine Zollmauer gegen Österreich vervollständigen möchte. Aber man weiß auch in Ungarn selbst ganz genau, daß auch dieser doppelte Schutz bis auf weiteres nicht genügen würde, um Ungarn nur zu einem nennenswerten Teil mit eigenen Industrieprodukten zu versorgen. So kommt es, daß dieselben Leute, die die Zollmauer gegen Österreich verlangen, nichts gegen eine Ermäßigung der Zölle für die industrielle Einfuhr aus Deutschland einzuwenden haben, weil man dort die Dinge wenigstens billiger und besser bekomme. Diese Argumentation bedeutet eine Durchbrechung des Produktionsprinzips, von dem sie ausgegangen ist, zugunsten des Konsumentenstandpunktes. Sie führt also letzten Endes nicht zu einer Förderung der ungarischen Industrie, sondern zu dem Ersatz der österreichischen Einfuhr durch die deutsche. Auf der anderen Seite ist es Ungarn, das bisher stets in der Monarchie für die Beibehaltung hoher Agrarzölle gegen die Balkanstaaten eingetreten ist. Damit wird zwar die eigene landwirtschaftliche Produktion vor der Konkurrenz geschützt, aber es wird nicht nur dem österreichischen Konsumenten ein Opfer zugemutet, sondern auch der heimische Konsum muß schließlich unter diesen Verhältnissen leiden. Eine wirkliche Förderung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion ist damit noch nicht einmal gewährleistet. Denn man muß zwischen dem persönlichen Interesse des Produzenten und dem volkswirtschaftlichen Interesse an der Produktion unterscheiden. Die hohen Schutzzölle aber tragen mit dazu bei, daß die ungarische Landwirtschaft die alten bequemen Methoden beibehält, nicht zur intensiven Produktion übergeht und auf diese Weise das Volksvermögen um den sehr erheblichen Wert des erreichbaren Mehrertrages schädigt.

Fassen wir also die Merkmale des in Ungarn zum Teil durchgeführten, zum Teil angestrebten, aber dem Gedanken nach einheitlichen Systems zusammen, so würden sich folgende wirtschaftliche Folgerungen ergeben. Ungarn würde seine Konsumenten durch niedrige Industriezölle gegen Deutschland fördern, durch hohe Agrarzölle gegen den Balkan schädigen. Es würde gleichzeitig die eigene Industrie der deutschen Konkurrenz in demselben Maß ausliefern, wie jetzt der österreichischen, seine alte und kräftige Landwirtschaft aber durch Ausschaltung jeder Konkurrenz zur Stagnation verurteilen. Es würde also auf dem Standpunkt: industrieller Import bei ungenügendem landwirtschaftlichen Export verharren. Die Folgen davon wären notwendigerweise: eine relative Abnahme des Volkswohlstandes und die Verhinderung größerer Kapitalsbildungen. Die letztere Erscheinung würde auch von sich aus einen dauernden Aufschwung der Landwirtschaft wie der Industrie verhindern. Darin liegt der Trugschluß der staatlichen Industrieförderung, daß alle öffentlichen Subventionen und Erleichterungen die Funktionen des arbeitenden Kapitals in der Industrie nicht ersetzen können, und daß infolgedessen öffentliche Gelder, die besser für andere Zwecke verwendet würden, vergebens auf die Erhaltung einer künstlichen Treibhausindustrie aufgehen. Ungarn weiß nun selbst sehr genau, daß ihm für einen wirtschaftlichen Aufschwung das Kapital fehlt, und man hört deshalb aus dem Lande jenseits der Leitha immer häufiger den Ruf nach dem deutschen Kapital. Ich möchte nun ganz davon absehen, daß es durchaus fraglich ist, ob das deutsche Kapital nach dem Kriege in den nötigen Mengen für ungarische Unternehmungen flüssig sein wird. Ich glaube es kaum. Aber auch wenn den ungarischen Wünschen in dieser Hinsicht vollauf Rechnung getragen würde, so dürften sich doch die Dinge in der Folge anders gestalten, als man es erwartet. Die ungarische Industrie könnte allerdings mit fremdem Gelde eine Zeitlang wachsen. Sie könnte sich vielleicht allmählich bis zu jener Stufe entwickeln, die in Österreich seit Jahren erreicht ist und die die Selbstversorgung des Landes schlecht und recht ermöglicht. Aber gerade dafür wäre die erste Voraussetzung, daß Ungarn nicht nur gegen Österreich, sondern erst recht gegen Deutschland hohe Industriezölle einführt. Hier steckt bereits der erste unlösliche Widerspruch in dem System. Aber selbst wenn wir davon absehen wollen, so ist der ungarische Markt allein nicht groß genug, um eine wirklich konkurrenzfähige Industrie dauernd zu erhalten. Wir wissen bereits aus den früheren Darlegungen, daß

eine Grundbedingung der industriellen Entfaltung die Ausdehnbarkeit des Marktes, also die Möglichkeit der Massenerzeugung ist. Bei der oben angedeuteten Handelspolitik aber würden Ungarn neue Märkte kaum zur Verfügung stehen. Es würde mit allen Nachbarn außer Deutschland zollpolitisch in einem gespannten Verhältnis stehen. Der österreichische Markt würde, eine Zollmauer vorausgesetzt, der ungarischen Industrie auch dann verschlossen bleiben, wenn sie der österreichischen ebenbürtig würde. Die Balkanländer, die von Ungarn handelspolitische Gegenwerte nicht zu erwarten haben, würden es zweifellos vorziehen, in Deutschland oder Österreich zu kaufen. Österreich wäre hier ein um so gefährlicherer Konkurrent, als es bei einer Zolltrennung mit Ungarn seinen Bedarf an landwirtschaftlicher Einfuhr zweifellos auf dem Balkan decken, ein entsprechendes Zollsystem einführen und dadurch alle Vorteile auf seiner Seite haben würde. Daß die ungarische Industrie aber den deutschen Markt kaum erobern könnte, braucht wohl nicht erst begründet zu werden. Unter solchen Umständen würde sich Ungarn kaum auf die Dauer als lohnendes Betätigungsgebiet für das deutsche Kapital erweisen.

Dieses System, das die Ausschaltung Österreichs aus der ungarischen Volkswirtschaft zum Ziele hat, scheint also unbrauchbar zu sein. Man könnte noch zur weiteren Begründung die Folgen erwähnen, die eine solche Politik für die ungarischen Staatsfinanzen haben würde, und die sich unweigerlich aus der Trennung der gemeinsamen Notenbank, der Lösung des Quotenverhältnisses und so fort ergeben würden. Diese Folgerungen würde Österreich selbstverständlich ziehen müssen, und sie würden zum schweren Schaden Ungarns ausfallen. Ungarn wird also im eigenen Interesse dazu kommen, die reale Gemeinsamkeit mit der österreichischen Reichshälfte aufrecht zu erhalten und zu vertiefen. Für den Augenblick bedeutet Österreich für Ungarn einen unersetzlichen landwirtschaftlichen Markt. Die Bedürfnisse Österreichs, dessen industrielle Entwicklung unaufhaltsam fortschreitet, werden auf diesem Gebiet täglich größer. Schon heute ist die Gesamtmonarchie infolge des österreichischen Mehrverbrauchs teilweise auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen. Schon die gegenwärtigen Verhältnisse also erheischen dringend eine Intensivierung der ungarischen Landwirtschaft. Je weiter diese fortschreitet, desto mehr wird sie auch zur Bildung von Großkapitalien in Ungarn führen und dadurch indirekt den Boden für einen gesunden industriellen Aufschwung vorbereiten. In der Zwischenzeit wird sich die ungarische

Industrie mehr und mehr des österreichischen Kapitals bedienen, das ja auch heute in dem Wirtschaftsleben Ungarns eine ausschlaggebende Rolle spielt. Es hat gar keinen Zweck, ernsthaft auf das ungarische Schlagwort einzugehen, man wolle keine österreichische Kolonie werden. Abgesehen davon, daß die Verhältnisse die Gegenstandslosigkeit dieses Einwurfes zeigen, muß man sich doch die Frage vorlegen, ob es für Ungarn unbedingt besser ist, eine deutsche Kolonie zu sein, als eine österreichische. Richtiger ausgedrückt, würde Ungarn zu wählen haben, ob es eine enge wirtschaftliche Verbindung mit einem Lande haben will, das bereit ist, die gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interessen nach außen hin mit aller Kraft vertreten zu helfen, oder mit einem Reiche, das zu einer solchen vollständigen Solidarität weder den Willen noch die Möglichkeit besitzt. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß die Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn gar nicht eng genug sein kann. Aber eine Identität aller Interessen ist bei aller Innigkeit der Beziehungen unmöglich. Es würde also für Ungarn immer wieder der Fall eintreten können, daß zwischen ihm und Deutschland bei wirtschaftlicher Abhängigkeit politische Gegensätzlichkeit entsteht, während zwischen Ungarn und Österreich wirtschaftliche Gegensätze neben einer politischen Einheit nach außen möglich sein sollten. Dieser Zustand ist selbst zwischen zwei völlig unabhängigen Staaten heute nicht mehr denkbar. Ich habe schon bei einer früheren Gelegenheit den selbstverständlichen Satz ausgesprochen, daß politische Bündnisse künftig nicht mehr ohne gemeinsame wirtschaftliche Ziele bestehen können. Das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn aber ist seinem ganzen Wesen nach mehr als ein Bündnis. Wenn man in Ungarn einsieht — und das hat man längst getan — daß der ungarische Staat, aus dem Zusammenhang der Monarchie gelöst, als ein vom Slaventum eingeschlossener Mittelstaat politisch einer traurigen Zukunft entgegensehen würde, so muß man sich auch dazu entschließen, seine wirtschaftliche Zukunft mit der Österreichs untrennbar zu verknüpfen. Wirtschaftliche Macht ist heute politische Macht, und wenn Österreich-Ungarn einen einzigen politischen Faktor bilden soll, so hat jeder seiner Teile ein Lebensinteresse an der wirtschaftlichen Erstarkung des anderen. Wenn Ungarn seine Forderungen mit voller Berücksichtigung dieses Satzes aufstellen wird, nicht aber ausschließlich aus dem Gesichtswinkel seines Privatinteresses und unter der stillen oder lauten Voraussetzung eines selbständigen ungarischen Globus, dann wird und muß Österreich solche berechtigte Forderungen

erfüllen. Dafür aber darf Ungarn seinen Markt den österreichischen Fabriken nicht verschließen, solange es nun einmal auf fremde Erzeugnisse angewiesen ist; ja, es muß die Förderung der österreichischen Volkswirtschaft mit in den Kreis seiner politischen Ziele aufnehmen. Es darf künftig nicht mehr Österreich und Deutschland oder sonst einen fremden Staat als gleichberechtigte Faktoren für seine Rechnung aufstellen. Österreich muß für Ungarn ebenso wie Ungarn für Österreich wirtschaftliches Inland werden. Dem Prinzip nach kann dieser Zustand keine Abhängigkeit bedeuten. Der Völkerstaat Österreich-Ungarn kann nicht mehr irgendeine Nation unterdrücken oder in Abhängigkeit bringen, wie das vielleicht dem alten deutschen Österreich zuzutrauen war. Auch wirtschaftlich sind die beiden Reichshälften füreinander nicht Objekte der Politik, sondern Genossen in einem gemeinsamen Vorgehen, dessen Objekte außerhalb der Monarchie zu suchen sind. Will Österreich-Ungarn ein modernes Reich werden, so muß es wirtschaftliche Expansion treiben und die Kräfte dazu erwerben und konzentrieren. Von diesem Standpunkt aus kann Ungarn unbedenklich und ohne Angst für seine innere Selbständigkeit in das Vorhandensein eines fest umrissenen gemeinsamen Arbeitsgebiets zwischen den beiden Reichshälften willigen und die sich daraus ergebenden äußeren Konsequenzen ziehen. Wenn es eines Tages ein gemeinsames österreichisch-ungarisches Parlament für die Fragen der Weltwirtschaft, der Wehrhaftigkeit usw. geben wird, dann werden von beiden Seiten nicht irgendwelche bevorrechteten Stände als solche in diesem Parlament sitzen, sondern die Vertreter des erwerbenden Volkes. Dann wird es auch in der Monarchie wieder, wie in der Zeit vor der Trennung, eine gemeinsame Hierarchie geben, nämlich die nun schon mehrfach genannte Hierarchie der Arbeit.

III. Auswärtige Politik.

A. Österreich-Ungarn und der Balkan.

Unter den Leuten in Österreich-Ungarn, die sich überhaupt ernstlich mit Politik befassen, gab es vor dem Kriege viele, die der Monarchie das Recht zu einer aktiven auswärtigen Politik absprachen. Ihre Meinung teilte die überwiegende Zahl derjenigen, die politisch indifferent waren. Wohin eine passive auswärtige Politik führt, dürfte aber den meisten der jetzige Krieg — und zwar nicht nur für Österreich-Ungarn — gezeigt haben. Man muß allerdings zugeben, daß eine Außenpolitik im alten Sinne der Expansion, sei es vom nationalen oder dynastischen Standpunkt, heute überholt und darum für Österreich-Ungarn noch gefährlicher ist als für einen anderen Staat, weil die Monarchie nur durch eine entschiedene Wendung zu den Staatsgrundsätzen der heutigen Zeit ihre innere Solidität erwerben kann, und weil sie deshalb diesen Prozeß im Innern nicht durch anachronistische Bestrebungen nach außen gefährden darf. Ein Irrtum ist es aber, zu glauben, daß das Aufgeben der auswärtigen Politik alten Stils mit einem völligen Verzicht auf jede aktive Außenpolitik überhaupt verknüpft sei.

Zwischen innerer und äußerer Politik gibt es, was die Grundsätze betrifft, keine feste Scheidelinie. Die innere Politik war stets, mit Ausnahme des absolutistischen Zeitalters, das Streben nach der Verwirklichung eines organischen Staatsgedankens; Sache der auswärtigen Politik ist es, die Entwicklung dieses Staatsorganismus nach außen zu schützen, anderseits aber auch, wenn nicht alle Elemente zur Erreichung des staatlichen Ideals sich in der Machtsphäre der eigenen Staatsgewalt befinden, diejenige Änderung der Verhältnisse außerhalb der Grenzen durchzusetzen, ja, unter Umständen die eigenen Grenzen so zu erweitern, daß dadurch das angestrebte Staatsideal erreicht werden kann. Die Untersuchung über die künftige Auslandspolitik der Monarchie muß also wieder von den Lebensformen und Lebensnotwendigkeiten ausgehen, die wir für das Reich als notwendig erkannt haben. Nun wissen wir aber bereits, daß es

die erste Pflicht Österreich-Ungarns ist, aus seinen 51 Millionen Einwohnern einen Organismus zu schaffen, der sich, mit möglichst geringer Abhängigkeit von anderen, selbst ernährt, und zwar so, daß gleichzeitig die höchsten kulturellen Bedürfnisse befriedigt werden können, die unserem Jahrhundert eigen sind. Zur Erfüllung dieser Aufgabe gehört es beispielsweise, daß nicht mehr alljährlich Hunderttausende aus Mangel an Arbeit und Verdienst die Monarchie verlassen, um nie wieder dahin zurückzukehren; daß nicht Millionen Menschen innerhalb des Reiches an ihrer kulturellen Entwicklung gehindert werden, weil ihnen die materiellen Wege zu einer solchen Entwicklung verschlossen bleiben; daß dieses Kulturbedürfnis ganzer Nationalitäten oder erheblicher Volksteile sich nicht mehr, anstatt in einem allgemeinen, materiellen und geistigen Aufstieg, nur in dem Aufschießen einer unverhältnismäßig starken intellektuellen Minderheit äußert, die ihrem Volkstum nicht als Lehrer und Organisatoren, sondern nur als Agitatoren bedenkliche Dienste leisten kann. In der Erfüllung dieser Aufgabe aber würde es vor allem liegen, daß die verschiedensprachigen Bürger der Monarchie den für sie alle gemeinsamen Zweck und Sinn des Staates erkennen und sich durch die eigene Arbeit als wesentliche Teile dieses Staatsganzen fühlen würden, während sie ihm jetzt vielfach wie einer fremden Sache gegenüberstehen.

Mit der inneren Neuorganisation des Staates, mit der Trennung der Nationen zu geschlossenen Gruppen und ihrer Vereinigung in einer Hierarchie der Arbeit würde man diesem Ziel näher kommen, und zwar in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Intensivierung und Organisierung der Arbeit würde die bisher ungenutzten Kräfte heranziehen und durch die vermehrte Erzeugung würden vermehrte und erhöhte Bedürfnisse befriedigt werden. Die notwendige Voraussetzung dafür wäre aber, daß Österreich-Ungarn als ein wirtschaftlich selbständiges, als ein autarkes Gebilde zu betrachten ist. Das trifft aber nicht zu. Die Monarchie kann allerdings in bezug auf die Nahrungsmittelfrage durch intensive Arbeit die Autarkie erwerben. Was ihr aber zweifellos fehlt, das ist die industrielle Autarkie, und zwar sowohl mit Bezug auf die zu verarbeitenden Rohstoffe wie auf die Verwertung der industriellen Erzeugnisse.

Wir wollen zunächst nur von der letzteren sprechen. In den Diskussionen der letzten Zeit über das mitteleuropäische Problem ist übereinstimmend festgestellt worden, daß die österreichische Industrie trotz der gleichen Befähigung der deutschen unterlegen ist.

Sie steht, von vielen Ausnahmen abgesehen, auf einer tieferen Entwicklungsstufe, obwohl sie mit allen technischen Errungenschaften zumindest theoretisch vertraut ist, weil sie sich nicht in der Lage sieht, die rationellen Arbeitsmethoden der deutschen Industrie bei sich einzuführen. Sie vermag sich nicht im gleichen Maße zu spezialisieren und sich auf Massenproduktion im heutigen Sinn zu verlegen. Das wesentliche Hindernis ist die Kleinheit des Marktes. Es zeigt sich also, daß ein Volk von 51 Millionen, die allerdings kulturell, ihren Ansprüchen und ihrer Kaufkraft nach, auf einer nichts weniger als einheitlichen Höhe stehen, keinen genügenden Markt für eine zur vollen Höhe entwickelten Industrie eines solchen Reiches bilden kann. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: dieses Reich lebt entweder in einer durch Schutzzölle geschützten, aber doch nicht vollständigen Autarkie, die die industrielle Entwicklung hemmt, die Preise der Waren erhöht, ihre Qualität verschlechtert und die Bevölkerung mangelhaft ernährt; oder die gesamten Kräfte des Volkes vereinigen sich zu intensivster organisierter Arbeit, mit dem Resultat, daß die Produktionsmenge über den eigenen Bedarf hinausgeht und teilweise außerhalb des Reiches abgesetzt werden muß.

Wenn Österreich-Ungarn sich dieser Entwicklung zuwendet, so ist es genötigt, mit den anderen Industrienationen den Kampf um den Weltmarkt aufzunehmen, in dem heute bekanntlich die gesamte internationale Politik gipfelt. Wir haben aber auch gesehen, daß der Weltmarkt keineswegs mehr den freihändlerischen Anschauungen entspricht, daß er nicht etwa ein einheitliches und unbegrenztes Absatzgebiet ist, auf dem jede Nation nach Maßgabe ihrer industriellen Leistungsfähigkeit ohne weiteres Fuß zu fassen vermag. Selbst wenn dies der Fall wäre, würde die Industrie Österreich-Ungarns einen schweren Stand haben, weil sie eine Entwicklungsstufe erst erklimmen müßte, die ihre stärkeren Konkurrenten längst erreicht haben. Es ist aber vorauszusehen, daß während der Zeit, deren die österreichische Industrie zu einem solchen Aufschwung bedürfte, die Teilung des Weltmarktes in Machtgebiete weitere Fortschritte machen wird, und daß deshalb die Industrie der Monarchie, auf sich selbst gestellt, mit ihrer Entwicklung zu spät käme, oder vielmehr in der Zwischenzeit durch einen Mangel an vergrößertem Absatzgebiet in ihrer Entwicklung gehemmt würde.

Die Monarchie bedarf deshalb von vornherein wirtschaftlicher Bundesgenossen, und zwar sowohl solcher, die infolge der Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte für industrielle Produkte zur Förderung der

österreichisch-ungarischen Industrie beitragen und ihr ohne Rücksicht auf die übrigen Verhältnisse des Weltmarktes ein vermehrtes Absatzgebiet sichern, wie auch vor allem solcher Bundesgenossen, die der Monarchie ein gewisses einverständlich festgelegtes Absatzgebiet nicht nur nicht streitig machen, sondern auch sicherstellen helfen.

Diese Gesichtspunkte sind es, die vom österreichisch-ungarischen Standpunkt das geplante mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis zu einer Notwendigkeit machen. Seine geographischen Umrisse zeigen, mit welchen Staaten sich die österreichisch-ungarische auswärtige Politik in erster Linie auseinanderzusetzen hat. Es sind dies das Deutsche Reich und die Balkanstaaten. Das Verhältnis der Monarchie zu beiden Gebieten wurde in verschiedenen Zeiten durch nationale Probleme beeinflußt, und zwar zunächst ungünstig. Seine Neuorientierung, sofern sie noch notwendig ist, hat, wenn sie von Dauer sein soll, die endgültige Lösung der einschlägigen nationalen Fragen zur Voraussetzung. Das nationale Problem, das früher zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland gestanden hat, gipfelte in dem Ehrgeiz Österreichs, ein deutscher Nationalstaat zu sein. Das Aufgeben dieses Gedankens, oder vielmehr seiner äußeren Form, im Jahre 1866 war ein erzwungenes. Der Gedanke selbst wurde erst endgültig fallen gelassen durch den Abschluß des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Denn dieses Bündnis bedeutete nicht nur die freiwillige Anerkennung des bestehenden Zustandes, sondern auch den Verzicht auf alle Bemühungen, ihn wieder rückgängig zu machen. Anders ist es nicht zu verstehen, daß beim Ausbruch des Krieges von 1870 ein Deutscher in Österreich, der Graf Beust, im Bunde mit Frankreich Preußen angreifen wollte, und daß ein Ungar, Graf Andràssy, diese Absicht vereitelt hat, um dann wenige Jahre später das Bündnis mit Deutschland zustande zu bringen. Wir haben seither gelernt, den Krieg von 1870 als einen Nationalkrieg zu betrachten; in den Augen der damaligen Großdeutschen aber war er ein Krieg für die Schaffung eines Kleindeutschland, und gerade die Anhänger der Idee, daß Österreich ein deutscher Staat sei, mußten der französischen, weil anti-preußischen Partei zuneigen. Dementsprechend mußten diejenigen, die Österreich-Ungarn als nichtdeutsches Staatsgebilde betrachtet wissen wollten, folgerichtig diesen Angriff auf die Entwicklung des heutigen Deutschland verhindern. Es ist ein Beweis für die große staatsmännische Bedeutung des Grafen Andràssy, daß er über die negative Seite dieser Politik, wie sie ihm durch

seinen eigenen nationalen Standpunkt diktiert war, hinausging, und an die Stelle des von ihm und vielen anderen geleugneten politischen Ziels ein neues zu setzen vermochte. Graf Andràssy erfaßte zuerst den Gedanken der selbständigen Politik eines Österreich-Ungarn an sich, einer Politik, die von der reichsdeutschen verschieden war, ohne sich mit ihr zu kreuzen, weil jede ein anderes Ziel verfolgte. Die deutsche Politik war zu jener Zeit rein defensiv; sie ging nicht über die Aufgabe hinaus, das eben neugegründete Gemeinwesen in seiner Existenz zu schützen. Eine aktive deutsche Politik konnte sich damals nur gegen Österreich-Ungarn richten. Zu einer solchen Politik versuchte Rußland das Deutsche Reich zu bewegen. Die negative Entscheidung Bismarcks drückte sich in dem Bündnis mit Österreich-Ungarn aus. Für das Österreich-Ungarn, wie Andràssy es sah, bedeutete aber das Defensivbündnis gegen Rußland nicht, wie für Deutschland, nur eine Sicherung des Bestehenden, sondern die Rückendeckung der Monarchie für eine nach einer anderen Richtung orientierte aktive Politik. Ihr Ziel war die Balkanhalbinsel.

Aber auch diese neue österreichisch-ungarische Politik stand wiederum auf dem Boden nationaler Probleme. Ein Vorstoß Österreich-Ungarns nach dem Balkan mußte mit der Angliederung neuer, und zwar slawischer Nationalitäten an das Reich enden. Deshalb haben die Groß-Deutschen in Österreich in der Frage der bosnischen Okupation genau dieselbe negierende Haltung eingenommen, wie die Nichtdeutschen in der Frage der Teilnahme am Kriege von 1870. Nur hatten diese Großdeutschen der Politik Andràssys nichts Positives entgegenzusetzen, es sei denn, Dinge, die durch die Entwicklung überholt waren. Das Gewicht dieser Deutschen in der Monarchie war aber groß genug, um nach dem Sturze Andràssys die von ihm eingeschlagene Richtung zu paralysieren. Sie blieben in dieser Hinsicht nicht allein. Auch in Ungarn selbst hat man immer mehr aus nationalen Gründen das Anwachsen der Slawen in der Monarchie gefürchtet und bekämpft. Alle diese Probleme sind bisher von dem historisch nunmehr überwundenen Standpunkt der nationalen Expansion in der inneren wie in der äußeren Politik betrachtet worden. Bei ihrer Beurteilung herrschte die Vorstellung, daß die stärkere Nation in einem Staat die schwächere unterdrücken müsse. Man kannte nur das für die Monarchie bisher so typische Gegeneinander der Nationen, aber nicht den Begriff des Nebeneinander. Auf diese Weise konnte es geschehen, daß allmählich die Slawen auf dem Balkan ihre eigenen Staatsbildungen befestigten.

Da sie selbst in nationaler Hinsicht konsolidierter waren als das große Österreich-Ungarn, und da andererseits die Monarchie dem von ihnen vertretenen nationalen Staatsinhalt nichts anderes entgegenzusetzen hatte als die sachlich inhaltslose Redensart vom Völkerstaat mit ihren traurigen Illustrationen, so hörte Österreich-Ungarn auf, dem Balkan gegenüber werbende Kraft zu besitzen, wie ehemals, und die Balkanslawen ihrerseits vermochten allmählich werbend auf ihre Stammesgenossen in der Monarchie zu wirken.

Wir können nicht sagen, ob sich die Dinge anders entwickelt hätten, wenn an der Stelle Österreich-Ungarns ein Reich gestanden hätte, das eine bewußte und kräftige Entwicklung zur modernen wirtschaftlichen Großmacht genommen hätte. Wir können nicht wissen, ob dann die benachbarten Südslawen es vorgezogen hätten, ihre nationalen Einheitsbestrebungen im Rahmen der Monarchie zu verwirklichen. Aber wir können uns mit der Vermutung trösten, daß die Begriffe von nationaler Unabhängigkeit, die die österreichisch-ungarischen Verhältnisse so erschwert haben, zur selben Zeit auch die Bestrebungen der Balkanstaaten mit unbedingter historischer Notwendigkeit in die Richtung gelenkt haben, die sie tatsächlich nahmen. Die Flut des Nationalismus ist hier um ein Jahrhundert später gekommen als in Westeuropa, um ein halbes Jahrhundert später als bei den Völkern Österreichs. Die Monarchie, die das Bindeglied zwischen Ost und West bildet, mußte also zum drittenmal von dieser Sturmflut erschüttert werden. Wir sehen aufs neue Österreich-Ungarn sich in einer historischen Mission betätigen, die darin besteht, die aus der zeitlich verschiedenen, sachlich parallelen Entwicklung der Randvölker der europäischen Kultur sich ergebende Spannung zu ertragen und auszugleichen. Weil es ein Österreich gab, sind die Westslawen heute endgültig in die europäische Entwicklung eingetreten und nicht in die davon verschiedene Kulturentwicklung des Ostens. Durch die militärischen und kulturellen Bemühungen Österreichs sind die Ungarn nicht ein Balkanvolk, sondern ein Westvolk geworden. Österreich-Ungarn wiederum wird es sein, das in erster Linie den Balkan selbst der westlichen Entwicklung zuführt. Die Entscheidung darüber wird in dem jetzigen großen Krieg ausgefochten; und so sehen wir, daß dieser Kampf, der hier im Südosten Europas noch alle Zeichen des Nationalkrieges an sich zu tragen scheint, gerade hier auch wiederum den Wendepunkt bedeutet, der der Politik über die nationalen Ziele hinausgehende Wege weist und zu höheren, über den nationalen stehenden Einheiten führt.

B. Ostbalkan und Vorderasien.

Das Ziel der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik schließt einen schroffen Gegensatz zu der bisherigen politischen Richtung Rußlands in sich. Die äußere Entwicklung dieses Gegensatzes habe ich in einer früheren Arbeit darzustellen versucht*). Ich erinnere jetzt nur daran, daß das ältere Rußland bereit war, seine Bestrebungen auf dem Balkan gemeinsam mit Österreich-Ungarn zu verwirklichen. Der Bruch entstand scheinbar dadurch, daß die Monarchie sich solchen Bestrebungen verschloß und die Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan zu ihrem politischen Leitsatz machte. Man könnte also sagen, daß gerade das Aufgeben der Politik Andràssys letzten Endes den Bruch herbeigeführt habe. Denn die österreichisch-ungarische Politik der Abstinenz wurde Rußland gegenüber zur Vetopolitik, und aus dieser haben sich die weiteren Reibungen und Konflikte entwickelt. Nach dieser Auffassung würde eine Fortsetzung der Politik Andràssys zu einer friedlichen Teilung der Balkanhalbinsel zwischen Österreich-Ungarn und Rußland geführt und ein festes Einvernehmen zwischen den beiden Kaiserreichen geschaffen haben.

Zur Zeit Andràssys dürften diese Erwägungen richtig gewesen sein, und auch Kàlnoky hätte sich vielleicht an sie halten können. Aber dauernden Wert konnte diese Argumentation nicht besitzen. Zum Konflikt wäre es schließlich doch gekommen, nur daß Österreich-Ungarn mit einer günstigeren Stellung auf dem Balkan in diesen Konflikt eingetreten wäre, wenn es solange wie möglich die Politik Andràssys verfolgt hätte. Diese Politik hätte in ihren logischen Konsequenzen Österreich-Ungarn nach Saloniki, Rußland nach Konstantinopel geführt. Der Westbalkan würde unter politischen Voraussetzungen, die den italienischen Widerstand wahrscheinlich unwirksam gemacht hätten, österreichisch geworden sein. Damit wäre vor allem das Serbentum vollzählig in der Habsburger Monarchie vereinigt worden. Dagegen würden Rumänien und Bulgarien der russischen Herrschaft verfallen sein und damit einem kulturellen und wirtschaftlichen Zustande, der weit hinter ihren heutigen Verhältnissen zurückgeblieben wäre. Die westliche Hälfte des Balkans wäre also durch starke Bande an die europäische Entwicklung geknüpft worden, die östliche hätte sich allmählich dem Kulturkreis Rußlands einfügen müssen und wäre dem engeren Europa dauernd entfremdet

*) „Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland." Stuttgart und Berlin 1915.

geblieben. Nun ist aber der Balkan ein viel zu geschlossenes geographisches Gebilde, als daß sich eine solche Entwicklung, die ihn zerreißen mußte, glatt vollziehen konnte. Es würde sich also ein unnatürlicher Zustand ergeben haben, der kaum von Dauer sein konnte. Der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland war aber auch aus anderen Gründen unvermeidlich. Er rückte in um so greifbarere Nähe, je mehr Rußland selbst, hundert Jahre nach den Westvölkern, der nationalistischen Bewegung verfiel.

Mein Verständnis für diese Bewegung und ihre Folgen für die auswärtige Politik Rußlands ist erheblich gewachsen durch eine Arbeit von Axel Schmidt.*) Er erzählt, daß in den letzten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts der russische Liberalismus „westlich" war, d. h. nicht nur das Bewußtsein seiner geistigen Abhängigkeit von der westlichen Kultur besaß, sondern auch das politische Streben hatte, eine Verständigung Rußlands mit den angrenzenden Weststaaten herbeizuführen. Die Reaktionären in Rußland waren damals panslawistisch, also scheinbar nationalistisch. In Wirklichkeit aber beruhte ihr Panslawismus hauptsächlich auf der orthodoxen Religionsgemeinschaft. In der folgenden Zeit, bis zum Ausbruch des Krieges, haben sich diese Verhältnisse verschoben. Der wesentlich erstarkte Liberalismus hat heute das wirklich nationalistische Programm übernommen, und zwar mit sehr geringem religiösem Einschlag. Dagegen ist die russische Reaktion wenigstens von ihrer Todfeindschaft gegen die westlichen Nachbarn einigermaßen zurückgekommen. Ich erkläre mir diesen Tatbestand so, daß ich eine gewisse Parallelität in der Entwicklung des Nationalismus in Rußland und bei den Westslawen feststelle. Wir erinnern uns daran, daß auch bei den österreichischen Slawen der Nationalismus anfangs als rein geistige Bewegung mit dem Deutschtum eng verknüpft war und von diesem gefördert wurde. In einem fortgeschritteneren Stadium aber und auf Grund einer größeren geistigen Selbständigkeit eröffnete das Slawentum in Österreich gegen das Deutschtum einen Kampf um den Besitzstand. Wir sehen hier nun eine auffallende Analogie zwischen Vorgängen der inneren und der äußeren Politik. Das russische Bürgertum fühlt sich national bereits selbständig genug, um gegen das Deutschtum aggressiv auftreten zu können. Eine neue Art russischer Expansion entsteht vor unseren Augen, die im Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht und darüber hinaus, wenigstens als Geistesrichtung,

*) „Das Endziel Rußlands", Nr. 2 der Serie „Die russische Gefahr". Engelhorn, Stuttgart 1916. Vgl. S. 45 ff.

bis zur völligen Konsolidierung des russischen Bürgertums und bis zum Beginn der intensiven Arbeit im Innern und der organischen Entwicklung des Russentums andauern dürfte. Der Gegensatz zwischen Rußland und seinen Nachbarn wird damit nicht zu Ende sein. Aber er wird andere Ziele und Formen annehmen, und seine Gegner werden sich anders gruppieren.

Vorläufig steht noch die nationale Expansion in Rußland an erster Stelle. Ihr entgegenzutreten ist möglich und notwendig. Aber diese nationale Expansion schafft gleichzeitig, je nach ihren Resultaten, die Umrisse des künftigen Rußland, das in einen wirtschaftlichen Kampf mit dem übrigen Europa treten wird. Wir müssen uns darüber klar sein, daß Rußland in dem Augenblick, wo es zur intensiven Ausnutzung seiner Rohstoffe übergeht, also zum intensiv arbeitenden Industriestaat wird, sogleich ein nahezu geschlossenes wirtschaftliches Imperium ist und damit einen Zustand erreicht haben wird, den wir jetzt erst vielleicht anzustreben beginnen. Rußland ist imstande, aus sich heraus eine große Industrie zu schaffen und zu erhalten. Es ist für unabsehbare Zeit auf fremde Absatzgebiete für Industrieprodukte auch bei einer hohen Entwicklung nicht angewiesen, weil seine große und schnell anwachsende Bevölkerung mit der industriellen Entwicklung auch an Kaufkraft zunehmen muß. Es besitzt in Asien ein Kolonialreich, das die Reichtümer des europäischen Mutterlandes an Rohstoffen bei geeigneter Ausnutzung in hohem Maße ergänzen wird. Rußland kann das erste Land werden, das sich mit der Zeit von der englisch-amerikanischen Baumwollproduktion teilweise unabhängig macht. Aber dieser Zustand einer modernwirtschaftlichen Autarkie wird nicht unmittelbar erreicht werden, sondern, wie überall, auf dem Umweg über eine intensive Betätigung im Welthandel. Dieser Übergangszustand, den wir bereits als für die Entwicklung typisch kennen gelernt haben, und der für unseren eigenen Zustand in Europa gerade jetzt noch charakteristisch ist, kann nicht vermieden werden. Auch in einem großen und zur Abgeschlossenheit geeigneten Wirtschaftsgebiet vollzieht sich die Entwicklung der einzelnen Industrien nicht so gleichmäßig und dem Konsum angepaßt, und die Kaufkraft des inneren Marktes hält mit der industriellen Entwicklung zunächst niemals so genau Schritt, daß nicht ein erheblicher Güteraustausch mit dem Ausland eine Zeit hindurch erforderlich wäre, also eine Einfuhr von Artikeln, deren eigene Produktion den Bedürfnissen des inneren Marktes noch nicht nachgekommen ist und eine Ausfuhr solcher Erzeugnisse, deren Herstellung

durch die Gunst der Verhältnisse die Bedürfnisse des Marktes bereits überflügelt hat. Wenn Rußland seine industrielle Entwicklung begonnen haben wird, muß es also noch stärker als bisher in den Welthandel eintreten, auf dem es jetzt hauptsächlich als Exporteur von Rohstoffen und als Importland für fremde Industrieartikel eine Rolle spielt.

Dementsprechend ist der Zug Rußlands nach Handelswegen, also in erster Linie sein Drang zum Meere, als eine dauernde Erscheinung zu betrachten und vor allem als ein russisches Zukunftsproblem, im Gegensatz zu der verhältnismäßigen Begrenztheit der Epoche der nationalen Expansion im eigentlichen Sinn. Das nationalistische Interesse Rußlands an den Balkanstaaten wird sich also, wenn es zur Zeit seiner Hochflut auf starke Dämme stößt, allmählich wieder verlieren. Aber aus dem Übermaß des jetzt Gewollten wird sich mit immer größerer Deutlichkeit die Summe derjenigen russischen Forderungen herausheben, denen man wegen ihrer wirtschaftlichen Motivierung den dauernden Charakter nicht wird absprechen können.

Im Mittelpunkt dieses durch wirtschaftliche Notwendigkeiten diktierten russischen Programms steht das Streben nach den Meerengen. Rußland bedarf eines gesicherten Seeweges nach Westen und glaubt ihn im Mittelmeer zu finden, wenn ihm die Straßen dahin geöffnet werden. Die Sicherung dieses Weges sieht es aber nicht in der Freigabe der Durchfahrt für seine Kriegsschiffe, und zwar auch dann nicht, wenn dieses Recht den Flotten der übrigen Staaten nicht gewährt würde, wenn also den anderen Flotten die Einfahrt ins Schwarze Meer vertragsmäßig untersagt bliebe. Vielmehr sieht Rußland die Sicherung dieses Seeweges nur in dem unbeschränkten Besitz beider Ufer der Meerengen. Die Erreichung dieses Zieles durch Rußland würde also das Verschwinden der europäischen Türkei und die Zurückdrängung der Türken in Kleinasien bedeuten. Ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt, daß Rußland sich dauernd auch auf den Besitz der beiden Ufer des Bosporus und der Dardanellen nicht beschränken kann. Denn es würde sich in diesem so wichtigen Besitz wiederum nicht sicher fühlen, solange er von der Hauptmasse des russischen Gebiets durch erhebliche Länderstrecken getrennt und nur zur See mit ihm verbunden bliebe. Die Möglichkeiten der modernen Kriegführung, über die jetzt alle erdenklichen Erfahrungen gesammelt sind, zeigen das Gefährliche dieser Situation auf das beste. Rußland würde also zweifellos eine Landverbindung dieses Besitzes mit seinen übrigen Gebieten anstreben. Es würde zur völligen Sicherung seiner südwestlichen Stellung danach streben, das

Schwarze Meer in einen russischen See zu verwandeln. Dazu braucht es vor allem den nördlichen Teil Kleinasiens, und aus diesem nördlichen Teil würde vermutlich die ganze Halbinsel werden, um so mehr, als sie an Gebiete grenzt, die schon längst von Rußland als zu seiner Interessensphäre gehörig betrachtet werden. Dieser Teil der russischen Bestrebungen würde also eines Tages mit jenen Erweiterungsplänen zusammenfallen, die Rußland in Vorderasien hegt, die bis 1907 von England gehindert und seither durch das russisch-englische Einvernehmen bis auf weiteres abgegrenzt worden sind. Daß es sich dabei nicht um einen dauernden Stillstand handeln kann, weiß man längst und sieht sich in dieser Gewißheit noch durch die eben geschilderten Zusammenhänge bestärkt. Denn die Ausbreitung Rußlands nach Kleinasien als Teil eines erneuten Vorstoßes in Vorderasien überhaupt gefährdet Englands Stellung auf das äußerste.

Um aber das Schwarze Meer vollständig zu beherrschen, dazu braucht Rußland auch die rumänische und bulgarische Küste. Diese beiden Länder würden Rußland als störende Hindernisse auf dem Landwege zu den europäischen Ufern der Meerengen so lange im Wege sein, bis es sie verschlingen würde. Bulgarien und Rumänien mußten sich von dem Augenblick an, da Rußland seine Ansprüche auf die Meerengen zu verwirklichen suchte, fragen, auf welchem Wege sie der drohenden Gefahr entgehen könnten. Bulgarien hat sich selbst diese Frage richtig beantwortet, Rumänien nicht. Es ist ein Irrtum, zu glauben, Rußland werde sich damit begnügen, diesen Zwischenraum zwischen den Ufern des Bosporus und dem alten russischen Gebiet in den Händen befreundeter Staaten zu sehen. Rußland muß über diese Gebiete verfügen können, wenn es seine Pläne verwirklichen will, es kann in ihnen nicht die geringste Spur von Selbständigkeit dulden, sondern muß sie einfach aufsaugen. Ja, man muß sagen, daß jede andere Macht, die mit den gleichen Zielen an Rußlands Stelle stände, vermutlich ebenso handeln würde. Wenn also Rumänien oder Bulgarien Rußlands Freundschaft suchen, so schließen sie das Bündnis des Lammes mit dem Wolf. Dieser Gewißheit gegenüber bleibt das Argument vollkommen wirkungslos, daß Rumänien und Bulgarien an der Seite einer Rußland feindlichen Mächtegruppe erst recht die Zielscheibe russischer Angriffe wären. Dieser Situation kann insbesondere Rumänien durch seine Lage nicht entgehen.

Die dauernden Ziele Rußlands auf dem Balkan, die über die nationalistische Bewegung hinaus mit den Zielen seiner wirtschaft-

lichen Entwicklung zusammenhängen, umfassen also die östliche Hälfte der Halbinsel und decken sich ziemlich genau mit jenen Gebieten, die Rußland vor Jahrzehnten seinem Teilungsplan zugrunde legte, den es gemeinsam mit Österreich-Ungarn durchzuführen gedachte. Fügen wir hinzu, daß Österreich-Ungarn heute in der Lage ist, auch auf Grund der Tatsachen über den Westbalkan zu verfügen, und setzen wir voraus, daß die nationalistische Hochflut als bewegendes Moment der russischen Politik nicht als etwas Dauerndes anzusehen ist, dann ergibt sich in gewissem Sinne eine Wiederholung der Situation, wie etwa zur Zeit des Berliner Kongresses. Unter den wesentlichen Fragen, über die sich die Monarchie mit Rußland auseinanderzusetzen hat, spielt jetzt Serbien kaum mehr ernstlich eine Rolle. Es ist in dem Augenblick für Rußland erledigt, wo dieses weiß, daß an eine Zerschmetterung Österreich-Ungarns nicht gedacht werden kann, und daß es sich nun wieder darum handelt, mit der Monarchie als einem wichtigen politischen Faktor zu rechnen. Wir zweifeln nicht daran, daß Rußland um den Preis der freien Hand auf dem östlichen Balkan (Rumänien eingeschlossen) in absehbarer Zeit sehr gern einen dauernden Frieden mit Österreich-Ungarn machen und ihm dafür alle beliebigen Zugeständnisse auf anderen Gebieten bewilligen würde. Schaltet man nun alle Sentimentalitäten aus, die als politische Argumente von vornherein keinen dauernden Bestand haben können, dann muß man sich fragen, ob Österreich-Ungarns eigene Interessen eine solche Besitzerweiterung Rußlands vertragen.

Wenn Österreich-Ungarn sich heute zu einer Teilung der Balkanhalbinsel mit Rußland entschlösse, durch die der Osten, also Bulgarien, Rumänien und das türkische Gebiet an Rußland, der Westen, Serbien, Montenegro und Albanien an die Monarchie fielen und nur Griechenland bis auf weiteres selbständig bliebe, so würde Österreich-Ungarn nicht mehr, wie bisher, auf einer, sondern auf drei Seiten von russischem Gebiet umschlossen sein und eine so gewaltige Grenze gegen Rußland zu verteidigen haben, daß die Monarchie durch diese bloße geographische Anordnung sich Rußland gegenüber in einer Art Abhängigkeit befinden würde. Es käme noch hinzu, daß das russische Gebiet unmittelbar an die teilweise neu erworbenen südslawischen Länder der Monarchie stoßen würde, so daß Rußland imstande wäre, gegebenenfalls die Hetze gegen die Monarchie in bedeutend verstärktem Maß wieder aufleben zu lassen. Gewiß, ein solches Abkommen würde zu einem freundlichen Verhältnis zwischen den beiden Reichen führen; aber für die Dauer dieser Freundschaft würde

es keine Garantie geben, und sie würde, bei den oben angedeuteten Machtverhältnissen, sicher abhängig sein von der größeren oder geringeren Gefügigkeit Österreich-Ungarns der russischen Politik gegenüber. Es zeigt sich also, daß die Monarchie schon aus Gründen der eigenen Sicherheit die Verwirklichung der russischen Balkanpläne auch dann nicht wünschen kann, wenn sie von einem Gebietzuwachs für die Monarchie begleitet ist. Aus diesen Erwägungen geht aber noch zweierlei hervor. Erstens erkennt man, daß der Grundgedanke der österreichisch-ungarischen Politik in den letzten Jahrzehnten, soweit er sich auf die Verhinderung einer aktiven russischen Balkanpolitik richtete, zutreffend und den Interessen des Reichs entsprechend war, wobei wir aber vorläufig von der Meerengenfrage absehen. Im einzelnen mag natürlich an der Ausführung dieser Politik vieles zu bemängeln gewesen sein. Insbesondere könnte man sich fragen, ob es für Österreich-Ungarn keine andere Möglichkeit gab, die russische Ausbreitung zu verhindern, als durch die eigene Passivität. Aber diese Frage ist in erster Linie eine Machtfrage. Wenn Österreich-Ungarn auf dem Balkan Erfolge erringen wollte, ohne Rußland Fortschritte auf demselben Gebiet zuzubilligen, so mußte es erheblich stärker als Rußland sein. Es gab nur einen Augenblick, in dem die Voraussetzungen für ein solches Vorgehen gegeben waren, nämlich die Zeit des Russisch-Japanischen Krieges. Es mag dahingestellt bleiben, ob die aktive Ausnutzung dieser günstigen Situation durch Österreich-Ungarn später nicht doch zum Kriege geführt hätte. Jedenfalls scheiterte eine solche Politik nicht nur an der Abneigung der Monarchie und an der Angst vor Eroberungen und den damit verbundenen inneren Gefahren und Schwierigkeiten, sondern zweifellos auch an der Haltung Deutschlands, dessen traditionelle Freundschaft für Rußland damals und auch viel später in voller Blüte stand. Deutschland hat niemals eine gegen Österreich-Ungarn gerichtete Politik Rußlands geduldet; aber zweifellos würde es ebensowenig ein aktives Eingreifen Österreich-Ungarns in die russische Interessensphäre zugegeben haben. Und damit kommen wir zu der zweiten Lehre, die sich aus den oben angestellten Erwägungen ziehen läßt. Der Unterschied zwischen der russischen Politik Deutschlands und der Österreich-Ungarns, der lange Zeit tatsächlich vorhanden war, ist mit begründet gewesen durch die Verschiedenheit der Bedrohung, der Deutschland einerseits, die Monarchie andererseits von Rußland ausgesetzt waren. Deutschland konnte von Rußland nur durch einen unmittelbaren Angriff bedroht werden, Österreich-Ungarn aber

würde jederzeit in die ernsteste Gefahr kommen, wenn Rußland die von ihm erstrebten Eroberungen auf dem Balkan zuwege brächte. In seinen Vorbereitungen für den jetzigen Krieg hat Rußland übrigens versucht, eine militärische Lage zu schaffen, durch die es die Vorteile seiner künftigen Eroberungen vorwegnehmen wollte. Es gedachte in Form von Bündnissen die angrenzenden Balkanstaaten zu einem Ring gegen Österreich-Ungarn zusammenzufügen. Dieser Plan, zu dessen Verwirklichung der Balkankrieg führen sollte, scheiterte schon damals und ist während des jetzigen Krieges aufs neue zuschanden geworden. Statt dessen gelang es den Zentralmächten, Serbien niederzuwerfen und Bulgarien als Verbündeten zu gewinnen. Die Wichtigkeit, die diese militärisch-politische Situation für uns jetzt im Kriege besitzt, ist der beste Maßstab für die Notwendigkeit, daß ein mindestens ebenso günstiger Zustand auch im Frieden erhalten bleibe, und daß keines der genannten Gebiete in russischen Besitz übergehe. Jetzt erst ist die Bedeutung des russischen Werbens um die Balkanstaaten allgemein völlig klar geworden. Man muß zugeben, daß sie in Wien längst erkannt wurde. Aus dieser Erkenntnis hat die österreichisch-ungarische Regierung ihre freundliche Haltung gegen das von den Russen vergewaltigte Bulgarien gefolgert; aus den gleichen Gründen hat sie, trotz aller hergebrachten Freundschaft für Rumänien, die zunehmende Annäherung dieses Staates an den Dreiverband mit zeitigem Argwohn betrachtet. Sie hat es nicht für möglich gehalten, daß Rumänien gleichzeitig mit Rußland und mit den Mittelmächten Freundlichkeiten austauſche, und es wäre eher nach ihrem Willen gewesen, in dieser Beziehung klare Verhältnisse zu schaffen. Die deutsche Politik hingegen hat die damalige Situation verkannt. Sie ist Rumänien gegenüber in einen durchaus typischen Fehler verfallen, indem sie in der Frage der Revision des Bukarester Friedens höchst unangebrachte Rücksichten auf die Empfindlichkeiten eines zweifelhaften Freundes, nämlich Rumäniens, nahm. Durch die Revision des Bukarester Friedens würde Rumänien materiell nichts verloren haben, da der rumänisch-bulgarische Friedensschluß ausdrücklich von dem Revisionsbegehren ausgeschlossen war. Es handelte sich einfach darum, Bulgarien einen Teil dessen zurückzugeben, was es an Serbien verloren hatte. Die deutsche Politik bei dieser Gelegenheit hätte den Erfolg haben können, Bulgarien gewaltsam wieder in die Arme des Dreiverbandes zu treiben, zumal Rußland schlauerweise gleichzeitig mit Österreich-Ungarn die Revision des Friedensvertrages forderte. Hätte Österreich-Ungarn sofort die

deutsche Politik mitgemacht, so würden wir jetzt zweifellos Bulgarien als wiedergewonnenen Freund Rußlands auf der Seite unserer Gegner sehen. Es darf festgestellt werden, daß, bei aller Anerkennung der späteren deutschen Bemühungen, das diplomatische Hauptverdienst an der Gewinnung Bulgariens der österreichisch-ungarischen Regierung gebührt. Man hat 1913 in Deutschland sich damit geschmeichelt, wenn ein großer Teil der Rumänen auch die Monarchie haßte, so sei doch Deutschland in Rumänien beliebt, und dieses freundliche Empfinden werde schließlich den Ausschlag geben. Diese Hoffnung hat sich als falsch erwiesen. Den Rumänen — wie überhaupt den Balkanstaaten — ist das nahe Österreich-Ungarn, sofern es überhaupt eine selbständige Politik treibt, seit jeher wichtiger als das wenn auch noch so viel mächtigere Deutschland. Dieses kann zwar zur Minderung des österreichisch-ungarischen Ansehens auf dem Balkan beitragen; aber einen entscheidenden Nutzen wird es davon nicht haben. Die Balkanstaaten richten ihre Politik naturgemäß nach dem Kräfteverhältnis und den Einflüssen der unmittelbar angrenzenden Mächte oder doch derjenigen, die einen unmittelbaren, physischen Einfluß auszuüben vermögen. Die Minderung des österreichisch-ungarischen Einflusses auf dem Balkan kann zwar die russischen, italienischen oder auch englischen Einflüsse fördern, nicht aber in erheblichem Maße die deutschen. Will Deutschland — und zwar mit vollem Recht — den Balkan als einen sicheren Faktor in sein weltpolitisches System einstellen, so kann es dies nur durch die Vermittlung Österreich-Ungarns und durch ein ausgesprochenes Zusammengehen mit der Monarchie, wobei das Prestige und der Einfluß der letzteren auf dem Balkan zu unterstreichen ist. Deutschland wird eine vollkommen befriedigende Lösung der Balkanfrage also nur erzielen können, indem es sich darüber mit Österreich-Ungarn bis in alle Einzelheiten einigt. Will es sich seinen Einfluß auf diese Politik, wahren, so müssen sich die dazu notwendigen Aktionen zwischen Berlin und Wien vollziehen, nicht aber erst in Bukarest, Sofia und Konstantinopel. Wir begreifen es durchaus, wenn die Berliner Regierung nicht immer im einzelnen mit jeder Handlung der Wiener Regierung einverstanden ist. Aber solche Differenzen dürfen für die Balkanstaaten nicht sichtbar werden; und bei den Auseinandersetzungen unter vier Augen darf niemals vergessen werden, daß jede Wiener Regierung erfahrungsgemäß ein richtigeres Empfinden für die Eigentümlichkeiten der Balkanverhältnisse und der Balkanleute besitzt, als es von einer deutschen Regierung erwartet werden kann.

Das Wiener Kabinett hat tatsächlich jahrzehntelang die Balkanpolitik der Zentralmächte geführt. Hinterher hat man sich darüber in Deutschland beklagt. Aber wenn man heute die Dinge aus einiger Entfernung ansieht, so scheinen diese Vorwürfe nur teilweise berechtigt zu sein. Nachdem Rußland jahrzehntelang mit allen Mitteln auf dem Balkan vorzudringen versucht hat — ein Streben, dessen Gelingen, wie der Weltkrieg zeigte, auch für Deutschland gefährlich geworden wäre — und nachdem Italien ebenfalls jahrzehntelang bemüht war, vom Westen her auf der Balkanhalbinsel Fuß zu fassen, sehen wir bei dem Beginn des Weltkrieges keine dieser beiden Mächte ihrem Ziel auch nur einen Schritt nähergekommen. Vielmehr hat sich der russische Druck unter dem österreichisch-ungarischen Gegendruck in einer für Rußland durchaus unerwünschten Weise betätigt, nämlich durch die von Petersburg ungewollte, nun aber in Wirklichkeit vollzogene nationale Befreiung der Balkanvölker. Damit hat die österreichisch-ungarische Politik für die Sicherheit der Zentralmächte gesorgt, sie hat dem deutschen Drang nach Vorderasien einen Weg offen gehalten, indem sie verhinderte, daß sich eine andere Großmacht schon an der Ausgangspforte Europas diesem Streben hindernd in den Weg legte, und sie hat schließlich der kulturellen Entwicklung und der Ausbreitung europäischen Wesens nach Südosten einen selbstlosen und unvergänglichen Dienst geleistet. Wenn wir vielleicht nach dem Kriege die Errichtung eines Bundes freier Balkannationen erleben werden, so müssen wir sagen, daß die Entwicklung der Dinge bis zu diesem Punkte nur ermöglicht wurde durch eine Balkanpolitik der Zentralmächte, die Jahrzehnte hindurch unter der Führung Österreich-Ungarns gestanden hat. Dagegen können wir beim besten Willen grundlegende positive Resultate jener kurzen Zeit, in der Deutschland die Zügel der Balkanpolitik in die Hand nahm, kaum entdecken. Wir müssen, bei allem Streben nach Objektivität, daran festhalten, daß diese Behauptung auch dann nicht erschüttert würde, wenn der erwähnte Balkanbund heute unter der Leitung Deutschlands zustande käme. Wir müßten immer wieder darauf hinweisen, daß damit nur die Früchte einer Entwicklung in Sicherheit gebracht würden, die der jahrzehntelangen Tätigkeit Österreich-Ungarns zu danken ist. Dagegen müssen wir auch betonen, daß wir das neu erwachte Interesse Deutschlands für den Balkan auf das wärmste begrüßen und ein tieferes Eindringen der deutschen Politiker in die Eigenart der Balkanverhältnisse durchaus wünschen. Je wichtiger der Balkan für die Weltpolitik wird, desto notwendiger ist es, daß

Deutschland, welches ja in unserem Bunde die weltpolitische Führung haben muß, ein eigenes, sicheres Urteil in den Balkanfragen erwerbe.

Doch soll keineswegs geleugnet sein, daß die Tätigkeit der Monarchie auch schwere Fehler aufzuweisen hat. Nur werden sie, was die Endresultate betrifft, von den Verdiensten überwogen. Als schwersten Fehler hat man die serbische Politik Österreich-Ungarns bezeichnet. Wir wollen heute nicht mehr versuchen, sie von diesem Vorwurf rein zu waschen. Wir wollen nur kurz sagen, daß die Dinge immerhin nicht so einfach gelegen haben, wie man kurz vor Ausbruch des Krieges in Deutschland meinte. Wenn beispielsweise Österreich-Ungarn tatsächlich eine verkehrte Wirtschaftspolitik gegen Serbien getrieben hat, so wurde dadurch die Spannung verschärft, nicht aber heraufbeschworen. Ich habe unter Hinweis auf eine kleine Schrift von Leopold Mandl in einer Arbeit über Serbien im Dezemberheft 1915 des „Panther" zu zeigen versucht, daß Serbien auch zu einer Zeit, wo ihm von Österreich-Ungarn alle wirtschaftlichen Vorteile geboten wurden, der Monarchie gegenüber unversöhnlich war. Der tiefste Grund dieser Feindschaft war eben die nationale Bewegung, deren entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit wir in unseren allgemeinen Ausführungen bereits feststellten. Gerade durch diesen Prozeß, während dessen es noch einmal das ganze Register der Halb- und Unkultur spielen ließ, hat sich das serbische Volk vielleicht seinen Weg in den Kreis der Kulturnationen gebahnt. In ihrem großen Zug und abgesehen von den Einzelheiten waren auch diese Ereignisse unvermeidlich. Man wird heute auch nicht ernstlich behaupten wollen, daß durch die serbische Politik Österreich-Ungarns, oder — noch lächerlicher — durch das Ultimatum vom 23. Juli 1914 der Weltkrieg heraufbeschworen worden wäre. Darüber möchte ich nicht hier nochmals wiederholen, was ich schon bei anderer Gelegenheit ausführlich dargestellt habe, nämlich den Anteil Rußlands an der Entwicklung dieses Dramas. Diese Rolle Rußlands aber zeigt, daß nicht die Fehler der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik, sondern der unvermeidliche Gegensatz zu Rußland den Krieg — soweit es sich um den eben besprochenen Herd handelt — heraufbeschworen hat. Daß dieser Konflikt für Deutschland nur eine mittelbare Bedeutung als Bundesgenossen Österreich-Ungarns besaß, ist wiederum kennzeichnend für die Verschiedenheit der Stellung Deutschlands und Österreich-Ungarns zu Rußland und zur Balkanfrage. Diese Verschiedenheit ist aber nicht grundsätzlicher, sondern gradueller Natur. Österreich-Ungarn ist an dieser weltpolitischen Frage stärker interessiert

als Deutschland, und es wird deshalb zu ihr stets eine etwas andere, aber keine gegensätzliche Stellung einnehmen im Vergleich zu der Deutschlands. Das gegenteilige Verhältnis herrscht — wie hier bereits vorausgeschickt werden soll — zwischen der Stellung Deutschlands und der Österreich-Ungarns zu England. Auch diese Frage muß beide Zentralmächte interessieren, und zwar in einer wesentlich gleichen Richtung. Aber auch hier wird wieder ihre Politik deshalb nicht identisch sein, weil diese Frage für Deutschland eine zentralere Bedeutung hat und haben muß als für Österreich-Ungarn. Angesichts dieser beiden Probleme können wir schon jetzt eine grundsätzliche Forderung für das Verhältnis zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Auslandspolitik aufstellen: die politischen Hauptbestrebungen der beiden Reiche werden nicht identisch sein dürfen, sondern sie werden sich ergänzen. Die beiden Reiche werden ihre besonderen Interessen, an denen sie gegenseitig einen natürlichen, gleich gerichteten, aber verschieden abgestuften Anteil besitzen, ebensowenig aufgeben, wie ihre besonderen Mittel, um sich durchzusetzen. Aber sie werden stärker als bisher diese Interessen auszugleichen suchen, um in allen großen politischen Fragen ihre Machtmittel vereinigt zur Geltung bringen zu können.

Wir werden über das Verhältnis der Monarchie zu Deutschland an einer späteren Stelle noch ausführlicher zu sprechen haben, wollten aber schon hier unsere grundsätzliche Stellungnahme wenigstens andeuten, um bei der weiteren Besprechung der politischen Aufgaben Österreich-Ungarns gelegentlich darauf hinweisen zu können.

Für die künftige Balkanpolitik Österreich-Ungarns lassen sich aus dem bisher Gesagten bereits einige Resultate ableiten. Danach wird die Monarchie wie bisher eine selbständige und der Erwägung ihrer eigenen Interessen entstammende Balkanpolitik treiben müssen, und diese Politik wird keinesfalls darin bestehen können, daß Österreich-Ungarn sich zu einer Teilung der Balkanhalbinsel mit Rußland versteht. Die Monarchie sieht sich heute also in einer Lage, die mit den Verhältnissen in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts große Ähnlichkeit besitzt. Sie hat auch heute wieder den russischen Vorstoß auf der östlichen Hälfte des Balkans zu verhindern und sie muß sich gleichzeitig fragen, welche Stellung sie selbst zum Westbalkan einnehmen wil.

Wir wollen uns zunächst noch mit der östlichen Hälfte des Balkans befassen, und zwar um so mehr, als wir hier für Österreich-Ungarn nicht nur das schon gekennzeichnete negative, sondern auch

ein positives Interesse vertreten müssen. Darin liegt der große Unterschied zwischen der künftigen und vorhergehenden Stellung Österreich-Ungarns zu diesen Ländern. Wir sprechen hier immer von Rumänien, Bulgarien und der Türkei. Das bisherige politische Interesse der Monarchie an diesen drei Ländern gestaltete sich, abgesehen von seinem rein negativen Teil, der schon besprochen wurde, sehr verschiedenartig. Wenn wir die allmähliche Entwicklung seit dem Berliner Kongreß übergehen wollen, so müssen wir uns doch mit der Situation in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des europäischen Krieges befassen. Während des Balkankrieges geriet die Monarchie den drei Ländern gegenüber in die merkwürdige Lage, Konflikten zwischen allen drei Ländern zusehen zu müssen, in denen die Monarchie nicht Partei ergreifen konnte, obwohl sie an ihrem Ausgang lebhaft interessiert war, und zwar deshalb nicht, weil sie das Bestreben haben mußte, die Freundschaft aller drei sich zu erhalten. Die Monarchie also hatte alles Interesse daran, einen Ausgleich zwischen diesen drei bis dahin untereinander feindlichen Ländern herbeizuführen. Diese grundsätzliche Richtung der Wiener Politik wurde von Deutschland unbedingt unterstützt, wenn auch die Mittel nicht immer übereinstimmten. Die Bestrebungen der Zentralmächte mußten in dem Grade von Erfolg begleitet sein, als die Balkanstaaten, um die es sich handelte, die Freundschaft der Zentralmächte als mehr oder weniger wichtigen Faktor in ihre politische Rechnung einstellten. Bei Bulgarien und der Türkei war dies in hohem Maße der Fall, bei Rumänien nicht. Die Einigung ist denn auch nur zwischen Bulgarien und der Türkei erfolgt. Rumänien dagegen hat sich der Entente angeschlossen und dadurch sein Schicksal, je nach dem Ausgang des Krieges entweder der Strafe der Zentralmächte oder der Auffaugung durch Rußland preisgegeben. Das Interesse der Mittelmächte an Rumänien ist durch seine Haltung zweifellos vermindert worden, und was von diesem Interesse übrigbleiben wird, dürfte sich nach ihrem künftigen Verhältnis zu Rußland bestimmen.

Immerhin wird es erlaubt sein, in den folgenden, vor der rumänischen Kriegserklärung niedergeschriebenen Ausführungen über die wirtschaftliche Bedeutung des Ostbalkans Rumänien als Faktor weiter bestehen zu lassen. Denn, ein siegreiches Ende des Krieges vorausgesetzt, glauben wir nicht, daß Rumänien sich dem wirtschaftlichen Einfluß der Mittelmächte wird entziehen können, gleichgültig, in welcher politischen Form es dann existieren wird.

Der östliche Balkan hat als Wirtschaftsgebiet für die Monarchie eine doppelte Bedeutung. Zunächst ist er selbst für den Außenhandel Österreich-Ungarns von großer Wichtigkeit. Der österreichisch-ungarische Gesamthandel nach Rumänien, Bulgarien und der europäischen Türkei betrug 1913 444 Millionen Kronen, also fast 7 Proz. des Außenhandels der österreichisch-ungarischen Monarchie. Dieser Faktor dürfte nach dem Kriege noch erheblich bedeutender werden, wenn es gelingt, den Handelsverkehr der drei Staaten mit den Ententenmächten zugunsten der Zentralmächte einzuschränken. Was es hier zu erobern gibt, läßt sich an einigen Zahlen erweisen. Im Jahre 1911/12 betrug die Gesamtausfuhr Deutschlands nach der europäischen und asiatischen Türkei insgesamt 112,5 Millionen Mark, der Österreich-Ungarns 134,8 Millionen Kronen, also etwa 115 Millionen Mark. Die gesamte Einfuhr der Türkei betrug aber im selben Jahre 803,9 Millionen Mark. Es gilt also für die beiden Mittelmächte ein Absatzgebiet neu zu erwerben, das im Jahre 1911 bereits eine Kaufkraft von weit über 500 Millionen Mark jährlich besaß. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in Rumänien und Bulgarien. Von der gesamten Einfuhr Rumäniens in der Höhe von 461,9 Millionen Mark im Jahre 1911 entfielen auf Deutschland und Österreich-Ungarn 91,4 bzw. rund 117 Millionen Mark, insgesamt also rund 209 Millionen Mark. Im selben Jahre betrug die bulgarische Einfuhr 139,9 Millionen Mark, wovon auf Deutschland 23,9, auf Österreich-Ungarn etwa 30 Millionen Mark, insgesamt auf beide rund 54 Millionen Mark entfielen. Mithin hat Rumänien aus den Ententeländern für mehr als 250 Millionen, Bulgaren für etwa 85 Millionen Mark Waren bezogen. Die Ausfuhr aus Deutschland und Österreich-Ungarn ließe sich also im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit dem östlichen Balkan und der politisch dazugehörigen asiatischen Türkei um fast eine Milliarde Mark erhöhen; immer nach den Verhältnissen des Jahres 1911, wovon bei gleichen Voraussetzungen wie bisher die größere Hälfte auf Österreich-Ungarn entfallen würde. Die österreichisch-ungarische Ausfuhr nach den genannten Ländern mit Einschluß der asiatischen Türkei betrug 1913 327 Millionen Kronen und würde nach dem oben Gesagten auf etwa eine Milliarde steigen, ohne daß die genannten Staaten dadurch eine wirtschaftliche Beeinträchtigung zu erfahren brauchen.

Der größte Teil der bisherigen Ausfuhr nach dem nahen Osten konzentrierte sich auf den Balkan. Die asiatische Türkei mit ihrem viel größeren Flächenraum und ihrer größeren Einwohnerzahl nahm

nur einen relativ kleinen Teil in Anspruch. So betrug die österreichisch-ungarische Ausfuhr dorthin im Jahre 1913 knapp 58 Millionen Kronen. Es ist klar, daß es sich hier um ein noch fast unerschlossenes Land handelt, dessen kulturelle Entwicklung zu fördern, eine der wichtigsten Aufgaben der daran interessierten Mächte ist. Die in der Türkei ruhenden gewaltigen Werte wird erst die künftige Generation heben. Damit aber sind wir bei der zweiten und größeren Bedeutung angelangt, die der Zusammenschluß mit den östlichen Balkanstaaten für uns besitzt. Sie bilden nämlich für Österreich-Ungarn ebenso wie für Deutschland die Brücke nach Vorderasien.

Österreich-Ungarn hat ein ebenso starkes, wenn nicht stärkeres wirtschaftliches Interesse an Vorderasien, wie Deutschland. Für das Deutsche Reich bildet Vorderasien einen wenn auch nicht unerheblichen, so doch nicht gerade wesentlichen Teil seines künftigen Weltmarktes. Für Österreich-Ungarn kann Vorderasien eines Tages das Hauptgebiet der wirtschaftlichen Ausdehnung werden, wenn es an der Seite Deutschlands die Erschließung dieser Länder für das europäische Kulturleben fördert. Es sind keineswegs neue Wege, die Österreich-Ungarn damit betritt. Der österreichisch-ungarische Kaufmann hat diese Gegenden längst aufgesucht, österreichische und ungarische Staatsbürger wohnen in großer Zahl besonders in den levantischen Hafenorten, und auch das Kapital der Monarchie hat gelegentlich seinen Weg dorthin gefunden. Die österreichisch-ungarische Handelsflagge ist in den Häfen Kleinasiens und Syriens so häufig zu sehen wie irgend eine andere. Die Grundlage für eine intensivere Betätigung ist also längst gegeben, und diese Betätigung wird nicht ausbleiben, wenn die österreichisch-ungarische Industrie sich noch kräftiger und konkurrenzfähiger entwickelt, wenn die Kapitalbildung fortschreitet und sich notwendigerweise auch nach Betätigung im Auslande umsieht. Neben Deutschland kann die Türkei die Mitarbeit keiner Macht bei der Erschließung ihres Landes lieber sehen als die Österreich-Ungarns, dessen Eroberungs- und Kolonisierungsgelüste sie nicht zu fürchten hat.

Mit der fortschreitenden Kultivierung der asiatischen Türkei wird zweifellos auch die Rohproduktion dieses Landes in ungeahntem Maß steigen. Es handelt sich dabei nicht nur um Nahrungsmittel, besonders Getreide, sondern auch um Rohstoffe, an denen es den Mittelmächten fehlt und auf deren Einfuhr aus fremden Ländern sie angewiesen sind, wie Baumwolle und Metalle. Um die Aussichten nach dieser Richtung ungefähr abzuschätzen, dazu kann die

gegenwärtige Produktion überhaupt nicht als Maßstab dienen. Sie ist nur der Beweis dafür, daß Vorderasien beispielsweise ein Baumwolland werden kann und werden wird. Ist doch auch Ägypten erst von den Engländern der großen Baumwollkultur erschlossen worden, ebenso wie die russische Regierung erfolgreich begonnen hat, in gewissen Landstrichen Sibiriens Baumwolle zu bauen. Hier eröffnet sich also die Möglichkeit, in künftiger Zeit ein großes Maß von Unabhängigkeit von den überseeischen Baumwollmärkten zu erlangen und so dazu beizutragen, daß die Wirkungen einer künftigen Seesperre verringert werden. Bis dahin wird allerdings auch Österreich-Ungarn seinen Teil dazu beitragen müssen, daß für die Mittelmächte eine von anderen Faktoren unabhängige Freiheit des Seeverkehres gewonnen werde. Darüber soll in einem anderen Zusammenhang ausführlicher gesprochen werden. Hier sei nur vorweggenommen, daß der Zusammenhang mit der asiatischen Türkei selbst schon zu einem auch für die Monarchie benutzbaren Ausgang nach dem Meere führen würde, nämlich zum Persischen Meerbusen, und daß deshalb auch Österreich-Ungarn während des Krieges das größte Interesse an dem Vordringen der Türken und der Vertreibung der Engländer aus Koweit besitzt.

Zunächst aber geht aus dem bisher Gesagten hervor, daß Österreich-Ungarn im Interesse seiner eigenen Entwicklung die Verwirklichung der gegen die asiatische Türkei gerichteten russischen Eroberungspläne, wie sie oben geschildert wurden, nicht dulden kann. Die Möglichkeiten, die hier aufgezählt wurden, hängen zunächst von dem Fortbestand des türkischen Reiches ab. Sie hören auf, wenn die erwähnten Gebiete in fremde Hände gelangen, mögen es russische, englische oder französische sein. Dagegen erschöpft sich das unmittelbare Interesse der Monarchie an den hier umrißweise gezeichneten Grenzen. Was Rußland in Persien und Afghanistan erreichen will, ist uns gleichgültig. Wir könnten es auch unter gewissen politischen Voraussetzungen ruhig mit ansehen, wenn Rußland am Ostufer des Persischen Meerbusens Fuß faßte, vorausgesetzt, daß das westliche Ufer fest in den Händen der Türkei bleibt. Diese Gebiete sind der Einflußsphäre der Mittelmächte zu weit entrückt, der Englands und Rußlands aber zu nahe, als daß wir uns einbilden könnten, dauernd unsere Macht dort geltend zu machen. Die inneren und äußeren Verhältnisse besonders Persiens scheinen überdies mit ziemlicher Sicherheit dem Untergang der politischen Selbständigkeit und der Eroberung durch eine Großmacht zuzustreben.

Wir halten es weder für Deutschland noch für Österreich-Ungarn — ganz abgesehen von der geringen Möglichkeit — für ratsam, Besitzungen zu erwerben, die von vornherein einen schwer zu verteidigenden Angriffspunkt für England und Rußland bilden würden. Wir glauben auch nicht, daß die Türkei, selbst wenn sie es militärisch vermöchte, gut daran täte, sich nach Osten auszudehnen, die Kompliziertheit ihrer inneren Verhältnisse dadurch noch zu vermehren und auch ihrerseits neue Angriffe gerade derjenigen Mächte herauszufordern, deren politisches Ziel die Zerstückelung des türkischen Reiches ist. Persien unter fremden Einfluß oder in fremdem Besitz wird zum einigenden Band zwischen Rußland und England; Persien sich selbst überlassen, wird zum Zankapfel zwischen beiden.

C. Das Verhältnis zu Rußland.

Wenn Rußland imstande ist, sich auf dem Wege über Persien einen neuen Ausgang zum Meere zu schaffen, den es notwendig braucht, so kann uns das nur willkommen sein, weil dadurch die Spannung zwischen Rußland und den Mittelmächten vermindert werden dürfte. Diese Art unserer Stellungnahme wird am besten verständlich werden, indem wir nunmehr im Zusammenhang die Politik kennzeichnen, die wir Rußland gegenüber für richtig halten. Österreich-Ungarn war, ebenso wie Deutschland, Rußland gegenüber bisher stets defensiv. Es hat niemals versucht, oder auch nur den Wunsch gehabt, Rußland zu vernichten. Dieser Gedanke ist erst seit dem Weltkriege in einzelnen deutschen Kreisen aufgetaucht. Die Rolle, die Rußland beim Beginn des Krieges gespielt hat und die für niemand empfindlicher wurde als gerade für Österreich-Ungarn, ließ den Gedanken naheliegend erscheinen, daß die Zertrümmerung Rußlands das einzige Mittel sei, um seine westlichen Nachbarn von ständiger Bedrohung zu befreien. Daß Rußland für uns eine Gefahr ist, habe ich selbst nachdrücklich betont. Aber ich zweifle daran, daß diese Gefahr sich durch ein radikales Mittel beseitigen läßt. Die russische Entwicklung befindet sich jetzt zweifellos in einem Stadium der Hochspannung. Sie steht auf einem Punkte, wo auch wir einst gestanden haben, nämlich auf dem Punkt des höchsten Ausdehnungsbestrebens, der bei allen Nationen allmählich überwunden wird durch den Beginn der intensiven Entwicklung. Für sie trachtet jede Nation, vorher — bewußt oder unbewußt — eine möglichst breite

Basis zu gewinnen. Es gilt nun, in der Zeit dieser Hochspannung den Druck einer solchen Nation auszuhalten bis er sich verringert und endlich weicht. Es gilt aber auch anderseits, den Gegendruck nicht bis zu einem solchen Grade zu verstärken, daß die eingeengte Nation überhaupt nicht imstande ist, die Lebensbedingungen für ihre künftige Entwicklung zu erwerben. Tut man dies dennoch, so zwingt man diese Nation, in dem für ihre Umgebung gefährlichen Zustand der Spannung länger zu verharren als sie es sonst vielleicht täte. Das gilt auch für Rußland. Unsere Gegnerschaft zu Rußland wird vielleicht niemals aufhören; aber es ist durchaus wahrscheinlich, daß ihre Formen sich mit der Zeit ändern. Diese Änderung wird dann eintreten, wenn Rußland diejenige äußere Gestaltung besitzt, die ihm eine intensive wirtschaftliche Entwicklung ungestört ermöglicht. Ob Rußland dann für uns eine Gefahr bedeuten wird und in welchem Grade, das läßt sich heute nicht absehen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß ein wirtschaftlich hoch entwickeltes Rußland die Welt in derselben Weise tyrannisieren wird wie England es heute tut. Denn Englands Weltreich ist künstlich aufgebaut und über die ganze Erde zerstreut. Desto größer sind die Angriffsflächen, die es bietet, desto größer auch die Gefahr, seines völligen Zerfalls. England existiert als Weltmacht nur so lange, als es imstande ist, den Tyrannen der Welt zu spielen. Jeder Gleichberechtigte neben ihm würde morgen der Stärkere sein. Dagegen ist das russische Weltreich durch seine Geschlossenheit und ungeheure kontinentale Ausdehnung so konsolidiert, daß es, auch in einer künftigen Zeit hoher Entwicklung, ohne Gefahr für sich selbst, andere große politische und Wirtschaftsgebiete neben sich wird dulden können. Rußland ist uns allerdings seinem ganzen Wesen nach fremd und wird niemals ein wirklicher Freund der europäischen Völker werden. Es ist auch vielleicht bestimmt, das Erbe des alternden und verfallenden Europa anzutreten. Aber es wird diesen Weg endgültig erst dann betreten, wenn es Europa kulturell absterben sehen wird. Es wird vielleicht dereinst Europa gegenüber dieselbe Rolle spielen, wie das Germanentum dem Römischen Reich gegenüber. Gegen eine solche Entwicklung gibt es keine für die Dauer erfolgreiche Gegenwehr. Wir können Rußland gegenüber nichts anderes tun, als unsere Kräfte, solange wir sie besitzen, richtig anzuwenden. Wollten wir sie dazu benutzen, um Rußland zu zertrümmern, so würden wir sie vergeuden. Über die Grenzen des Möglichen läßt sich natürlich streiten. Ich glaube an die Möglichkeit, das russische Reich zu zertrümmern, nicht. Die

Hoffnung auf den Abfall der Nationalitäten in Rußland, die bei Ausbruch des europäischen Krieges zuweilen bei uns gehegt wurde, hat sich nicht erfüllt. Die jahrhundertelangen Zusammenhänge haben sich stärker erwiesen als die Agitation kleiner intellektueller Oberschichten bei den verschiedenen Völkerschaften. Aber wenn diese Nationalitäten auch eines Tages in ihren breiten Massen den Drang nach größerer Selbständigkeit und kultureller Freiheit empfinden werden, so wird diesen Wünschen durch die Gewährung von Autonomien Genüge geleistet werden, und das zweifellos kommende liberale Rußland wird damit kaum sparsam sein. Dann aber werden sich in Rußland die Verhältnisse viel leichter und einfacher gestalten, als das beispielsweise im letzten Jahrhundert in Österreich-Ungarn der Fall gewesen ist. Die russische Hauptnation wird sich mit einem großen Teil der übrigen Völkerschaften des Reiches auf einer gleichen oder ähnlichen Entwicklungsstufe befinden, in geistiger sowohl wie in materieller Hinsicht. Sie wird nicht jenen Vorsprung besitzen, den die Deutschen eine Zeitlang in Österreich hatten, und das Reich wird unter den verwirrenden Folgen dieser Ungleichmäßigkeit weniger zu leiden haben als Österreich-Ungarn. Es wird leichter, auch in seiner inneren Politik, den Übergang in jene Entwicklungsperiode finden, die die Nationalitäten zu einem freiwilligen Zusammenschluß und zur Bildung eines geschlossenen, intensiv tätigen übernationalen Organismus führt.

Gelänge es den Mittelmächten aber anderseits, dem russischen Reich nichtrussische Gebietsteile zu entreißen, so würden wir aufs neue vor die Aufgabe gestellt sein, diese entwicklungsgeschichtlich zurückgebliebenen Volksteile zu amalgamieren. Der ganze Prozeß kolonisatorischer Tätigkeit, der die Lebensgeschichte Österreich-Ungarns bildet, würde sich noch einmal wiederholen, und zwar in einer Zeit, die dafür nicht mehr geeignet ist. Wir haben früher gesehen, daß dieser Prozeß zwar das schnellere Aufstreben der neu hinzutretenden Völkerschaften fördert, daß er aber ein Stehenbleiben des höher entwickelten Teiles erfordert, und daß sich überdies zwischen diesen ungleichen Teilen schwere innere Kämpfe entwickeln. Ob Österreich-Ungarn der Wiederholung eines solchen Prozesses in größerem Maßstabe gewachsen wäre, wage ich nicht, zu bejahen. Vor allem aber hat es sich bei unseren ganzen bisherigen Ausführungen darum gehandelt, der Monarchie einen Weg zu weisen, der sie gerade aus den eben geschilderten Zuständen in die Bahnen einer normalen und zeitgemäßen Entwicklung führt. Annexionen im

Osten würden die Monarchie von diesem Wege abdrängen, noch ehe sie ihn betreten hat, und sie würden auf der anderen Seite zur Bildung eines möglichst geschlossenen wirtschaftlichen Organismus nichts beitragen können. Die Monarchie hat auch kein Interesse daran, Nationen selbständig zu machen, die im weiteren Verlaufe der Entwicklung, wie wir sie wenigstens sehen, doch wieder dem russischen Reiche zufallen müßten, um so mehr, wenn wir selbst uns außerstande erklären, diese Nationen in ihrer Gesamtheit politisch, wirtschaftlich und kulturell dauernd in unseren eigenen Kreis zu ziehen. Die Monarchie hat sich seit vielen Jahrhunderten jener oft genannten historischen Mission geopfert, kraft deren sie die östlichen Randvölker nacheinander dem europäischen Kulturkreise zuführte und sie im übertragenen Sinn mit ihrem eigenen Blut und mit ihrer eigenen Kraft nährte. In dieser Mission muß die Monarchie dort halt machen, wo ihr eine andere, ebenfalls zur Zentralisierung neigende und sich letzten Endes nach den gleichen Gesetzen entwickelnde Macht in einem bereits fortgeschrittenen Stadium entgegentritt. Die Monarchie muß sich sagen, daß sie den bisher von ihr herangezogenen Völkerschaften gegenüber ihre Mission noch nicht völlig erfüllt hat. Die Verschmelzung der Kräfte zu einer wirklichen Einheit ist noch nicht da. Die kulturellen Ungleichheiten innerhalb der Monarchie sind noch immer groß. Die niedriger kultivierten Volksteile sind der ebenso natürlichen wie für den Bestand der Monarchie gefährlichen Sympathie für Nachbarvölker auf einer ähnlichen Stufe noch keineswegs völlig entrückt. Ein Versuch, die Grenze des abendländischen Kulturkreises noch weiter nach Osten zu tragen, könnte mit einem gefährlichen Gegenstoß der niedrigeren östlichen Kultur gegen den Westen enden. Sich gegen diesen Stoß zu wappnen, ist heute die historische Mission Österreich-Ungarns. Dies kann es aber nur, indem es nunmehr durch intensive Arbeit vollendet, was es in jahrhundertelanger Expansion begonnen hat. Diese beiden Betätigungsmöglichkeiten eines Staates schließen sich, wenigstens im allgemeinen, aus, denn sie sind die Äußerungen zweier verschiedener entwicklungsgeschichtlicher Perioden.

Aus diesen Grundsätzen folgt, daß Österreich-Ungarn weder die polnische noch die ukrainische Frage durch einen aktiven Eingriff lösen kann. Daß die Monarchie durch ihre inneren Verhältnisse an diesen Fragen interessiert ist, muß man ehrlich als eine für ihre Entwicklung wenig günstige Tatsache bezeichnen. Jedenfalls aber wird es nötig sein, sich im Zusammenhang mit den auswärtigen Be-

ziehungen, die die Verhältnisse im Nordosten der Monarchie zweifellos behalten werden, eine bestimmte Richtung für die Ordnung dieser Verhältnisse klar zu machen. Die innere Politik in jenen Gegenden des Reiches darf keineswegs eine einseitig polnische sein, sondern sie muß den Grundsätzen entsprechen, die wir schon früher für die Nationalitätenpolitik des Reiches aufgestellt haben. Das nationale Erwachen der Ukrainer in breiterem Umfange als bisher ist sicher nur eine Frage der Zeit. Man wird dann nicht mehr durch einseitige Bevorzugung der Polen die polnische Irredenta bannen können, ohne gleichzeitig die ruthenische Unzufriedenheit mit ähnlichen Folgeerscheinungen hervorzurufen. Die Bedeutung der Polen für Österreich ist heute unatürlich groß. Sie wird aber in dem Maß sinken, wie die anderen Nationen durch die Erfüllung ihrer kulturellen Wünsche, durch die Ausgleichung der Verschiedenheiten des kulturellen Niveaus und vor allem durch die stärkere Teilnahme an dem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten und dem Aufschwung der österreichisch-ungarischen Großmacht mehr und mehr an den Staat gefesselt werden. Nur eine solche gerechte Behandlung und Gewährung der nötigen Entwicklungsfreiheit, nicht aber einseitige Bevorzugung sind geeignete Mittel, um die einzelnen Randvölker an die Monarchie zu fesseln. Die wirtschaftliche Hebung dieser Völkerschaften, die Heranziehung jener Klassen unter ihnen, die für eine wirtschaftliche Betätigung im heutigen Sinn in Betracht kommen, die Förderung des Wohlstandes, der Bau von Straßen und Eisenbahnen — all das sind Maßnahmen, die auch im Interesse der auswärtigen Politik liegen, und deshalb an dieser Stelle nochmals Erwähnung verdienen.

Wir haben das Verhältnis der Monarchie zu Rußland im Anschluß an unsere Stellung zu den Staaten des östlichen Balkans zuerst erwähnt und sind dabei sogleich zu dem Resultat gekommen, daß die Wünsche Rußlands, die den Besitz der Meerengen betreffen, in ihren weiteren Folgerungen für Österreich-Ungarn unannehmbar sind, weil damit die Zertrümmerung der Türkei in Europa und Asien und die Auffaugung Rumäniens und Bulgariens verbunden wäre. Auf die eigentliche Frage, ob nämlich die Durchfahrt durch die Dardanellen für russische Kriegsschiffe auf ein unbedingtes Veto Österreich-Ungarns stoßen müsse, sind wir noch nicht eingegangen. Diese Frage läßt sich erschöpfend nur im Zusammenhang mit den österreichisch-ungarischen Mittelmeerinteressen beantworten. Um aber bei dieser späteren Untersuchung nicht nochmals zu dem Kapitel Rußland

zurückkehren zu müssen, möchten wir schon jetzt vorwegnehmen, daß gegen die Öffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe ein ernster Einwand heute nicht erhoben werden kann. Wie sich die Dinge im Kriege gestalten, das ist nicht Sache von Verträgen, sondern eine reine Machtfrage. Allerdings wird gerade deshalb eingewendet, daß für Rußland die vertragsmäßige Öffnung der Meerenge für seine Kriegsschiffe keine Konzession bedeute, auf die es irgendwelchen Wert legen könnte. Die Richtigkeit dieses Einwandes bezweifle ich aber. Während des Krieges hat Rußland allerdings seine Ziele viel höher gesteckt. Vorher jedoch galt in Petersburg die Zustimmung Österreich-Ungarns und Deutschlands zur Öffnung der Meerengen als eine wertvolle Errungenschaft. Man erinnere sich in dieser Beziehung an die Vorgänge, die die Annexionskrise des Jahres 1908 einleiteten. Iswolski war ursprünglich bereit, der Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Monarchie die Öffnung der Meerengen für Rußland befürworte. Nun wird allgemein angenommen, die unerwartete Annexionserklärung durch Österreich-Ungarn sei als Bruch dieses Abkommens betrachtet worden und habe die Verständigung mit Rußland vereitelt. Diese Darstellung der Vorgänge von 1908 scheint nicht zuzutreffen. Vielmehr lesen wir bei einem russischen Gewährsmann, dem sehr genau unterrichteten Fürsten G. Trubetzkoi, eine erheblich abweichende Darstellung. Trubetzkoi verteidigt in seinem Buche „Rußland als Großmacht" Iswolski gegen den Vorwurf, er habe die slawischen Interessen Österreich-Ungarn gegenüber nicht genügend verteidigt und die beiden von Österreich-Ungarn annektierten Provinzen zum Gegenstande eines Handels gemacht. In Rußland wurde also nicht etwa gesagt, Iswolski habe sich von Ährenthal betrügen lassen. Man scheint vielmehr angenommen zu haben, daß Österreich-Ungarn, wenn die Meerengenfrage in Diskussion gezogen worden wäre, seine Zusage gehalten hätte. Man kann auch ruhig annehmen, daß diese Diskussion nicht von Österreich-Ungarn, auch nicht von Deutschland, sondern von dem späteren Verbündeten Rußlands, England, hintertrieben worden ist. Was man Iswolski in Petersburg zum Vorwurf machte, das war der „Verrat an der slawischen Sache". Trubetzkoi spricht an der erwähnten Stelle Iswolski von diesem Vorwurf frei, beschuldigt ihn aber, daß er sich allzusehr von der damals herrschenden allgemeinen Erregung fortreißen ließ und keine genügenden Maßnahmen traf, um die öffentliche Meinung über den wirklichen Sachverhalt und alle Bedingungen

mit denen er rechnen mußte, aufzuklären. Das Abkommen, das Iswolski mit Ahrenthal vereinbart hatte, wurde von den Panslawisten angegriffen, und Iswolski, der bis dahin Realpolitiker gewesen war, ließ sich von der panslawistischen Woge fortreißen, genau so, wie später Sasonow sich aus seiner ursprünglich realpolitischen Haltung in die nationalistische Gefühlspolitik hineintreiben ließ. Für den russischen Realpolitiker hatte also ursprünglich die von den Zentralmächten genehmigte Öffnung der Meerengen, auch ohne russische Besitzergreifung der Ufer, ihren Wert. Allerdings würde die Durchführung eines solchen Abkommens eine entschiedene Schwenkung der russischen Politik in Europa bedeutet haben. Ich habe bereits in meinem Buch „Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland" nachzuweisen gesucht, daß eine ernstliche Zustimmung Rußlands zu der Annexion einen Strich durch die Einkreisungspolitik Eduards VII. bedeutet haben würde, der Österreich-Ungarn entweder von Deutschland losreißen oder mit diesem zusammen einkreisen wollte. Iswolski konnte aber augenscheinlich auch die Öffnung der Meerengen nicht von England erhalten und mußte sie gegebenenfalls gegen England an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns durchsetzen. Gegen diese ganze Schwenkung der Politik Iswolskis, die in dem Abkommen von Buchlau über die Annexion lag, hat sich in Wirklichkeit der Zorn der russischen Panslawisten gewendet. Sie waren es, die früher für das Bündnis mit Frankreich eingetreten waren und die jetzt um jeden Preis die Unterstützung der englischen Politik verlangten. In diesem Zusammenhange allerdings mußte ihnen die Öffnung der Meerengen als ein wertloses Zugeständnis der Zentralmächte erscheinen, weil sie davon träumten, später die Meerengen mit Zustimmung Englands gänzlich zu erobern.

Der Wert der Öffnung der Meerengen für Rußland hängt also wesentlich ab von der herrschenden politischen Richtung. Berücksichtigt man nun aber, daß der Panslawismus als führende politische Kraft in diesem Kriege eine unzweifelhafte Niederlage erlitten hat, so braucht man eine Verständigung in der Meerengenfrage nicht für undenkbar zu halten. Die Niederlage des russischen Panslawismus in diesem Kriege besteht nicht nur in der Entfremdung der Balkanstaaten, nicht nur in der Tatsache, daß die Koalition mit England und Frankreich keinesfalls das gehalten hat, was man sich von ihr versprach, sondern sie besteht auch darin, daß England nur scheinbar seinen Widerstand gegen die Besitzergreifung der Meerengen durch Rußland aufgegeben, in Wirklichkeit aber nichts Nennenswertes zur

Erreichung dieses Zieles beigetragen hat, noch beitragen wird. England hat den Dardanellenangriff mit unzulänglichen Mitteln unternommen und, im Gegensatz zu seiner sonstigen Zähigkeit, das mißlungene Unternehmen einfach fahren gelassen. Es wird vermutlich auch beim Friedensschluß keinen Finger rühren, um eine den Russen halbwegs günstige Lösung der Meerengenfrage herbeizuführen. England wird, wenn es die Macht hat, in dieser Frage zu entscheiden, die Meerengen entweder überhaupt nicht für Rußland öffnen, oder es wird die Öffnung durch Gegenmaßregeln unwirksam machen, indem es sich beispielsweise vorgelagerter Stützpunkte versichert und eine neue Sperre schafft. Diese Lösung wäre unter Umständen für England sogar sehr günstig, weil es dadurch die in türkischen Händen befindlichen Meerengen durch ein neues ihm selbst gehöriges Gibraltar des östlichen Mittelmeeres ersetzen würde. Die Erkenntnis von dieser Sachlage wird zweifellos viel dazu beitragen, daß man in Rußland eines Tages wieder auf die realpolitischen Pläne Iswolskis aus der Zeit vor der Annexionskrise zurückgreift und die Öffnung der Meerengen durch die Mittelmächte vielleicht gerade deshalb um so höher einschätzen lernt, als diese im Bunde mit der Türkei einen entschiedeneren Einfluß auf die Geschehnisse am Bosporus und an den Dardanellen besitzen werden. Eine solche Lösung würde Rußland zwar keine Garantie aus eigenen Machtmitteln für die Offenhaltung der Meerengen während eines Krieges bieten. Aber Rußland könnte vielleicht gerade dadurch zu der Einsicht gelangen, daß diese Garantie in einem freundlichen Verhältnis zu den Mittelmächten zu finden ist. Denn man muß sich sagen, daß Rußland die Öffnung der Meerengen in dem Kriege gegen die Mittelmächte zwar handelspolitisch sehr schmerzhaft vermißt hat, daß es sie aber in einem Konflikt mit England noch viel peinlicher empfinden würde. Einen militärischen Zweck besitzt die Freiheit der Durchfahrt für Kriegsschiffe eigentlich überhaupt nur im Kriege gegen England. Das Angebot der Öffnung der Meerengen von Seite der Mittelmächte und seine Annahme durch Rußland könnte eine Situation schaffen, die den russischen Plänen in Vorderasien sehr förderlich, der englischen Stellung in Ägypten und Indien sehr gefährlich werden würde. Das Angebot der Öffnung der Meerengen gewinnt demnach seine eigentliche Bedeutung erst, wenn es mit dem deutlichen Hinweis auf eine künftige politische Orientierung der Mittelmächte gegen England verbunden ist. Es wird noch zu zeigen sein, daß eine solche Orientierung auch im Interesse Österreich-Ungarns liegt.

D. Serbien.

Wir haben bisher versucht, die Interessen Österreich-Ungarns auf der östlichen Balkanhalbinsel im Zusammenhang mit seinen vorderasiatischen Interessen zu behandeln, und die Besprechung dieses Gebiets der auswärtigen Politik hat in einer Auseinandersetzung über unser künftiges Verhältnis zu Rußland gegipfelt. Die westliche Hälfte des Balkans glauben wir im Zusammenhang mit den Seeinteressen der Monarchie besprechen zu sollen. Wir sind — um das Prinzip, nach dem wir hier verfahren, kurz vorwegzunehmen — der Meinung, daß die westlichen Balkanländer ihre eigentliche Bedeutung für die Monarchie als Küstenländer der Adria bzw. als Hinterland zu diesen Küsten besitzen. Die Entwicklung der serbischen Frage in den letzten Jahrzehnten hat diese Tatsachen einigermaßen verwischt, und zwar geriet das Problem in dem Augenblick in eine falsche Bahn, wo Rußland seinen eigenen Grundsatz, die westliche Hälfte des Balkans Österreich-Ungarn zu überlassen, aufgab. Die daraus für die Monarchie entstehende Notwendigkeit, Serbien in den Kreis der von Rußland abhängigen politischen Probleme einzustellen, hat eine Zeitlang die natürlichen Zusammenhänge zerrissen. Der Krieg hat in dieser Hinsicht eine gesunde Lösung herbeigeführt und uns in den Stand gesetzt, die serbische Frage zu betrachten, ohne daß unsere Blicke dabei nach der verkehrten östlichen Richtung abirren. Daß Serbien sich selbst als ein Adrialand empfunden hat, zeigte es bereits während der letzten Jahre durch die immer wiederholte Forderung nach einem Ausgang an die Adriatische Küste. Wir wären ungerecht, wollten wir diese Bestrebungen ausschließlich aus nationalen Motiven erklären. Sie haben eine mindestens ebenso große wirtschaftliche Bedeutung und entsprechen, wenn man über die Zeit der türkischen Herrschaft hinwegsehen will, auch einem berechtigten historischen Zuge.

Will man die Entwicklung und die Lebensäußerungen eines Volkes richtig verstehen, so darf man bei unbefangener Betrachtung die häufig vom Zufall gezogenen politischen Grenzen nicht als eine auch für das geistige Auge unübersteigbare Schranke betrachten. Wenn man ein Volk ansehen will, dann darf man nicht bei den Staaten oder Provinzen stehen bleiben. Von diesem Standpunkt aus müssen wir die Bewohner Serbiens, Montenegros, Bosniens, Dalmatiens und Kroatiens mit einem Blick umfassen können. Wir müssen anderseits jene Gebiete des bisherigen Serbien aus unserer Betrachtung

ausschließen, die durch den gemischten oder vorwiegend bulgarischen Charakter ihrer Bevölkerung dem geschlossenen Serbentum nicht zuzuzählen sind. Betrachten wir die Serben also in ihrer nationalen Geschlossenheit, so sind sie ein Adriavolk. Sie bewohnen den weitaus größten Teil der Küste, die Österreich-Ungarn überhaupt sein eigen nennt, und sie bevölkern auch den größten Teil des Hinterlandes dieser Küste. Sieht man nun auch von allen Ehrbegriffen und sonstigen Gründen ab, aus denen eine Großmacht sich freiwillig ihres Besitztums nicht entäußern kann, so muß man es auch rein aus Gründen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Fortbestandes der Monarchie für unmöglich erklären, daß sie auf die serbischen Landstriche verzichte, die sie, zum großen Teil seit Jahrhunderten, inne hat. Die groß-serbische Bewegung war deshalb nicht nur gegen den Besitzstand und die Ehre der Monarchie gerichtet, sondern unmittelbar gegen ihre Existenz. Sie war viel gefährlicher als irgendeine andere irredentistische Bewegung. Der Kampf, der hier geführt wurde, mußte aber um so erbitterter werden, als die Serben, wie gesagt, bis zu einem gewissen Grade ebenfalls Lebensinteressen zu verfechten hatten. Es fragt sich nur, ob diese Lebensinteressen auf keinem anderen Wege durchzusetzen waren, als im Kampfe gegen Österreich-Ungarn. In meiner oben zitierten Arbeit über Serbien im „Panther" habe ich darauf hingewiesen, daß Serbien in früherer Zeit sein Heil in dem engen Anschluß an Österreich-Ungarn suchen wollte und von der Monarchie die Befreiung aus der Türkenherrschaft erwartete. Diese Hoffnung hat die Monarchie zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts enttäuscht. Ein Teil der unter der Türkenherrschaft befindlichen Serben — das spätere Königreich — befreite sich ohne die österreichische und mit russischer Hilfe. Als Österreich-Ungarn ein halbes Jahrhundert später, zurzeit Andràssys, eine Annäherung Serbiens herbeizuführen suchte, und die wirtschaftliche und verfassungsmäßige Entwicklung des Landes fördern wollte, war es schon zu spät. Serbien stand damals bereits im Banne des Nationalismus; es war in jenes von uns wiederholt als notwendig bezeichnete Entwicklungsstadium eingetreten, das sich hier wie überall als Kampf um die geschlossene nationale Selbständigkeit äußerte, und mußte von nun ab nicht nur alle damit verbundenen Erschütterungen durchmachen, sondern auch auf die Monarchie übertragen. Der Wunsch, die nationale Einigung in der Form des Großserbentums durchzuführen, der für diese Entwicklungsperiode an sich verständlich ist, wurde noch durch die russische Unterstützung vertieft, und er

blieb auch dann bestehen, als das Serbentum infolge seiner raschen kulturellen Entwicklung bereits anfing, mit den modernen Wirtschaftsinteressen vertraut zu werden. Es wäre an sich vielleicht naheliegend gewesen, daß Serbien durch seine vermehrten wirtschaftspolitischen Interessen dazu geführt worden wäre, aufs neue den Anschluß an die Monarchie zu suchen. Daß dies nicht geschah, lag teilweise an dem Einfluß der russischen Politik, teilweise auch an einem Verschulden Österreich-Ungarns selbst. Serbien befand sich durch seine geographische Lage in einer so starken Abhängigkeit von der Monarchie, daß es fast seine ganze Ausfuhr dorthin abgeben mußte und den größten Teil seiner Einfuhr aus der Monarchie bezog. Es war deshalb zweifellos ein schwerer Fehler, daß Österreich-Ungarn 1905 den Zollkrieg gegen die serbische Einfuhr begann. Allerdings war es begreiflich, daß Österreich-Ungarn für die erleichterte Einfuhr aus Serbien Zugeständnisse für seine Industrie verlangte und sich gegen die serbischen Waffenbestellungen in Frankreich heftig zur Wehr setzte. Aber das ist eine Erklärung, nicht eine Rechtfertigung. Die serbischen Kanonenbestellungen und Anleiheverhandlungen mit Frankreich sind Symptome gewesen für die Bemühungen der Entente, Serbien endgültig auf ihre Seite zu ziehen. Man muß aber dagegen sagen, daß von Seite Österreich-Ungarns nicht genügende Gegenanstrengungen gemacht wurden, um diese Bemühungen zu durchkreuzen. Am besten würde dies durch die Gewährung großer wirtschaftlicher Vorteile geschehen sein, durch die das Interesse Serbiens mit dem der Monarchie verknüpft worden wäre. Inzwischen allerdings hatten sich die Verhältnisse so zugespitzt, daß Österreich-Ungarn im Interesse seiner eigenen Adriapolitik diese Forderung kaum mehr bewilligen konnte, wenn es nicht in Wirklichkeit einen russischen Adriahafen konzedieren wollte. Aber zu diesem unüberbrückbaren Gegensatz der Interessen würde es kaum gekommen sein, wenn Serbien schon viel früher handelspolitisch in ein Verhältnis zu Österreich-Ungarn getreten wäre, das ihm die unbehinderte Benutzung der Adriahäfen gestattet hätte. Eine weitschauende österreichisch-ungarische Politik würde längst nicht gezögert haben, Serbien eine Zollunion anzubieten, und es ist anzunehmen, daß Serbien zu verschiedenen Zeiten nicht nur auf einen solchen Gedanken eingegangen wäre, sondern daraufhin vielleicht seine ganze Politik geändert hätte. Ich glaube, auf Grund mündlicher Mitteilungen aus guter Quelle sogar behaupten zu dürfen, daß Serbien zu Beginn des Balkankrieges Verhandlungen mit Österreich-Ungarn anstrebte, in

denen es vermutlich die Zustimmung der Monarchie für sein Vorgehen gegen die Türkei und auf der anderen Seite ein enges Bündnis und eine Zollunion mit Österreich-Ungarn zu erlangen hoffte. Diese Vermutung wird keineswegs entkräftet durch die Tatsache, daß Serbien damals dem Balkanbund angehörte, dessen Seele bekanntlich Rußland war, noch auch durch die spätere Entwicklung der Ereignisse. Vielmehr würde aus der Richtigkeit meiner Annahme hervorgehen, wie stark die natürliche Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan war und ist. Es würde daraus hervorgehen, daß Serbien immer wieder auf den Gedanken kam, die russische Protektion fahren zu lassen und sie gegen ein enges Verhältnis zur Monarchie einzutauschen.

Warum die österreichisch-ungarischen Regierungen solche Möglichkeiten nicht auszunutzen vermochten, entzieht sich meiner genauen Kenntnis. In dem erwähnten Fall dürfte es sich unter anderem darum gehandelt haben, daß die Monarchie sich zu sehr für den status quo in der Türkei festgelegt hatte, den sie aber in Wirklichkeit doch nicht aufrecht erhalten konnte. Diese Versäumnisse der österreichisch-ungarischen Auslandspolitik werden aber ergänzt durch schwere Fehler der inneren Politik. Die Haltung Serbiens ist natürlich nicht unbeeinflußt geblieben von dem Schicksal ihrer Volksgenossen innerhalb der Monarchie. Dieses Schicksal hat bis heute vieles zu wünschen übrig gelassen. Was den Kulturzustand und die Kulturfähigkeit der Serbokroaten in Österreich-Ungarn betrifft, möchte ich nur auf die kurzen statistischen Angaben in einem früheren Abschnitt dieser Arbeit verweisen. Wir haben bezüglich der Serbokroaten in der österreichischen Reichshälfte festgestellt, daß sie mit den größten Prozentsatz an Analphabeten im Reiche aufweisen — und zwar einen erschreckenden Prozentsatz —, während sie anderseits für die akademischen Bildungsstätten ein Kontingent stellen, das verhältnismäßig dem der Deutschen gleichkommt. Diese Verhältnisse lassen unmittelbar auf einen Mangel an öffentlicher Fürsorge, mittelbar auf traurige wirtschaftliche Verhältnisse schließen. Beides ist leider zutreffend. Unter solchen Umständen hatten die Serben des Königreichs keinen Anlaß, mit besonderem Neid auf ihre Volksgenossen in der Monarchie zu blicken und eine stärkere Einwirkung von Österreich-Ungarn auf die eigenen Verhältnisse zu wünschen. Auch in politischer Hinsicht ist die Stellung der Serbokroaten in der Monarchie bisher eine recht zweifelhafte gewesen. Sie sind nicht nur auf die beiden Reichshälften der Monarchie verteilt, sondern sie genießen in den beiden Reichshälften auch eine sehr ver-

schiedene Behandlung. Ihre geschriebenen Rechte sind in Ungarn größer als in Österreich. In Ungarn besitzen sie eine Art eigener Verfassung und ein Repräsentativsystem, das größere Kompetenzen hat als der Landtag des zur österreichischen Reichshälfte gehörigen, hauptsächlich serbokroatischen Königreichs Dalmatien. Aber in Österreich genießen sie immerhin die Vorteile der nationalen Toleranz, die allen Völkerschaften dieser Reichshälfte zugute kommt. Dagegen ist die Geschichte der ungarischen Serbokroaten im Königreich Kroatien und Slawonien reich an Versuchen der Budapester Regierung, die serbische Nationalität zu unterdrücken und womöglich ihre Existenz nicht anzuerkennen. Auf die Einzelheiten dieser jahrzehntelangen Kämpfe einzugehen, ist hier nicht der Raum, ist heute überhaupt nicht mehr die rechte Zeit. Wir möchten diese Geschehnisse nur kurz dahin kennzeichnen, daß die Serbokroaten in Ungarn nicht vom Standpunkte des aus vielen gleichberechtigten Nationen zusammengesetzten Reiches, sondern vom Standpunkte des unter magyarischer Vorherrschaft befindlichen ungarischen Staates regiert wurden. Wir glauben, uns nur auf das berufen zu müssen, was wir in einem früheren Kapitel über die Stellung der Nationalitäten in Österreich gesagt haben, um erkennen zu lassen, welchen Wandel der Verhältnisse wir auch in Ungarn für notwendig halten. Diese Forderung vertreten wir an dieser Stelle einfach vom Standpunkt der auswärtigen Politik.

Es wäre zu wünschen, daß nach dem jetzigen Kriege eine endgültige Lösung der serbischen Frage herbeigeführt würde. Sie gehört zu jenen Problemen, in denen die innere mit der auswärtigen Politik Hand in Hand arbeiten muß. Vom Standpunkt der auswärtigen Politik wird die Monarchie natürlich nicht zugeben können, daß Serbien jemals wieder an einer feindlichen Vereinigung teilnimmt, die eine Bedrohung Österreich-Ungarns oder auch eine Absperrung der Monarchie nach Südosten zum Ziele hat. Die politischen Formen für die Erreichung dieses Zweckes entziehen sich im Augenblick der Diskussion. Jedenfalls aber wird sich die Möglichkeit ergeben, das serbische Volk selbst durch seine besseren und engeren Beziehungen zur Monarchie in seinen Lebensinteressen zu fördern. Gleichgültig, ob es künftig durch politische Grenzen geteilt bleiben wird und welcher Art diese Grenzen sein werden, ist doch jedenfalls zu hoffen, daß dadurch eine gewisse Gemeinsamkeit der nationalen Entwicklung nicht gehemmt werden wird, so weit die Serben selbst dies nicht unmöglich machen.

Unbedingt notwendig ist aber vor allem, daß zur wirtschaftlichen Hebung aller dieser Länder energische Maßnahmen getroffen werden. Die Vollendung der von Österreich längst gebauten Eisenbahnstrecke Wien—Agram (der Aspangbahn) müßte auch auf ungarischer Seite sofort erfolgen. Diese neue Strecke müßte, wie schon ursprünglich beabsichtigt war, als Sandschakbahn ausgebaut werden, und zwar so, daß die bisherige Schmalspurbahn in Bosnien auf die normale Spurweite gebracht wird. Durch den Anschluß an die bestehende, jetzt serbische Bahn in Mitrovitza würde dann erzielt werden, daß das gesamte serbische Gebiet von einer Ader des Weltverkehrs durchzogen würde, die ebenso, wie die bereits vollendete Linie über Budapest, Belgrad und Sofia einen zweiten Weg von Berlin und Wien nach Konstantinopel, aber auch nach Saloniki darstellen würde. Ebenso steht heute nichts mehr der Vollendung einer Donau—Adriabahn im Wege, die seinerzeit gleichzeitig mit der Sandschakbahn projektiert wurde, und die bei der Ausführung beider Projekte die bisher völlig vernachlässigte Adriaküste und vor allem Dalmatien an das Hinterland und an den Weltverkehr anschließen könnte. Auf diese Weise würden die verschiedenen serbischen Länder, auch ohne vollkommene politische Vereinigung, zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Einheit werden, und zwar nicht im Gegensatz zur Monarchie, sondern unter völliger Identität der beiderseitigen Interessen. So würde das Serbentum allmählich auch die Rolle übernehmen, die ihm innerhalb der Monarchie zukommt: es würde den italienischen Ausdehnungsgelüsten gegenüber die Wacht an der Adria beziehen. Dieses Endziel zeigt uns aufs neue, daß wir bei richtiger Betrachtung die serbische Frage mit als eine Voraussetzung für die Seeinteressen der Monarchie aufzufassen haben.

E. Die Seeinteressen Österreich-Ungarns.

Die Auffassung, daß der Ostbalkan für Österreich-Ungarn in den Kreis seiner vorderasiatischen Interessen gehört, wird, wie schon gesagt, ergänzt durch die Verbindung zwischen den Fragen des Westbalkans und den adriatischen Interessen der Monarchie. Dieser Auffassung entspricht es durchaus, daß wir uns bezüglich des östlichen Balkans in erster Linie mit Rußland auseinanderzusetzen hatten, und es zeigt auf der anderen Seite, daß der Westbalkan in erster Linie Gegenstand von österreichisch-italienischen Auseinandersetzungen bildet.

Die Notwendigkeit solcher Auseinandersetzungen mit Italien ist der eigentliche Rückgang, den die Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan seit den siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts zu erleiden hatte. Damals hatte sich die Monarchie, wie schon erwähnt wurde, nur mit dem von Rußland aufgestellten Problem der Teilung des Balkans in eine russische Ost- und eine österreichisch-ungarische Westhälfte auseinanderzusetzen. Allerdings hat schon Crispi vor dem Berliner Kongreß im Namen Italiens gegen eine Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina durch die Monarchie protestiert; aber diese italienischen Verwahrungen blieben bedeutungslos. Sie waren auch rein negativer Art und keineswegs von Bestrebungen auf dem Balkan begleitet. Als Bismarck Crispi riet, Italien solle doch Albanien nehmen, um sich zu entschädigen, meinte Crispi, Italien wüßte nicht, was es mit Albanien anfangen sollte. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die Geschichte der italienischen Balkanpolitik darzustellen. Die Entwicklung der Dinge läßt sich aber durch den Hinweis auf einige wenige Punkte genügend kennzeichnen. Sie verläuft von jener eben genannten Ablehnung des Kompensationsgedankens bis zu der Abfassung des Artikel 7 des Dreibundvertrages, in dem gerade umgekehrt für jede Gebietserweiterung des einen Teils auf dem Balkan Kompensationen für den anderen Teil festgesetzt werden, wo also deutlich das Streben Italiens zum Ausdruck kommt, in gleichem Schritt mit Österreich-Ungarn auf dem Balkan Gebiete zu erwerben. Würden aus diesem Vertragspunkt jemals die Konsequenzen gezogen worden sein, so wäre praktisch immer ein Teil der geprellte gewesen. Denn da es sich bei allen Gebietserweiterungen in erster Linie um die Ostküste der Adria handelte, so war eine gleichmäßige Teilung, die den Interessen sowohl Österreich-Ungarns wie Italiens entsprochen hätte, gar nicht denkbar. Denn es lag im Wesen der Politik beider, die ganze Ostküste besitzen zu wollen.

Aber der Artikel 7 hat keineswegs nur die Adriaküste im Auge, sondern er bezieht sich, vom Standpunkt des gegenseitigen Gleichgewichts zur See, auch auf das Ägäische Meer. Er ist der Ausdruck jener italienischen Bemühungen, die darauf gerichtet waren, Österreich-Ungarn nicht nur von Albanien, sondern auch von Mazedonien fernzuhalten. Er ist das Gegengewicht gegen jenes „au delà de Mitrovitza" des Berliner Vertrages, das der Monarchie einen Landweg nach Saloniki in Aussicht stellte. Es hat bis an die Schwelle der Balkankriege in Österreich-Ungarn stets eine Richtung gegeben,

die ein aktives Vorgehen nach dieser Seite wünschte. Die militärische Besetzung des Sandschak Novibazar ließ diese Möglichkeit offen, die mazedonischen Wirren um die Wende des Jahrhunderts schienen sie in größere Nähe zu rücken. Gerade zu jener Zeit aber wäre vielleicht der russische Widerstand gegen die Ausbreitung der Monarchie in dieser Richtung zu überwinden gewesen. Einmal konnte man die Festlegung der russischen Kräfte in Ostasien dazu benutzen, zweitens aber würde Rußland vermutlich, auch wenn es die Hände frei gehabt hätte, noch immer durch Kompensationen in der Meerengenfrage beeinflußbar gewesen sein. Das haben ja, wie wir schon ausführten, die Verhandlungen von Buchlau im Jahre 1908 hinterher gezeigt. Denn es ist klar, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina auch mit diesen Möglichkeiten in einem unmittelbaren Zusammenhang stand.

Es zeigt sich also, daß in der von Rußland beeinflußten nationalen Balkanpolitik nicht die einzigen und vielleicht nicht einmal die schwersten Hindernisse für die Ausbreitung Österreich-Ungarns bis Saloniki und die damit verbundene Erweiterung seiner Seegeltung zu suchen waren. Zu jener Zeit bewies Italien bereits, daß es von seinem Standpunkt als mit Österreich-Ungarn konkurrierende Seemacht eine derartige Ausbreitung der Monarchie gegen Südosten nicht dulden wollte. Es hatte damals verhältnismäßig leichtes Spiel, und zwar einerseits durch die passive Politik des Grafen Goluchowski, anderseits durch die Haltung der übrigen Großmächte, die aus der mazedonischen Angelegenheit eine gemeinsame europäische Sache machten und durch die Einrichtung des internationalen Gendarmeriekorps in Mazedonien von vornherein einen überwiegend österreichisch-ungarischen Einfluß verhinderten. Welche Einflüsse sich der Ausbreitung Österreich-Ungarns in der Richtung nach Saloniki entgegenstellten, das zeigte sich Anfang 1908, als Baron Ahrenthal durch die Ankündigung des Baues einer Eisenbahn durch den Sandschak von Uvac nach Mitrowitza zum erstenmal Miene machte, eine aktive Balkanpolitik zu treiben. In Italien selbst war die Empörung wegen dieses Planes viel größer, als man aus den ohnehin nicht gerade freundlichen Zeitungsstimmen ersehen konnte. Diese Stimmen aber wurden nicht nur unterstützt, sondern weitaus überboten durch das Geschrei der französischen und der englischen Presse. Als bald nachher die Annexion Bosniens und der Herzegowina erfolgte, war es wiederum die englische Presse, die — viel vernehmlicher als die französische — dem russischen Toben nichts nachgab.

Wenn man das diplomatische Werk des Grafen Ahrenthal während seiner Amtszeit als Ministier überblickt, so muß man sagen, daß seine Absichten sich mit den wirklichen Lebensinteressen der Monarchie mehr deckten als die irgendeines seiner Vorgänger. Ihre Verwirklichung ist bedauerlicherweise zum großen Teil gescheitert, vielfach durch eigene Schuld, vielfach aber auch aus anderen Gründen. Nun ist es aber höchst bezeichnend, daß die Ahrenthalsche Politik nicht nur zu den heftigsten Zusammenstößen mit Rußland, sondern auch zu schweren Gegensätzen zwischen der Monarchie und England geführt hat. Der Interessenkonflikt mit England kam also zum erstenmal in dem Augenblick klar ans Tageslicht, wo Österreich-Ungarn daran ging, seine Seeinteressen im Mittelländischen Meer zu wahren. Es ist ferner bezeichnend, daß die aussichtsreichen Anstalten, die Graf Ahrenthal traf, um sich über seine Balkanpolitik mit Rußland zu verständigen, durch das Emporkommen der panslawistischen Richtung vernichtet wurden. Nun haben wir aber im vorigen Abschnitt die Bedeutung des Panslawismus für den russisch-englischen Zusammenschluß einerseits gekennzeichnet, anderseits aber darauf hingewiesen, daß der Panslawismus durch die Resultate des jetzigen großen Krieges zweifellos den größten Teil seines Kredits in Rußland eingebüßt hat. Wir sehen also schon jetzt, wie England durch die Benutzung anderer Mächte sich den Versuchen Österreich-Ungarns, eine großzügige Mittelmeerpolitik zu treiben, hindernd in den Weg stellt, und wie die Erfolge seiner Politik abhängig sind von der größeren oder geringeren Willfährigkeit dieser anderen Mächte.

Neben dem panslawistischen Rußland hat sich Italien am meisten in den Dienst dieser Politik gestellt. Wir verstehen seine ganze, in ihren dürftigsten Umrissen eben geschilderte Haltung erst dann vollständig, wenn wir die Einflüsse berücksichtigen, die die Westmächte auf Italien genommen haben, und die immer zielbewußter und entschiedener werden, je mehr sich Frankreich und England selbst einander annähern. Um die Entwicklung der Stellung Italiens innerhalb der europäischen Großmächte richtig zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß sein Eintritt in den Dreibund eine europäische Konstellation zur Voraussetzung hatte, die von der heutigen völlig verschieden, ja, ihr teilweise entgegengesetzt ist. Wir wissen aus den Erinnerungen Bismarcks und Crispis, daß die enge Freundschaft zwischen Deutschland und England die eine, positive, Voraussetzung für ein Bündnis mit Italien war, während die Span-

nung, durch die sowohl Deutschland wie Italien von Frankreich getrennt wurden, die zweite, negative, Voraussetzung bildete. Aber die deutsch-französische Spannung unterschied sich wesentlich von der italienisch-französischen. Was das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich anbetraf, so ging damals wie heute das Übelwollen von Frankreich aus und bestand in dem Revancheglüste nach dem verlorenen Krieg von 1870/71. Zwischen Italien und Frankreich lagen die Dinge umgekehrt; hier war Italien der Gekränkte, dem Frankreich Tunis weggenommen hatte. Die Verschiedenheit ist nun in doppelter Hinsicht zu bewerten. Zunächst mußte man sich sagen, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nur von dem letzteren, eine Verständigung zwischen Italien und Frankreich nur von dem ersteren ausgehen konnte. Die Dinge lagen so, daß Frankreich jederzeit die Möglichkeit besaß, den Groll Italiens zu besänftigen, ohne doch selbst seine Stimmung gegen Deutschland ändern zu müssen. In dem Augenblick aber, wo Italien von Frankreich nichts zu fürchten und nichts mehr zu fordern hatte, fiel jeder Grund für eine Berücksichtigung Deutschlands fort. Das galt um so mehr, als für Italien das Bündnis mit Deutschland durch die unangenehme Zugabe Österreich-Ungarn belastet war. Ferner handelte es sich in dem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich um die Folgeerscheinungen eines Landkrieges innerhalb Europas, während zwischen Italien und Frankreich Handels- und koloniale Interessen standen. Der deutsch-französische Streit lag auf dem Festland, der italienisch-französische auf dem Wasser, und zwar im Mittelmeer. Italien hatte demnach als europäische Macht Deutschland für seine Defensive gegen Frankreich immerhin einiges zu bieten. Der Nutzen, den Italien aus dem Bündnis mit Deutschland ziehen konnte, blieb aber nur so lange bestehen, als Italien verteidigungsbedürftig war. Es konnte unter dem Schutze des Bündnisses die Segnungen des Friedens genießen und durch kontinentale Wirtschaftsbeziehungen an Stärke gewinnen. Aber zur Verwirklichung des offensiven Grundgedankens, der Italien in den Dreibund getrieben hatte, konnte Deutschland nichts beitragen. In dieser Hinsicht hatte Deutschland für Italien nur als Freund Englands Geltung. Anders würden die Dinge sich gestaltet haben, wenn Österreich-Ungarn schon damals das gewesen wäre, was es heute erst werden soll, nämlich eine Seemacht. Dann würde die Monarchie der natürliche Bundesgenosse Italiens geworden sein, der ihm geholfen hätte, die durch Frankreich bedrohte Machtstellung im westlichen Mittelmeerbecken zu sichern und zu erweitern. Hätte

Österreich-Ungarn diese Aufgabe erfüllen können, so würde der Irredentismus keine dauernde Scheidewand zwischen den beiden Reichen gebildet haben. Italien ist seit je her nur dadurch zu gewinnen gewesen, daß man seine berechtigten Bestrebungen als Seemacht zu fördern imstande und auch willens war. Diese Aufgabe aber konnten die Zentralmächte bei ihrer sonstigen Politik nicht erfüllen. Zur Zeit, als der Dreibund abgeschlossen wurde, sowie im ersten Jahrzehnt seines Bestandes waren weder Deutschland noch Österreich-Ungarn Seemächte im eigentlichen Sinn. Diese negative Tatsache bildete den Kitt der Freundschaft, die England ihnen entgegenbrachte. Diese Freundschaft hörte Deutschland gegenüber auf, sowie das Reich zur Seemacht wurde. Im gleichen Augenblick aber hörte England auch auf, für Österreich-Ungarn wirkliche Freundschaft zu hegen. Es brauchte die Monarchie zwar noch eine Zeitlang, weil sie durch ihr natürliches Gewicht auf dem Balkan einen Riegel gegen jene russischen Bestrebungen bildete, die England nicht dulden wollte. Je mehr England diese hemmende Aufgabe in die Hände Österreich-Ungarns legte, desto mehr konnte es sich mit Unschuldsmiene in die russische Freundschaft einschleichen. Auf der anderen Seite aber hat England nichts unterlassen, um Italien gegen jede Regung Österreich-Ungarns auszuspielen, die auf die Erweiterung seiner Seegeltung gerichtet sein konnte.

Während also Deutschland in durchaus logischer Entwicklung die Gegnerschaft Englands gleichzeitig mit seinem Aufstieg zur Seemacht auf sich zog, machte Österreich-Ungarn eine unlogische Entwicklung durch. Es teilte das Schicksal Deutschlands immer mehr, aber es wurde gleichzeitig dennoch keine Seemacht. Wir haben schon gesehen, daß der erste Ausdruck maritimer Interessen für Österreich-Ungarn eine aktive Politik auf dem westlichen Balkan sein muß und mußte. Von hier führen seine Wege sowohl zur Beherrschung der Adria wie zu seinem natürlichen Geltungsbereich im östlichen Mittelmeerbecken, auf dem Wege über Saloniki. England aber hat, wie wir soeben bemerkten, die Aufmerksamkeit der Monarchie gerade auf die östliche Seite der Balkanhalbinsel gelenkt und dadurch einen doppelten Zweck erreicht: es konnte die Monarchie gegen Rußland ausspielen und sie gleichzeitig von der Entwicklung zur Seemacht abhalten.

Zu diesem Zwecke hat England alles getan, um jeden Schritt Österreich-Ungarns auf der Westseite des Balkans zu erschweren. Vielfach hat sich England dabei Italiens bedient, so in der mazedonischen Frage. Das Interesse an einer solchen Politik wurde für

England verdoppelt, je mehr es sich der Entente mit Frankreich näherte. Denn nunmehr handelte es sich gleichzeitig auch darum, die Aufmerksamkeit Italiens von seinem natürlichen Ausdehnungsgebiet, dem westlichen Mittelmeerbecken, ab- und auf das östliche Mittelmeerbecken hinzulenken. Wer die geographischen und militärischen Zusammenhänge zwischen der Westhälfte des Balkans und dem östlichen Mittelmeer erkennt, der wird begreifen, daß Frankreich und England gerade diejenige Politik Italiens für die wünschenswerteste halten mußten, die es auch wirklich eingeschlagen hat. Italien aber vollzog die Schwenkung um so eher, je mehr es einsehen mußte, daß es von seinen Verbündeten, besonders von Österreich-Ungarn, keine Hilfe im westlichen Mittelmeer, also gegen Frankreich, zu erwarten hatte. Dasselbe Gefühl der Ohnmacht, das Italien in den Dreibund trieb, als Frankreich das Protektorat über Tunis erlangte, trieb es auch wieder aus dem Dreibund hinaus, als dieser sich unfähig erwies, die Lage Italiens gerade auf diesem Gebiet zu bessern. Den Ausschlag für diese Entwicklung gab das Tripolis-Abkommen zwischen Visconti-Venosta und Hanoteaux. Frankreich ging mit diesem Abkommen bis zur Grenze dessen, was es Italien im Mittelländischen Meer zugestehen konnte und überließ ihm ein Gebiet, das die Geschlossenheit des westlichen Mittelmeerbeckens nicht zu stören vermag, weil es bereits zum östlichen Becken gehört, das aber dennoch durch seine Lage für Italien von Interesse sein konnte. Um so größer mußte nun für Italien die Versuchung sein, die Ausdehnung seiner Seegeltung im östlichen Mittelmeer systematisch zu betreiben. An Hinweisen nach dieser Richtung ließ es Frankreich nicht fehlen. Es begann eine Politik, die es seit der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Krieges mit größter Folgerichtigkeit getrieben hat, so folgerichtig, daß sogar ihre wichtigsten Funktionen während dieser ganzen eineinhalb Jahrzehnte in den Händen eines Mannes blieben, nämlich des französischen Botschafters in Rom, Barrère. Das Tripolis-Abkommen bildet nicht etwa einen ersten Anfang, sondern bereits einen ersten Höhepunkt dieser Politik, die bereits in der Mitte der neunziger Jahre ihren Anfang nimmt, schon 1897 zu dem österreichisch-italienischen Abkommen über Albanien und nachher, 1904, zu dem Übereinkommen zwischen dem Grafen Goluchowski und dem Minister Tittoni über Mazedonien und die gesamten Balkanfragen führt. Wir sehen, wie Österreich-Ungarn gerade unter Goluchowski als Minister des Äußern dem italienischen Druck Schritt für Schritt nachgibt und so selbst dazu beiträgt, daß zuerst Italien, dann das soge-

nannte Konzert der Großmächte seine ursprünglich dominierende Stellung auf dem Westbalkan erschüttern. Die österreichisch-ungarische Politik ist auf diesem Gebiet bedingt durch die Ohnmacht der Monarchie zur See. Diese Ohnmacht und der Mangel an Willen, eine Seemacht zu werden, lassen Österreich-Ungarn immer wieder die maritime Bedeutung des Westbalkans vernachlässigen. Die kleinbürgerliche Indolenz und Kurzsichtigkeit der Parlamente, die von Schiffsbauten, ja überhaupt von der Existenz von Seeinteressen nichts wissen will, wird nicht durch weiterblickende Regierungen bekämpft, sondern eher durch diese Regierungen gestärkt, die ihr ganzes Sinnen und Tun auf kontinentale Angelegenheiten beschränken und gewissermaßen einen Staatskörper konstruieren wollen, dem sie die Atmungsorgane und die Luft zum Atmen versagen. Aus dieser ohnmächtigen Politik entspringt jenes echt österreichisch-ungarische Schlagwort vom status quo, das sicherlich einen berechtigten Kern enthielt, wenn darunter das grundsätzliche Bestreben verstanden werden sollte, die Türkei nicht zertrümmern zu lassen, das aber in seiner mechanischen Auslegung zur plumpen Falle wurde, in die die Monarchie sich verwickelte. Österreich-Ungarn glaubte sich völlig gesichert, wenn es nach allen Seiten, mit Italien wie mit Rußland, Verträge schloß, die die Aufrechterhaltung des status quo zum Gegenstand hatten. Österreich-Ungarn, und mit ihm Deutschland, nahm diese Formel durchaus ernst und bezog sie auf den gesamten Besitz der Türkei. Italien aber benutzte sie nur dazu, um die Monarchie zu hemmen, während es gleichzeitig in der Kretafrage 1897 mit Frankreich und England gegen den status quo auftrat, während es durch das Tripolis-Abkommen sich die Eroberung einer türkischen Provinz offen hielt, und schließlich, 1911, diese Eroberung in einem Augenblick vollzog, als es dadurch mit vollem Bewußtsein den Bestand der Türkei auf das äußerste gefährdete und den Balkankrieg provozieren half.

Die österreichisch-ungarische status quo-Politik hat es fertig gebracht, mit der Zeit alle Gegner gegen sich zu vereinigen, mit denen sie einzeln sehr wohl fertig werden konnte. Zu der Zeit, als Italien das Gebiet seiner Erweiterung im westlichen Becken des Mittelmeers sah, konnte Österreich-Ungarn ihm ebensowenig Hilfe bringen, wie Deutschland. Damals hat die Monarchie einen Bundesgenossen verloren, der ihr unter anderen Umständen vielleicht später den Rücken gegen russische Übergriffe gedeckt hätte — was ja auch der Sinn des Dreibundes in dieser Hinsicht war. Nachher, als Italien trotz des Bundesverhältnisses sich unwiederruflich zum Gegner der

Monarchie entwickelt hatte, gab es wiederum eine Zeit, in der die Monarchie, von Rußland unbehindert, sich Italiens entledigen konnte. Das war die Zeit des Russisch-Japanischen Krieges. Statt dessen schloß Goluchowski gerade im Jahre 1904 das Balkanabkommen mit Tittoni. Als dann Ährenthal in Österreich-Ungarn ans Ruder kam und Jahrzehnte alte Versäumnisse nachholen wollte, die längst angebotene Annexion von Bosnien, den Bau der Sandschakbahn, da waren diese bisher sorgfältig geschonten Gegner zu einer furchtbaren Koalition zusammengeschweißt worden, deren Haupt niemand anderer war als König Eduard VII. von England.

Wenn Ährenthal durch die bloße Tatsache, daß er überhaupt aktive Politik zu treiben versuchte, den notwendigen Zielen der Monarchie bereits erheblich näher gekommen ist als seine Vorgänger, so war er doch weit entfernt davon, diese Ziele in voller Klarheit anzustreben. Aus seinen Taten wenigstens kann man nicht den Eindruck gewinnen, daß er die maritimen Interessen der Monarchie, die Wege zu ihrer Verfolgung und die Gegner einer solchen Entwicklung vollkommen erkannte und diese Erkenntnis zu einem politischen System ausgestaltete. Wir haben allerdings gesehen, daß der Bruch zwischen ihm und Iswolski hauptsächlich eine Folge des russischen Panslawismus war, und wir glauben auch nicht, daß diese notwendige Entwicklung durch eine geschicktere österreichisch-ungarische Politik dauernd aufgehalten worden wäre. Aber ebensowenig haben wir den Eindruck, daß Ährenthal alles aufgeboten hat, um gegen die üblen Folgeerscheinungen dieser russischen Entwicklung anzukämpfen. Noch weniger wahrscheinlich ist es, daß Ährenthal mit dem vollen Bewußtsein der maritimen Ziele Österreich-Ungarns den Sandschak Novibazar aufgegeben hätte, während er die Herrschaft der Monarchie in Bosnien und der Herzegowina befestigte. Ob Ährenthal — was nicht wahrscheinlich ist — durch ein Abkommen mit Italien zu dieser Abstinenz verpflichtet war oder nicht, diese Frage kann an dem Wesen der Sache nichts ändern, daß die Preisgabe des Sandschaks das endgültige Aufgeben jedes Strebens der Monarchie nach einer breiteren Basis für ihre Seegeltung bedeutete. Mit dem Sandschak war die Brücke sowohl nach Albanien wie nach Saloniki abgebrochen, und Österreich-Ungarn hatte sich im entscheidenden Moment stärker als zuvor auf den status quo gerade in jenem Teil der Türkei festgelegt, wo er am wenigsten zu erhalten war, und wo seine Durchbrechung nicht anders geschehen durfte, als zugunsten der Monarchie. Der Weg nach Saloniki und nach Al-

banien ließ sich bis dahin allerdings nur durch Gebietserwerbungen bahnen, und davor hat die Monarchie seit Jahrzehnten zurückgeschreckt. Aber man mußte sich sagen, daß es sich um Gebiete handelte, die früher oder später der Eroberungslust eines Gegners zum Opfer fallen konnten. Die klare Erkenntnis von den Zielen der Monarchie und von den Gegenströmungen, die sich ihrer Erreichung in den Weg stellten, hätte vielleicht dazu beigetragen, einen Zustand vorherzusehen, den unsere Gegner während des jetzigen Weltkrieges wenigstens vorübergehend erreicht haben: Saloniki in englischen, Valona in italienischen Händen. Dieser Zustand, so wenig er hoffentlich den Krieg überdauern wird, ist doch unendlich bezeichnend für die ganze Entwicklung der englisch-italienischen Politik gegenüber Österreich-Ungarn.

Es wäre also durchaus gerechtfertigt gewesen, wenn Österreich-Ungarn zu gelegener Zeit den Versuch gemacht hätte, sowohl Albanien wie auch einen nach Saloniki führenden Streifen von Mazedonien in seinen Besitz zu bringen. Es würde sich dabei aber keineswegs um eine Gebietserweiterung an sich gehandelt haben, sondern ausschließlich um die militärische und kommerzielle Sicherung der betreffenden Küstenteile und ihrer Zufahrtswege von der Monarchie. Für die inneren Verhältnisse der betreffenden Länder würde die Monarchie nur so weit Interesse gehabt haben, als es sich um ihre kulturelle Hebung, nicht aber um ihre Unterdrückung hätte handeln können. Die Monarchie würde in Mazedonien das geleistet haben, was die europäischen Mächte zur Zeit der internationalen Gendarmerie nicht fertig brachten, und sie würde in Albanien geordnete Zustände herbeigeführt haben, die die Rivalität Italiens bisher verhinderte. Wenn die betreffenden Völker den Willen und die Fähigkeit bewiesen, ihren inneren Aufbau selbst in die Hand zu nehmen, so konnte dies Österreich-Ungarn nur recht sein. Das letzte Ziel der österreichisch-ungarischen Bestrebungen konnte im Wesen nur darin bestehen, die betreffenden Teile der Balkanhalbinsel zum Anschluß an ein einheitliches Wirtschaftssystem zu bringen, in dessen Mittelpunkt die Monarchie selbst stand. Mit welchen Mitteln dies geschah, hing von den übrigen Umständen ab. Zur Eroberung mußte nur dann geschritten werden, wenn sonst andere politisch und wirtschaftlich rivalisierende Mächte der Monarchie zuvorzukommen drohten.

So lag das Problem des westlichen Balkans in der Zeit bis zum Balkankrieg. Daß die Monarchie es in seinem vollen Umfang erkannt hätte, läßt sich schwer behaupten. Immerhin muß zugegeben

werden, daß die Verwirklichung dieser Notwendigkeiten auch bei klarster Erkenntnis auf große Schwierigkeiten gestoßen wäre, und daß jeder Schritt nach dieser Richtung, auch im günstigsten Augenblick ausgeführt, die Gefahr kriegerischer Verwicklungen in größerem Maßstab in sich geschlossen haben würde. Vor solchen Verwicklungen hat die Monarchie mehr zurückgeschreckt, als sich mit der Wichtigkeit dieser Fragen für ihre künftige Existenz vertrug.

Sieht man die Dinge von diesem Standpunkt, so mußte der Ausbruch des Balkankrieges für die Verwirklichung einer zielbewußten Balkanpolitik der Monarchie durchaus nicht unbedingt schädlich sein. Die Monarchie hatte an sich keinen Grund, die vollständige Vereinigung der einzelnen Balkannationen zu selbständigen Staaten irgendwie zu fürchten. Denn die Selbständigkeit, die die Balkanvölker anstrebten und erreichen konnten, vertrug sich durchaus mit den Zielen der Wonarchie. Die Balkanstaaten mußten sich dessen bewußt werden, daß der Anschluß an ein größeres wirtschaftspolitisches System in ihrem eigensten Interesse lag; und sie mußten schließlich dasjenige System bevorzugen, von dem sie eine politische Unterdrückung nicht zu fürchten hatten. Daher kam es, daß innerhalb des von Rußland gegründeten Balkanbundes von vornherein die Möglichkeit eines engen Zusammengehens mit Österreich-Ungarn zumindest nicht als undenkbar betrachtet wurde. Der Hinweis auf die nachher veröffentlichten Verträge des Bundes mit ihrer gegen die Monarchie gerichteten Spitze ist kein vollgültiger Gegenbeweis gegen diese Behauptung. Verträge sind überall — und nicht zuletzt auf dem Balkan — ein in Kriegszeiten höchst unhaltbarer Faktor. Ich habe schon erwähnt, daß meines Wissens Serbien gerade vor dem Ausbruch des Balkankrieges unter Umständen einen Anschluß an die Monarchie nicht ungern vollzogen hätte. Ich möchte weiter daran erinnern, daß Serbien wochenlang gezögert hat, in den Sandschak einzurücken, und zwar, wie mir ebenfalls glaubwürdig versichert wurde, weil es die Ansprüche Österreich-Ungarns auf dieses Gebiet erwartete und zu respektieren gedachte. Es ist auch bemerkenswert, daß gerade jener Teil von Mazedonien, der die Fortsetzung des Sandschaks in der Richtung nach Saloniki bildet, bei der Verteilung des zu erobernden Gebiets vor dem Kriege als „strittige Zone" offen blieb. Allerdings sollte nach dem Vertrag der Zar über das Schicksal dieses Gebiets entscheiden. Aber man kann sich wohl denken, daß diese Klausel nicht berücksichtigt worden wäre, wenn der Balkanbund den Anschluß an die Monarchie gefunden hätte. Schließlich

ist es von großer Wichtigkeit, daß auch das Schicksal von Saloniki selbst in dem Bundesvertrag unerwähnt blieb. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß der Balkanbund, obwohl er von Rußland als eine Waffe gegen Österreich-Ungarn ins Leben gerufen worden war, auf die Interessen der Monarchie, und zwar nur auf diese, auffällig viel Rücksicht genommen hat. Auf Italien und seine angeblichen Interessen wurde eine solche Rücksicht nicht genommen. Vielmehr gedachten Montenegro, Serbien und Griechenland, Albanien unter sich aufzuteilen. Ein solcher Plan hatte gegen Österreich-Ungarn aber nur dann eine Spitze, wenn der Balkanbund der Monarchie feindlich blieb. Trat dagegen die oben angedeutete Wendung ein, so konnte die Monarchie, die über Saloniki einen neuen Weg in das Mittelländische Meer fand, die albanische Ostküste der Adria um so eher den Balkanstaaten anvertrauen, als diese infolge ihrer natürlichen Gegnerschaft gegen Italien, zumal aber durch eine enge politische und wirtschaftliche Verbindung mit der Monarchie einen wirksamen Schutz der österreichisch-ungarischen Adriainteressen gegen Italien bilden konnten.

Ob sich diese Möglichkeiten verwirklichen ließen, müssen wir dahingestellt sein lassen. Wir wissen nicht, ob die in dieser Richtung vorhandenen Strömungen in Serbien stark genug waren, um gegebenenfalls den entgegengesetzten russischen Einflüssen zu trotzen; wir wissen auch nicht, ob Österreich-Ungarn es riskieren konnte, einer russisch-italienischen Koalition entgegenzutreten, die unbedingt die Antwort auf eine solche Schwenkung der Wiener Politik gewesen wäre. Ferner wissen wir nicht, ob eine solche Politik die Billigung und Unterstützung Deutschlands erhalten hätte. Was wir aber mit Sicherheit annehmen können, ist die unbedingte Gegnerschaft Frankreichs und Englands, die einer solchen Politik der Monarchie sogleich erwachsen wäre. In dem Augenblick, wo Österreich-Ungarn sich auf die Seite des Balkanbundes stellte und dabei eigene Ansprüche auf der Balkanhalbinsel geltend machte, war es so gut wie sicher, daß sich der jetzige Ring unserer Feinde schon damals schloß, und daß der Weltkrieg um zwei Jahre früher ausbrach. Österreich-Ungarn würde dann das Odium auf sich geladen haben, ihn entfesselt zu haben.

Aber aus dieser Darstellung geht jedenfalls hervor, daß nicht die Balkanstaaten, auch Serbien nicht, das größte Hindernis gegen die notwendige Entfaltung der Monarchie auf der Balkanhalbinsel bildeten, sondern jene Mächte, die letzten Endes eine Vermehrung der Seegeltung Österreich-Ungarns nicht zulassen wollten. Die Tat-

sache, daß Österreich-Ungarn bei der Verwirklichung seiner Pläne im Jahre 1912 auf dieselbe Koalition gestoßen wäre, die sich 1914 tatsächlich gegen die Monarchie erhob, ist genügend kennzeichnend für die Probleme, die sich fortdauernd als ein roter Faden durch die Geschichte der Balkanpolitik bis zum Ausbruch des Weltkrieges gezogen haben und die nun im Weltkrieg selbst ihre Erledigung finden müssen.

Diese Probleme betreffen, wie bereits erkennbar wurde, die Machtstellung Österreich-Ungarns im östlichen Mittelmeerbecken. Dazu gehört in erster Linie die Sicherung der österreichisch-ungarischen Herrschaft im Adriatischen Meer mit Einschluß der gesicherten Ausfahrt in das Mittelmeer. Es ist aber auch notwendig, daß die Handelswege der Monarchie nach dem Osten, die bisher durch die Convention à quatre geschützt wurden, nunmehr mit Berücksichtigung der geänderten Balkanverhältnisse eine neue Sicherung erhalten. Diese Sicherung, die sich insbesondere — wie schon bisher — auf den Weg nach Saloniki beziehen wird, kann nur durch die Herstellung eines engen politischen Verhältnisses zu den in Betracht kommenden Balkanstaaten erreicht werden. Ein Bündnis mit diesen Staaten ist eine der ersten Voraussetzungen dafür, daß die Monarchie die für sie notwendige Stellung im östlichen Mittelmeer erlange.

Soweit Bulgarien dafür in Frage kommt, darf man dieses Bündnis als gesichert betrachten. Anders steht es mit Griechenland, das, als der Besitzer von Saloniki, für Österreich-Ungarn die allergrößte Wichtigkeit hat. Die Rivalität zwischen Griechenland und Italien im östlichen Mittelmeer müßte das erstere schon von vornherein zu einem natürlichen Bundesgenossen Österreich-Ungarn machen. Die Gegnerschaft zwischen Griechenland und Italien ist um so größer und dauerhafter, als Italien den Griechen zwar manches zu nehmen, aber nichts zu bieten hat. Südalbanien, der Epirus und die zwölf Inseln sind konkrete Streitpunkte zwischen beiden. Für das Wirtschaftsleben Griechenlands aber kann Italien mit seiner eigenen wirschaftlichen Unselbständigkeit niemals viel bedeuten. Es könnte Griechenland auch niemals einen wirksamen Schutz gegen die Tyrannei Englands bieten, die sich im jetzigen Kriege auf das furchtbarste geoffenbart hat. Griechenland braucht also Schutz gegen England, Schutz gegen Italien und enge Wirtschaftsbeziehungen zum Kontinent. Können wir ihm diese Notwendigkeiten erfüllen, so wird ein Bündnis mit Österreich-Ungarn das selbstverständliche Resultat einer vorhandenen Interessengemeinschaft sein. Den Schutz

gegen Italien und die Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen können wir Griechenland heute schon versprechen. Eine Lösung der albanischen Frage im Sinne Griechenlands liegt auch im Interesse Österreich-Ungarns. Für die Monarchie ist es durchaus vorteilhaft, Valona in den Händen Griechenlands zu wissen, zumal wenn Österreich-Ungarn selbst dafür sorgt, daß dieser Besitz den Griechen nicht entrissen werden kann.

Dafür allerdings bedarf es einer Voraussetzung, die in noch viel erhöhtem Maß für den künftigen Schutz Griechenlands gegen die englische Willkür gilt: Österreich-Ungarn muß eine achtunggebietende Seemacht im östlichen Mittelmeer werden. Mit anderen Worten, die Monarchie muß mit militärischen Machtmitteln ihre Interessen im Mittelmeer vertreten können; dann wird sie auch imstande sein, den Interessen ihrer natürlichen Verbündeten gerecht zu werden. Österreich-Ungarn muß also Schiffe bauen. Es muß die engherzige Betrachtung maritimer Dinge von sich werfen und erkennen, daß es von seinem Handel nach dem Osten künftig leben wird, daß die Verstärkung und Sicherung dieses Handels die einzige mögliche Grundlage für seinen industriellen Aufschwung, für den Wohlstand seines Volkes, kurz, für seine Umwandlung in ein modernes, produktives Gemeinwesen ist. Ich zweifle nicht daran, daß Griechenland in dem Augenblick, wo Österreich-Ungarn kraftvoll diesen neuen Weg einschlägt, sein weltpolitisches Schicksal mit tausend Freuden an das der Monarchie knüpfen wird. Damit aber werden alle notwendigen Wechselwirkungen erzielt. Haben wir erst die gemeinsamen defensiven Interessen der Monarchie und Griechenlands im östlichen Mittelmeer erkannt, dann wird auch Griechenland seinerseits alles tun, um diese Interessen zu wahren. Das Bündnis mit Griechenland muß so eng werden, daß wir mit Sicherheit während eines künftigen Krieges seine Häfen, und zwar gerade Saloniki, als Stützpunkt der inzwischen verstärkten österreichisch-ungarischen Flotte betrachten können. Mit derselben Sicherheit müssen wir künftig die beiden Linien nach Saloniki als strategische Bahnen ansehen können. Erst dann sind wir imstande, uns selbst und die Balkanhalbinsel vor allen künftigen Angriffen wirksam zu schützen und unsere gemeinsamen Interessen friedlich und kriegerisch gegen jedermann zu vertreten. Damit aber erschöpft sich das gesamte Interesse der Monarchie an den zuletzt besprochenen Gebieten. Sie hat, wie die Dinge heute liegen, nicht das geringste Interesse daran, irgendwelche größeren Eroberungen auf dem Balkan zu machen. Die wirkliche Selbständig-

keit und Unabhängigkeit der Balkanstaaten, die sie befähigt, eine reine Interessenpolitik zu treiben, ist alles, was Österreich-Ungarn heute nur wünschen kann. Denn eine reine Interessenpolitik führt die Balkanstaaten mit unwiderstehlicher Notwendigkeit dem Bündnis mit der Monarchie zu. Neben der Selbständigkeit ist die zweite Bedingung die Einigkeit der Balkanstaaten. Jeder Zwist bringt einen Teil von ihnen in Versuchung, sich einer anderen Konstellation von Großmächten anzuschließen. Das widerspricht den Interessen Österreich-Ungarns, aber auch denen der Balkanstaaten selbst. Diejenigen von ihnen, die ihr Heil bisher bei unseren Gegnern suchten, haben noch immer Schaden davon gehabt. Die Ereignisse dieses Krieges haben das aufs neue gezeigt. Denn kein Balkanstaat wird durch ein greifbares gemeinsames Interesse mit England oder mit Rußland verbunden. Der ganze Balkan aber hängt nicht nur physisch, sondern auch wirtschaftlich am europäischen Festlande. Er hat eine große Zukunft vor sich, wenn er diejenige Entwicklung nimmt, die seine geographische Lage ihm vorschreibt und zur Brücke zwischen Europa und Vorderasien in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung wird. Österreich-Ungarn, dessen Aufschwung ebenfalls von dieser Entwicklung abhängt, hat deshalb das größte Interesse daran, die noch schwebenden Streitigkeiten zwischen den Balkanstaaten auszugleichen. Diese Konflikte betreffen in erster Linie die nationale Abgrenzung, und Österreich-Ungarn wird im Sinne seiner historischen Aufgabe handeln, wenn es eine selbstlose und möglichst gerechte Lösung dieser Konflikte herbeiführen hilft. Die Monarchie wird es hoffentlich sein, die eines Tages einen neuen Balkanbund ins Leben ruft, der nicht mehr, wie jenes Geschöpf der russisch-englischen Eroberungspolitik, eine unfruchtbare, bunt zusammengewürfelte Kampfgemeinschaft sein wird, ein Herd nationaler Fehden, kein Bündnis, in dem Volksteile willkürlich verschachert werden, sondern ein über den geeinigten Nationen stehender Organismus, der durch den Zusammenschluß die Kräfte seiner Mitglieder vervielfältigt. Dieser Bund und sein freier Anschluß an die beiden Mittelmächte wird also wiederum eine Verwirklichung jenes Ideals der organisierten Gemeinschaft werden, das wir früher aufgestellt haben.

Damit ist das Programm der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns umrissen, so weit sie dazu bestimmt ist, das Interesse der Monarchie im östlichen Mittelmeerbecken zu wahren. Was in diesem Abschnitt gesagt wurde, ist immer und ausschließlich von dem Gesichtspunkt dieses Zweckes aus zu betrachten. Das Ziel dieser Politik

ist nicht mit einem Schlage zu erreichen; aber es muß fest ins Auge gefaßt werden und muß bei der weiteren Entwicklung dauernd vorschweben. Wollen wir es rückhaltlos bei seinem wirklichen Namen nennen, so heißt es: Vorherrschaft im östlichen Mittelmeerbecken. Diese Vorherrschaft soll aber keineswegs den friedlichen Wettbewerb anderer Nationen unterbinden; sie soll vielmehr erst der Monarchie den wirksamen Eintritt in diesen Wettbewerb ermöglichen und ihr die politischen Mittel an die Hand geben, in der Verteidigung der vorderasiatischen Interessen von Mitteleuropa (den Balkan einbegriffen) ein Mandat auszuüben, das ihr nach ihrer Größe, geographischen Lage und historischen Entwicklung unbedingt zukommt. Die Rücksicht auf dieses Ziel wird auch die Haltung Österreich-Ungarns gegen die anderen an den Mittelmeerfragen unmittelbar interessierten Mächte bestimmen. In dieser Hinsicht kommt zunächst Italien in Betracht. Wir haben gesehen, wie der Konflikt zwischen diesen beiden Mächten während der Bündniszeit aus dem Vordringen der Italiener in das östliche Mittelmeerbecken entstanden ist. Dieses Vordringen und der Kampf um das Adriatische Meer sind die wirklichen Streitpunkte zwischen der Monarchie und Italien. Bei dem heutigen Stande der Entwicklung messe ich der Irredenta nur eine höchst sekundäre, der Papstfrage überhaupt keine Bedeutung bei. Die große Politik kann sich auf die Dauer nur um Lebensfragen drehen. Für Italien aber ist es keine Lebensfrage, die „unerlösten Brüder" von der österreichischen Herrschaft zu befreien und damit wirtschaftlich zu ruinieren. Das gilt für das Trento genau so, wie für Triest, und es verlohnt sich wirklich nicht, in einer ernsthaften Untersuchung auf derlei Fragen näher einzugehen. Die Verhandlungen vom Herbst 1914 bis zum Mai 1915, die der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn vorangegangen sind, haben mit genügender Deutlichkeit gezeigt, daß Italien auch durch die Abtretung des Trento nicht zu gewinnen war. Italien war höchstens für solche Konzessionen zu haben, die die Seegeltung Österreich-Ungarns vernichtet haben würden. Zwischen Italien und Österreich-Ungarn wird deshalb die Spannung so lange bestehen bleiben, wie Italien bei seinen bisherigen Zielen der maritimen Entwicklung verharrt. Ein wirklicher und dauernder Friedensschluß ist nur möglich, wenn Italien jeden Anspruch auf die Beherrschung des Adriatischen Meeres aufgibt, und wenn es sich von seinen Expansionsversuchen im östlichen Mittelmeerbecken völlig lossagt. Damit wollen wir Italien keineswegs seine natürlichen Entwicklungsmöglichkeiten abschneiden. Denn

diese liegen nicht im östlichen, sondern im westlichen Becken des Mittelmeeres. Wir berufen uns nochmals darauf, daß Italien seine Bestrebungen nicht nur ursprünglich in dieses Gebiet gelenkt hat, sondern, daß es diese Bestrebungen nur deshalb aufgab, weil es allein nicht die Macht besaß, sie zu verwirklichen, und weil niemand da war, der ihm dazu helfen konnte. Wird Österreich-Ungarn zu einer starken Mittelmeermacht, dann liegen die Dinge anders als jemals zuvor. Denn dann ist es in der Lage, den italienischen Bestrebungen im westlichen Mittelmeer einen Nachdruck zu verleihen, der zum Erfolg führt. Ob diese Wendung jemals eintreten wird, bleibe dahingestellt. Keinesfalls aber kann sie früher eintreten, als bis Österreich-Ungarn die von uns geforderte Machtstellung zur See erlangt hat. Verstärkte Seerüstungen der Monarchie sind also durchaus nicht geeignet, sie mit Italien zu entzweien, sondern eher zu vereinigen. Italien selbst könnte sich nach seinen jetzigen Erfahrungen sagen, daß seine bisherige Politik, mochte sie auch durch die geringe Seegeltung Österreich-Ungarns leider nur zu verständlich sein, keinesfalls das italienische Interesse dauernd fördern konnte. Diese Politik Italiens hat einen großen Teil der Schuld daran getragen, daß das Mittelländische Meer zum Tummelplatz fremder, geographisch fernab liegender Mächte geworden ist, und daß diese fremden Mächte zur Sicherung und Erweiterung ihrer Eroberungen das Mittelmeer denjenigen Nationen verschlossen haben, die seine Küsten bewohnen und auf den Schiffsverkehr auf seinen Wogen angewiesen sind. Ich sagte schon oben, daß die Forderung nach der österreichisch-ungarischen Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer keine Drohung gegen den friedlichen Wettbewerb bedeuten solle. Ich möchte jetzt noch hinzufügen, daß die Erwerbung dieser Vorherrschaft durch die Monarchie nichts anderes ist als ein notwendiges Durchgangsstadium zu einer höheren historischen Entwicklungsstufe. Das eigentliche Ziel, zu dem diese Entwicklung hinführen soll, muß heißen: das Mittelmeer den Mittelmeervölkern. Dieses Ziel kann die Monarchie nur Hand in Hand mit Italien völlig erreichen; und Italiens eigenstes Interesse fordert es auf, daran mitzuarbeiten. Italien müßte es vorziehen, mit einer zweiten Seemacht zusammen, der es jederzeit die Wage halten kann, das gesamte Mittelmeerbecken zu beherrschen, anstatt den einzigen möglichen Bundesgenossen niederzuringen und dann die eigenen Gewässer der englisch-französischen Willkür preiszugeben. Sieht Italien die Notwendigkeit einer solchen Politik nicht ein, dann wird Österreich-Ungarn auch weiter gegen den Willen des früheren

Bundesgenossen seine Pläne im östlichen Mittelmeer verfolgen müssen, und Italien wird hüben und drüben, im Westen wie im Osten verdrängt werden.

Der größte Gegner der Monarchie in der Verfolgung ihrer Seeinteressen und damit ihrer wichtigsten Lebensinteressen ist aber England. Das ist durchaus natürlich und begreiflich. Denn es gibt kaum eine größere Gefährdung der britischen Weltstellung, als das Emporkommen einer bedeutenden Seemacht im östlichen Mittelmeer. Aber diese Tatsache sollte in Österreich-Ungarn nicht abschreckend, sondern anfeuernd wirken. Sie zeigt, daß die Monarchie dazu berufen und im eigenen Interesse dazu verpflichtet ist, an der Erfüllung einer der größten weltpolitischen Aufgaben hervorragend teilzunehmen. Die Verwirklichung unserer Pläne ist tatsächlich eine Bedrohung Englands und soll es auch sein. Es ist ein unsinniger Zustand, daß dieses Inselvolk dauernd die Geschicke der entlegensten Gebiete in allen Weltteilen bestimmen und die Entwicklung anderer Völker hemmen darf, um dieser seiner Vormachtstellung nicht verlustig zu gehen. Österreich-Ungarn hat bisher die englische Erdrosselung relativ wenig zu fühlen bekommen, weil seine ganze, und besonders seine wirtschaftliche Entwicklung jahrzehntelang stillgestanden hat. Tritt aber die Monarchie erst aus dieser Stagnation heraus, versucht sie, den einzigen offenen Weg für ihre wirtschaftliche Ausdehnung zu beschreiten, so wird sie sofort auf das englische Veto stoßen. Sie wird dasselbe England auf ihrem Wege wiederfinden, das den Bau der Sandschakbahn verboten, der Annexion von Bosnien sich widersetzt, das durch sein famoses Balkankomitee alle Verschwörungen gegen die Monarchie begünstigt, das Italien gegen den Verbündeten aufgehetzt und von ihm abtrünnig gemacht hat, dasselbe England, das die Monarchie als Sturmbock gegen Rußland mißbraucht hat, und das schließlich zum Bundesgenossen der serbischen Fürstenmörder geworden ist, obwohl es durchaus in der Lage war, den Weltkrieg zu verhindern. Daß Österreich-Ungarn sein wahres Verhältnis zu England nicht längst erkannt, daß es das Märchen von der englischen Freundschaft nicht lange schon durchschaut und zerstört hat, liegt wiederum an seiner stagnierenden Entwicklung und an der Verkennung und Mißachtung seiner Seeinteressen. Aber ebenso unaufhaltsam, wie der Aufschwung der Monarchie nach dem Weltkriege beginnen wird, wie dann seine Seeinteressen wachsen und ihre wirksame Verteidigung unbedingt erfordern werden — ebenso unaufhaltsam und mit historischer Notwendigkeit nähert sich der Augenblick,

wo Österreich-Ungarn mit England im östlichen Mittelmeerbecken zusammenstoßen muß. Wäre die Monarchie in ihrer maritimen Entwicklung nicht so völlig zurückgeblieben, dann würde dieser Zusammenstoß einen wesentlichen Teil des jetzigen Weltkrieges gebildet haben und für seinen Ausgang vielleicht entscheidend geworden sein. So aber muß Österreich-Ungarn mit ansehen, daß das Meer, das im Frieden von seinen Handelsschiffen befahren wird, das in künftigen Zeiten die Brücke zu neuem Wohlstand und neuem Aufschwung der Monarchie bilden soll — daß dieses Meer heute von der Flagge Englands beherrscht wird. Die Monarchie muß mit ansehen, daß der Balkan noch immer vor der englischen Seegewalt zittert, daß Griechenland sich ihr knirschend unterwirft, und daß Saloniki, einst das Ziel der kühnsten österreichisch-ungarischen Pläne, die Pforte der Monarchie nach dem Osten, heute von Engländern besetzt gehalten wird. Wenn Österreich-Ungarn die Wiederholung solcher Ereignisse und das Fortdauern dieses ohnmächtigen Zustandes so unerträglich empfindet, wie sie wirklich sind, dann muß es Waffen gegen England schmieden. Der nächste Feind der Monarchie war Rußland; ihr gefährlichster Feind aber ist England.

Der Schauplatz dieser Gegnerschaft ist das östliche Mittelmeerbecken, und der notwendige Schutz der Monarchie muß in einer starken Seerüstung bestehen. Österreich-Ungarn ist imstande, sich eine Flotte zu schaffen, die stark genug ist, um im Mittelmeer jeden Kampf aufzunehmen. Wäre sie nur groß genug, sie wäre sicher auch gut genug. Denn was österreichisch-ungarische Seeleute zu leisten vermögen, das zeigt wiederum der Weltkrieg. Was hier gefordert wird, das ist der Angriff einer jener Aufgaben, denen sich Österreich-Ungarn aus falscher Bescheidenheit und aus Unkenntnis der eigenen Kräfte nicht gewachsen fühlte. Wir wollen aber nicht verschweigen, daß es für diesen künftigen Kampf gegen England im östlichen Mittelmeer einen möglichen Bundesgenossen gibt, und zwar Rußland. Wenn wir unseren Satz: Das Mittelmeer den Mittelmeervölkern auf die zum Mittelmeer gehörigen Binnengewässer ausdehnen — was durchaus im Wesen der Sache liegt —, dann ist auch Rußland ein Mittelmeerstaat. Wir haben bereits oben vorausgeschickt, daß wir die Öffnung der Meerengen nicht für gefährlich halten. Das können wir in dem gegenwärtigen Zusammenhang nur wiederholen. Wir hoffen, durch den jetzigen Krieg auf dem Balkan eine so feste Stellung gewonnen zu haben, daß von dieser Seite eine russische Gefahr nicht zu fürchten ist. Damit aber

erledigt sich jedes Bedenken gegen die Öffnung der Meerengen. Ein Rußland, das nicht mehr daran denken kann, die Balkanhalbinsel zu erobern, wird seine freigewordene Schwarzmeerflotte kaum dazu benutzen, um völlig isolierte Besitzungen im Mittelländischen Meer zu erwerben. Wohl aber braucht es diese Flotte, um seine gegen England gerichteten, heute schlummernden Pläne in Vorderasien wirksam zu fördern. Will Rußland dies tun, so hat es von uns — eine vernünftige deutsch-österreichische Politik vorausgesetzt — kein Hindernis zu erwarten. Gegen unseren türkischen Bundesgenossen können sich die russischen Schiffsgeschütze nicht mehr richten; denn sonst würde die freundlich geöffnete Pforte von selbst wieder zufallen. Vielmehr setzt die Öffnung der Meerengen eine Verständigung zwischen Rußland und den Zentralmächten über Vorderasien voraus, deren Umrisse wir an anderer Stelle bereits angedeutet haben. Eine solche Verständigung aber würde das Ende der englischen Herrschaft im östlichen Mittelmeer, in Ägypten und am Suezkanal in greifbare Nähe rücken. Dieser Entwicklung aber müssen wir zustreben, wenn wir vor den Toren des eigenen Hauses Herr sein wollen. Zu den fernen Zielen jener österreichisch-ungarischen Politik, die wir in dem Schlagwort: das Mittelmeer den Mittelmeervölkern zusammenfaßten, gehört mit eiserner Notwendigkeit die Durchbrechung der Seesperren bei Suez und nicht minder auch bei Gibraltar, mit denen England heute die Mittelmeervölker gefangen hält und nach Gutdünken vom Weltverkehr auszuschließen vermag.

In einer kleinen Schrift „Das europäische Problem" habe ich versucht, als Endziel der europäischen Politik den Zusammenschluß der Festlandsstaaten zur Durchführung einer gemeinsamen, von England unabhängigen Wirtschaftspolitik darzustellen. Ich habe darin auch den Zusammenschluß Frankreichs mit den übrigen Kontinentalstaaten als wünschenswert hingestellt. Auf die Einzelheiten dieses Gedankenganges soll hier nicht nochmals eingegangen werden. Der Weg bis zu seiner Verwirklichung ist weit, und ob Europa ihn jemals zu Ende gehen wird, ist ungewiß. Aber wer von seiner Richtigkeit überzeugt ist, der müßte so viel wie möglich zu seiner Verwirklichung beitragen. Hier soll nun darauf hingewiesen werden, daß Österreich-Ungarn dazu berufen ist, auch bei der Durchführung dieses großen Planes eine wichtige Rolle zu spielen. Man muß sich sagen, daß solche Pläne nicht durch freundliche Überredung ausgeführt werden, auch nicht durch interparlamentarische Zusammen-

künfte und Kongresse, sondern daß alle diese Verständigungsversuche ihren Wert erst erhalten, wenn die nötigen Voraussetzungen der Machtverteilung gegeben sind. Vielleicht würde auch Frankreich und ebenso Spanien an der Durchführung des mitteleuropäischen Gedankens praktisches Interesse haben, wenn diese Staaten zu der Überzeugung gelangten, daß sie in dem Bunde die Sicherung ihrer Interessen nach allen Richtungen auch wirklich fänden. Frankreich sowohl wie Spanien müssen bei einer politischen Neuorientierung, also auch auf den Schutz ihrer Mittelmeerinteressen innerhalb der neuen Konstellation rechnen können. Daraus aber ergibt ich, daß zu den politischen Voraussetzungen einer solchen neuen Konstellation wiederum die Verwirklichung unseres Schlagwortes: das Mittelmeer den Mittelmeervölkern gehört. Daraus geht ohne weiteres die Wichtigkeit der Aufgabe Österreich-Ungarns hervor, sich eine starke Stellung im Mittelländischen Meer, und zwar in seinem östlichen Becken, zu erringen. Ein starkes Österreich-Ungarn wird zur Erreichung größerer Ziele mit der Zeit sicher diejenigen Helfer finden, die der Monarchie in den Tagen ihrer Schwäche versagt geblieben sind. Für sich selbst wird Österreich-Ungarn durch diesen erneuten Eintritt in die europäische Politik, aus der es bereits so gut wie ausgeschieden war, die größten Vorteile erzielen. Das Mittelländische Meer ist ein Schlüssel zu Europa. Durch die Schwäche der Ufervölker konnte er ihnen von einem Fremden entwunden werden. Gelingt es ihnen von neuem, sich dieses Schlüssels zu bemächtigen, so werden sie die Macht und die Freiheit gewinnen, die ihnen bisher versagt geblieben ist. Das Mittelländische Meer wird aufhören, ein dunkler Winkel der europäischen Politik zu sein, es wird vielmehr ein wichtiger Ausgangshafen zur Weltpolitik und Weltwirtschaft werden und wird seinen Uferbewohnern ermöglichen, sich auch dort ihren Platz zu sichern, ehe es zu spät ist.

IV. Österreich-Ungarn und Deutschland.

A. Gemeinsame Abwehr gegen England.

Wir haben unsere Betrachtungen über die Auslandspolitik Österreich-Ungarns mit der Feststellung begonnen, daß sie von zwei festen Punkten auszugehen hat, von den Interessen der Monarchie auf dem Balkan und von ihrem Verhältnis zu Deutschland. Die Verfolgung der österreichisch-ungarischen Balkaninteressen nach ihrer eigentlichen Bedeutung vermochte uns klare Richtlinien für eine Stellungnahme der Monarchie innerhalb Europas zu weisen. Wir kamen zu Auseinandersetzungen mit den übrigen europäischen Mächten, um so mehr, als sie alle ebenfalls unmittelbare Interessen an der Mittelmeerpolitik besitzen oder sich geschaffen haben. Nur Deutschland blieb bisher unerwähnt. Unsere Ausführungen konnten sogar den Anschein erwecken, als ob wir Deutschland durch unser Schlagwort: das Mittelmeer den Mittelmeervölkern aus diesem Interessenkreise der europäischen Politik bewußt ausschalten wollten. Aber das Gegenteil davon ist unsere Absicht. Wenn wir von einer aktiven Vertretung der deutschen Interessen im Mittelmeer bisher nicht sprachen, so sind wir dabei nicht von unseren Wünschen und Zielen ausgegangen, sondern von den Tatsachen, wie sie vor dem Kriege gelegen haben. Deutschland hat zwar durch sein Gewicht häufig in die diplomatische Diskussion von Fragen eingegriffen, die mittelbar oder unmittelbar in das Gebiet der Mittelmeerpolitik gehören. Es hat aber niemals bei der Gruppierung der wirklichen Machtverhältnisse die unmittelbar auf die Gestaltung der Mittelmeerfragen einwirkten, eine aktive Rolle gespielt. Zu der Zeit, als die Grundlagen für die heutigen Machtverhältnisse im Mittelmeer geschaffen wurden, brachte die deutsche Politik diesen Fragen ein verhältnismäßig geringes Interesse entgegen. Deutschland hat zugesehen, wie Ägypten englisch, Tunis französisch wurde. Es hat in früheren Zeiten Albanien italienisch werden lassen wollen und erst später dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zuliebe seinen Standpunkt in dieser Frage geändert. Es hat ferner die passive

Balkanpolitik Österreich-Ungarns nicht nur gutgeheißen, sondern alles getan, um es bei dieser Politik verharren zu lassen. Erst mit der Erlangung der Konzession zum Bau der Bagdadbahn schuf sich Deutschland in einem mit dem Mittelmeer in Zusammenhang stehenden Gebiet eine Interessensphäre, die ihrer Wichtigkeit nach über die Aufrechterhaltung allgemeiner Handelsbeziehungen hinaus geht. Aber auch dieses Interesse fand keine andere politische Deckung als durch die Pflege guter Beziehungen zur Türkei. Deutschland besaß keinerlei Machtmittel, um unmittelbar in die Verhältnisse des Mittelmeers und des nahen Orients einzugreifen, wenn es auch mittelbar selbstverständlich Mittel genug besaß, um seinen Wünschen Nachdruck zu verleihen. Der erste Fall, wo Deutschland wenigstens von gegnerischer Seite nachgesagt wurde, daß es zu seinen eigenen Gunsten in die Machtverhältnisse des Mittelmeers eingreifen wolle, war die Marokkokrisis von 1911. Das Erscheinen eines deutschen Kriegsschiffes vor Agadir machte auf die Entente den Eindruck, als ob Deutschland sich eines Teiles von Marokko bemächtigen wollte. Aber Deutschland hat diese Absicht entweder überhaupt nie besessen, oder es ist schnell davon abgekommen. Die Durchführung dieser Absicht würde den Krieg gegen Frankreich und England vermutlich zur Folge gehabt haben, und der bloße Verdacht genügte, um die beginnende Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu zerstören und eine neue Kluft zwischen diesen beiden Mächten zu schaffen. Als zweiten Versuch Deutschlands, in die Machtverhältnisse des Mittelmeers unmittelbar einzugreifen, hat man in Rußland die Entsendung des Marschalls Liman von Sanders nach Konstantinopel aufgefaßt. Auch diese Vermutung ist weit über das Ziel hinausgeschossen. Deutschland hat bisher eine ernste Absicht, sich im Mittelmeer festzusetzen, nicht bewiesen. Aber jene Vorfälle haben gezeigt, daß ein solcher Versuch jederzeit dem erbittertsten Widerstande der Entente begnet wäre.

Vom österreichisch-ungarischen Standpunkt würde das Gelingen eines solchen Versuches nur auf das wärmste zu begrüßen gewesen sein, da er mittelbar auch die Stellung der Monarchie im Mittelmeer verstärkt hätte. Ein solcher Schritt Deutschlands würde auch zur Folge gehabt haben, daß man sich in Deutschland eingehender, als es bisher der Fall war, mit den Mittelmeerfragen befaßt hätte. In Wirklichkeit ist das Interesse für die Fragen des Mittelländischen Meeres in Deutschland erst während des Weltkrieges eigentlich erwacht, und auch da noch nicht in einem Grade, der der Wichtigkeit dieser Fragen entspricht. Schon die indirekten Interessen Deutsch-

lands an der Entwicklung der Verhältnisse im Bereich des Mittelmeers sind sehr groß. Deutschland hat eines dieser Interessen erkannt, nämlich die Erhaltung der Türkei. Dagegen hat es ein zweites Interesse unterschätzt, nämlich dasjenige, welches sich aus dem Bündnis mit Österreich-Ungarn ergibt. Wir würden wünschen, daß die bisherigen Ausführungen einiges dazu beitragen, auch in Deutschland die Erkenntnis zu verbreiten, wie groß die Bedeutung der Mittelmeerpolitik für den Fortbestand und die Entwicklung der Monarchie ist. Es würde an sich genügen, festzustellen, daß es sich hier um Lebensnotwendigkeiten eines Staates handelt, für dessen Existenz Deutschland bereit gewesen ist, mit den Waffen einzutreten. Diese bloße Feststellung müßte genügen, um Deutschland auf das lebhafteste für die Mittelmeerfragen zu interessieren. Aber die Machtverhältnisse in jenem Meer stehen mit den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands auch in höchst unmittelbaren Beziehungen. Das Mittelmeer spielt, wie wir bereits gesehen haben, in dem Aufbau der englischen Weltmacht eine sehr wichtige Rolle. In dem Maß, wie Deutschland seine eigene Existenz durch England bedroht sieht, muß es sein Augenmerk auch auf die englische Mittelmeerstellung richten, die nicht nur das stärkste britische Bollwerk, sondern auch der gefährlichste Angriffspunkt gegen die britische Weltmacht ist. England hält das europäische Festland von zwei Seiten unter Verschluß: bei Dover und am Suezkanal. Die dritte Sperre, die hauptsächlich für die Mittelmeerländer in Betracht kommt, ist Gibraltar. Die Wirkung dieser Sperren hat sich während des europäischen Krieges gezeigt. Die Zentralmächte sind ihr zwar nicht erlegen, aber sie konnten ihr nur durch einen Aufwand von Kraft und Entsagung Widerstand leisten, dessen Wiederholung ebenso unerwünscht wie gefährlich wäre. Wenn England aus dem jetzigen Kriege auch nicht siegreich hervorgeht, so hat es doch die furchtbare Wirksamkeit seiner Kampfmittel bewiesen und weiß genau, daß es Deutschland damit jederzeit auf das schwerste bedrohen kann, anderseits aber immer wieder die Kraft zur Anwerbung neuer Bundesgenossen zur Bildung neuer, auf Raub gerichteter Koalitionen besitzt, mögen sich diese nun gegen Deutschland oder gegen irgendein anderes Opfer richten. England spielt durch seine weltumspannende Gewalt eine Rolle, die mit der keines anderen Staates vergleichbar ist. Es hat über die ganze Welt, zumindest aber über ganz Europa, eine diktatorische Gewalt und zwingt jeden unbequemen Staat, entweder sich dem englischen Willen zu unterwerfen, oder einen Kampf anzunehmen, bei

dem nicht die Waffen entscheiden, sondern der Hunger; der weniger von Soldaten geführt wird, als er vielmehr von Frauen und Kindern ertragen werden muß.

Das Kriegsziel, das sich England in seinem Kampf gegen Deutschland gesteckt hat, ist so beschaffen, daß eine Verständigung eigentlich nur um den Preis der Selbständigkeit Deutschlands zu haben ist. Englands Ziel ist es, Deutschland vom Weltmarkt zu verdrängen, und zwar, da dies im Wege des friedlichen Wettbewerbes unmöglich geworden ist, auf dem Wege der Gewalt. Die englische Handelspolitik kann heute nicht mehr freihändlerisch sein; denn England fühlt, daß es auf diesem Wege nicht mehr vorwärts, sondern nur rückwärts gehen kann. Wir haben bereits in einem früheren Teil dieser Arbeit auseinandergesetzt, daß das System des Freihandels in dem Augenblick sein Ende finden muß, wo mehrere sehr starke Industriestaaten auf den Kampfplatz treten. Von diesem Augenblick an wird jeder von ihnen trachten, für seine Industrie ein möglichst großes und gesichertes Absatzgebiet zu finden, und er wird dies tun, indem er weniger entwickelte Länder in eine wirtschaftliche Abhängigkeit bringt oder doch mit anderen Ländern in ein geregeltes Austauschverhältnis von Rohproduktion und industrieller Erzeugung tritt. Das erste Ziel eines solchen Zusammenschlusses ist, wie schon gesagt wurde, die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die Autarkie, und auf Grund dieser Autarkie kann erst der neue Wirtschaftsbund von neuem die Konkurrenz mit anderen aufnehmen. England hat zum Unterschied von Deutschland die Stufe der Autarkie bereits erreicht. Solange es in enger Verbindung mit seinen überseeischen Gebieten bleibt, kann es in seiner Existenz nicht unmittelbar bedroht werden, sondern nur in seinem Reichtum. Würde aber Deutschland durch den Zusammenschluß mit anderen Gebieten ebenfalls die wirtschaftliche Autarkie erlangen, so wäre es England durch seine höher entwickelte Produktion vermutlich auf der ganzen Linie überlegen. Englands Bestreben ist es deshalb, Deutschland an der Sicherung seiner Rohstoffquellen und seiner Absatzgebiete zu verhindern und ihm davon nur so viel zu geben, als sich mit dem britischen Interesse verträgt. Wenn Deutschland sich in diese Abhängigkeit begäbe — die auch die Form eines freundlichen Einverständnisses, ja eines Bündnisses haben kann —, so würde England sich zwar hüten, die Existenz Deutschlands ernstlich in Frage zu stellen, aber es würde der deutschen Entwicklung an einem Punkt Halt gebieten, der lange nicht ihren Höhepunkt darstellt, und es würde von Deutschland fordern,

daß es als Entgelt für die geschenkte Existenz die englischen Weltmachtpläne mit seinem eigenen Blute fördert. England weiß genau, daß seine Gewalt einer Ergänzung durch eine starke Landmacht bedarf. Es weiß auch, daß Rußland diese Rolle nur vorübergehend auf sich genommen hat. Nun handelt es sich ihm darum, in Deutschland den Nachfolger zu finden. Wenn also Deutschland um des lieben Friedens willen die Vormachtstellung Englands anerkennt, so sichert es sich keineswegs vor jedem Krieg, sondern nur vor dem Kriege *gegen* England. Dagegen darf es künftighin *für* England sein Blut vergießen, unter gleichzeitigem Verzicht auf die Erreichung der Höchstgrenze seiner Entwicklungsfähigkeit.

Die Gefahr, die Deutschland wie Österreich-Ungarn von England droht, ist also vielleicht dem Grade nach verschieden, dem Wesen nach aber sicherlich gleich. Gewiß sind Deutschland und Österreich-Ungarn nicht die einzigen Staaten, die von dieser Gefahr bedroht werden; aber ihr Zusammenschluß liegt besonders nahe und ist leichter und schneller zu erreichen als der mit den übrigen europäischen Staaten. Ständen sich die beiden Mittelmächte bisher auch als Fremde gegenüber, so würde schon ihre geographische Lage ihnen ein Zusammenwirken zu dem gemeinsamen Ziel geradezu aufdrängen. Nach dem, was wir bisher über Österreich-Ungarn gesagt haben, dehnt sich das natürliche Machtgebiet der beiden Reiche zwischen den beiden europäischen Grenzfestungen Englands, dem Ärmelkanal und dem Suezkanal, aus. Dieses natürliche Machtgebiet entspricht allerdings nicht dem bisherigen wirklichen. England hat es verstanden, den deutsch-österreichisch-ungarischen Block um seine beiden wichtigsten Ausläufer zu beschneiden: es hat ihm im Nordwesten ein feindliches Belgien vorgeschoben und im Südosten versucht, ihn durch einen feindlichen Balkan aufzuhalten. Erkennen nun Deutschland und Österreich-Ungarn ihre gemeinsamen Kampfziele, so müssen sie für den Kräfteaufwand des jetzigen Krieges die beiden einzig wichtigen Angriffspunkte klar erkennen. Der Vorstoß nach Nordwest und der Vorstoß nach Südost werden die beiden Kaiserreiche unmittelbar zu den verwundbarsten Punkten des englischen Machtsystems und damit gleichzeitig auf den Weg zu ihrer eigenen Freiheit führen.

B. Das gemeinsame Wirtschaftsimperium.

Es mag verwunderlich erscheinen, das wir das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland nicht auf der Basis der traditionellen Zusammengehörigkeit der beiden Reiche, ihrer ursprünglichen Einheit in der Vergangenheit und ihres engen Bündnisses in der Gegenwart zu besprechen begonnen haben, sondern mit der Darlegung neuer Zusammenhänge, die vielen Leuten vielleicht sogar zweifelhaft erscheinen werden. Wir sind aber weit entfernt davon, die alten Bande der beiden verbrüderten Reiche anzweifeln oder lockern zu wollen; wir wollen sie vielmehr weiter festigen, indem wir dem Bündnis über seinen bisherigen Inhalt hinaus noch einen neuen geben. Wir erinnern noch einmal daran, daß das ursprüngliche Bindemittel zwischen Deutschland und dem alten Österreich ein nationales war und auf der Voraussetzung beruhte, daß Österreich ein deutscher Staat war. Diese Voraussetzung fällt heute weg. Und wenn das Deutschtum in der Monarchie auch weiterhin eine führende (nicht aber eine beherrschende) Rolle spielen wird, so wäre es verfehlt, daraus den wichtigsten Grund für das Zusammenstehen der beiden Reiche ableiten zu wollen. Daß dies nicht geschehen darf, ist die unerbittliche Konsequenz des Jahres 1866. Wir dürfen nicht versuchen, die Geschichte zurückzuschrauben und an eine Epoche wieder anknüpfen zu wollen, die ihren endgültigen Abschluß gefunden hat. Mit den Tatsachen, die damals geschaffen wurden, haben wir uns nicht nur abzufinden, sondern wir sind verpflichtet, sie als die selbstverständliche Voraussetzung der weiteren Entwicklung anzusehen. Nur unter dieser Voraussetzung darf an eine Verengerung des Bündnisses gedacht werden, ohne daß in Deutschland oder in Österreich-Ungarn die Angst vor der Erschütterung des gegenwärtigen rechtlichen Zustandes, vor der Beeinträchtigung der Souveränität und vor der Gefährdung der nationalen oder politischen Entfaltung erweckt wird. Wir dürfen in der Frage des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses nicht unmoderner denken, als in dem vorhergehenden Abschnitt dieser Arbeit von dem Aufbau der Staaten und der überstaatlichen Organisationen gedacht wurde. Wir möchten nochmals wiederholen, daß heute schon die Aufgaben des einzelnen Staates einen Rahmen darstellen, der begrifflich über den der Nation hinausgeht, und daß sie infolgedessen den Zusammenschluß mehrerer Nationen in ein einziges Staatswesen möglich machen, ohne die nationale Selbständigkeit anzutasten. Aber die durch gemeinsame

Arbeit zu erfüllenden Aufgaben bedingen, wie wir weiter gesehen haben, einen Organismus, der unter Umständen auch über den Rahmen einer Großmacht im heutigen Sinne hinausgeht, ohne daß sie darum ihre bisherigen selbständigen Funktionen zu verlieren braucht. Der neue Organismus, das Wirtschaftsimperium, besitzt vielmehr Funktionen, die für den bisherigen Staat entweder gar nicht existierten, oder doch keine ausschlaggebende Bedeutung besaßen. Einen solchen Zusammenschluß erstreben wir zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Er hat, ebenso wie das bisherige Bündnis, in erster Linie einen defensiven Charakter. Aber die wechselseitige Verteidigung hat einen anderen Inhalt und andere Mittel. Der gegenseitige Schutz des Staatsgebiets wird nicht aufhören, viel eher sich zu einer gegenseitigen Garantie des Territoriums verdichten. Die Art dieses Schutzes durch die diplomatische Tätigkeit im Frieden und durch ein bedingungsloses Waffenbündnis im Kriege wird ebenfalls bestehen bleiben und auf jede Weise verstärkt werden. Es ist anzunehmen, daß sowohl die diplomatische Zusammenarbeit in ein festeres System gebracht werden, wie auch das militärische Zusammenwirken durch eine Konvention über die Art und Stärke der kriegerischen Hilfsmittel gesichert werden wird. Aber dieser Inhalt des Bündnisses wird erweitert werden müssen durch das Hinzutreten einer Verständigung über die wirtschaftlichen Ziele und über ihre gegenseitige Verteidigung mit allen Mitteln. Welche Ziele das sind, haben wir bereits mehrfach ausgeführt. Sie liegen nicht innerhalb, sondern außerhalb der beiden Reiche. Es handelt sich, um es nochmals zu wiederholen, um die nötigen Garantien für den Ausbau der Produktionsfähigkeit beider Staaten, soweit diese Garantien nicht in den inneren Verhältnissen gefunden werden müssen. Den inneren Aufbau des Staats- und Wirtschaftslebens muß jedes Reich für sich selbst besorgen. Wenn trotzdem mit Recht eine Beeinflussung des Wirtschaftslebens der Monarchie durch das Bündnis mit Deutschland gewünscht wird, so handelt es sich dabei nicht um einen Hauptzweck des Bündnisses, sondern um eine notwendige Nebenerscheinung mit vorübergehender Bedeutung. Die volle Stärke des neuen Bündnisses wird erst dann erreicht werden, wenn beide Faktoren auf einer annähernd gleichen Entwicklungsstufe stehen. Sie herbeizuführen, liegt im beiderseitigen Interesse, schon, um Reibungen und Unzufriedenheiten zu vermeiden. Aber was Deutschland für die Förderung der Entwicklung Österreich-Ungarns tun kann, ist hauptsächlich eine Angelegenheit der privaten

Betätigung. Das gelegentliche Eindringen deutschen Kapitals in die Monarchie, die Erlernung deutscher Methoden — all das kann durch das Bundesverhältnis nur mittelbar gefördert werden, nämlich durch die Hinwegräumung aller Schwierigkeiten. Die gemeinsame Betätigung der beiden Reiche muß nach außen gerichtet sein. Es ist viel von dem Verhältnis der beiden Reiche zueinander in ihrer Eigenschaft als Märkte für ihre Industrien gesprochen worden. In dieser Hinsicht sei betont, daß im wesentlichen der Warenaustausch als solcher zwischen ihnen kein Endziel der Entwicklung ist. Vielmehr wird jedes Land wie bisher das gesunde Bestreben haben, den inneren Markt für die eigene Industrie frei zu halten, also wirtschaftlich in dieser Hinsicht selbständig zu sein, und es wird nur seinen Mehrkonsum bei dem Verbündeten decken. Nur auf diese Weise wird, da kein Staat eine vollkommene industrielle Autarkie besitzt, ein gemeinsames, in höherem Maß wirtschaftlich selbständiges Gebiet hergestellt. Eine vollständige Autarkie wird auch dieses gemeinsame Gebiet nicht haben; aber seine Abhängigkeit vom weiteren Ausland wird immerhin geringer, und es kann, wenn es dann noch genötigt ist, fremde Waren einzuführen, durch die verdoppelte Größe seines Marktes mit größerem Gewicht seine Handelsbeziehungen regeln, als die einzelnen Teile es vermöchten. Zu der Ergänzung der gegenseitigen Bedürfnisse an Industrieprodukten tritt der gleiche Vorgang in bezug auf die Rohstoffe. Die beiden Reiche mit ihren Verbündeten auf dem Balkan werden trachten, sich in der Volksernährung vom Ausland ganz unabhängig zu machen, indem sie ihre Überschüsse zunächst den Verbündeten liefern, soweit diese dessen bedürfen und indem sie womöglich eine Vorratswirtschaft treiben, die gegebenenfalls allen Verbündeten zugute kommt. Sie werden ferner versuchen, Rohstoffe für Industrie in möglichst großen Mengen zu erzeugen und sie innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes zu verarbeiten. Wir sehen somit unter der Führung der beiden Industriestaaten Deutschland und Österreich-Ungarn ein Gebiet entstehen, das die frühere Abhängigkeit seiner einzelnen Teile vom Weltmarkt verringert und gerade dadurch imstande ist, mit größerem Gewicht bestimmend auf den Weltmarkt einzuwirken. Wenn dies geschehen soll, so muß dieses Ergänzungssystem seine Kehrseite finden in einer vollkommenen Solidarität aller Verbündeten bezüglich ihrer Wirtschaftsbeziehungen nach außen. Jedem Mitglied des Bundes muß der Verbündete wirtschaftlich näher stehen als irgendein dritter Staat, und die Verhandlungen mit dritten Staaten müssen

von den Verbündeten im gegenseitigen Einvernehmen geführt werden. Die erste dieser beiden Forderungen schließt Meistbegünstigungsverträge mit dritten Staaten aus. Der Abschluß solcher Verträge wäre nur dann möglich, wenn Deutschland und Österreich-Ungarn geneigt wären, als gemeinsames Zollgebiet aufzutreten und sich die Anerkennung der übrigen Staaten dafür zu verschaffen. Daß dies kommen wird, halte ich zunächst nicht für wahrscheinlich, aber auch nicht für unbedingt notwendig. Der Abschluß von Meistbegünstigungsverträgen würde dann aber das Prinzip der gegenseitigen wirtschaftlichen Förderung und das Anstreben einer möglichst großen Autarkie des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes zerstören, er würde vielleicht für den Augenblick für einzelne Gruppen von Industriellen und auch von Verbrauchern vorteilhaft sein, aber eine Entwicklung stören, die wir für notwendig halten und die in der übrigen Welt sich zweifellos ebenfalls vollziehen wird.

Damit soll aber keineswegs eine vollendete Abschließung der verbündeten Reiche von den übrigen Staaten gefordert werden. Vielmehr handelt es sich nur darum, gegebenenfalls eine andere Form enger Wirtschaftsbeziehungen zu dritten Staaten zu finden, wenn die Notwendigkeit sich dafür herausstellt. In solchen Fällen wird man es als Endziel betrachten, den dritten Staat, dessen wirtschaftliche Interessen sich den unseren nähern, zum völligen Eintritt in das Bündnis zu veranlassen. Wir hoffen, daß eine solche durchaus erwünschte Erweiterung des Bündnisses bald eintreten wird. Sie ist unbedingt förderlich, weil durch die vergrößerte Mannigfaltigkeit der Produktion wie des Konsums der verschiedenen Länder eine immer fortschreitende Annäherung an den Zustand völliger Autarkie des ganzen Bundes erreicht wird. Auch diese Perspektive zeigt wiederum an ihrem fernsten Ende die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Festlandsstaaten. Der Zusammenschluß zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, wie wir uns ihn hier denken, kann eine geeignete Basis für ein solches erweitertes Wirtschaftssystem bilden. Aber von der Verwirklichung dieser kühnen Pläne ist die gedeihliche Durchführung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses nicht abhängig und soll davon auch nicht abhängig gemacht werden.

Die beiden Reiche werden deshalb mit ihren schon jetzt gewonnenen Verbündeten daran gehen müssen, auch für solche Aufgaben eine Lösung zu finden, die sich leichter und gründlicher im Rahmen eines europäischen Wirtschaftsbundes erledigen lassen würden. Die

wichtigste dieser Aufgaben ist die Beschaffung der notwendigen überseeischen Rohstoffe. Sie war bisher eine Angelegenheit des freien Welthandels, und wir haben die Befürchtung bereits ausgesprochen, daß es damit künftig, wenn auch nicht mit einem Schlag, anders werden wird. In erster Linie müssen die Zentralmächte mit ihren Bundesgenossen dafür sorgen, daß die Rohstoffeinfuhr auch während eines Krieges nicht mehr unterbunden werden kann. Als möglichen Gegner hat man dabei bekanntlich vor allem England zu betrachten. Es handelt sich also nochmals um den gemeinsamen Kampf für die Freiheit der Meere, der den Ausgangspunkt dieses Kapitels gebildet hat. Die wirtschaftspolitische Begründung dieser Notwendigkeit zeigt aber, daß es in dieser Hinsicht kein Einzelinteresse eines Verbündeten gibt, sondern daß der ganze Bund gleichmäßig an den Errungenschaften jedes Teiles interessiert ist. Es ist dasselbe England, das Deutschland in der Nordsee bekämpft und das Österreich-Ungarn im Mittelländischen Meer bekämpfen muß. Zwischen den beiden Reichen herrscht also in bezug auf die Erreichung beider Ziele nicht nur eine Solidarität auf Grund eines Bundesvertrages, sondern auf Grund eines einzigen, völlig identischen Interesses. Die Gewinnung einer vorherrschenden Stellung im östlichen Mittelmeerbecken durch Österreich-Ungarn ist eine Notwendigkeit auch vom deutschen Standpunkt. Die Lösung der belgischen Frage im deutschen Sinn bedeutet auch für Österreich-Ungarn die Erfüllung eines eigenen Lebensinteresses. Das sind Dinge, die nach den heutigen Verhältnissen nicht ohne weiteres einleuchten. Aber der Weltkrieg, in dem wir stehen, bedeutet einen Wendepunkt in der gesamten Entwicklung; er ist der elementare Ausdruck der Tatsache, daß wir vor völlig neuen Perspektiven stehen, und daß uns ein unerschütterliches historisches Gesetz in bestimmte Bahnen treibt. Eine solche Zeit fordert von ihrem Kindern, daß sie den Blick über den engen Horizont des Tages erheben. Der Weg, den wir zu gehen haben, ist vorgezeichnet. Aber es liegt an uns, ob wir ihn festen Schrittes verfolgen wollen, oder ob wir nach den ersten Schritten zusammenbrechen. Das Naturgesetz, dem auch die menschlichen Gemeinschaften unterworfen sind, zählt nicht nach Jahren, sondern nach Jahrhunderten. Unsere Aufgabe ist es, in entscheidenden Augenblicken Jahrhunderte zu überschauen. Nur dann können wir die Gesetze erkennen, nach denen sich die menschlichen Gemeinschaften entwickeln. Diese Gemeinschaften sind Naturkräfte, wie alle anderen auch. Und nur durch die Erkenntnis ihrer Gesetze vermag der Mensch, sich die Naturkräfte dienstbar zu machen.

Die Objektivität, die dazu gehört, menschliche Dinge ohne Rücksicht auf die vorübergehenden Empfindungen des einzelnen Individuums und der einzelnen Generation zu betrachten, ist die große kulturelle Aufgabe unseres Zeitalters.

Nur eine solche objektive Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland vermag eine Scheidung zwischen den relativ unwesentlichen Rücksichten auf die Gegenwartsverhältnisse und den wesentlichen Zielen der Zukunft herbeizuführen. Nur durch eine solche Betrachtung ist es möglich, ohne ein revolutionäres Umstürzen der bestehenden Zustände eine Gemeinschaft zu erkennen und zu schaffen, die sich über das Gegenwärtige emporhebt. Das gilt auch für gewisse Fragen der großen Politik. Wenn wir für sie gemeinsame Ziele aufstellen, so handelt es sich keineswegs darum, durch sie die Mehrzahl der bisher bestandenen politischen Interessen zu beseitigen und zu ersetzen, sondern es handelt sich um die Aufstellung neuer Ziele, die über die alten hinausgehen und vielleicht mit der Zeit die Unwesentlichkeit oder doch beschränkte Bedeutung der älteren politischen Ziele erkennen lassen. Wenn die neue gemeinsame Politik den gegebenen Notwendigkeiten entsprechend verwirklicht werden wird, dann wird die alte separatistische Politik ohne Gewaltsamkeit ganz allmählich in den Hintergrund treten. In der Zwischenzeit aber ist es notwendig, daß die beiden Völker gegenseitig in die politischen Probleme des anderen tiefer eindringen als bisher. Wenn auch die politischen Handlungen noch nicht gemeinsam sind, so ist doch bereits vielfach schon heute das Interesse daran ein gemeinsames. Auf die Bedeutung österreichisch-ungarischer Probleme für Deutschland ist im Laufe dieser Arbeit mehrfach hingewiesen worden. Wir wollen nunmehr einige Fragen aus dem Gebiet der deutschen Politik erwähnen, die für die Öffentlichkeit in Österreich-Ungarn von unmittelbarer Bedeutung sind. Wir haben bereits aus der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit, die zwischen den beiden Reichen geschaffen werden soll, das gemeinsame Interesse an der überseeischen Rohstoffversorgung abgeleitet. Wir konnten auch ohne weiteres von gemeinsamen Aufgaben zur Lösung dieser Frage sprechen, so weit sie mit dem jetzigen Kriege in Zusammenhang stehen. Dabei handelte es sich nur um die Erkämpfung der Freiheit der Schiffahrt, und in dieser Hinsicht dürften wir uns wohl verständlich gemacht haben. Aber damit ist die für beide Teile wichtige Rohstoffrage noch nicht völlig gelöst. Unserer Versorgung mit Rohstoffen können nach dem Kriege nicht nur militärische, sondern

vielmehr auch wirtschaftliche Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir haben schon in einem früheren Kapitel dargelegt, daß in dem Kampf um die Aufteilung des Weltmarktes, der früher oder später unvermeidlich kommen muß, eine aggressive Rohstoffpolitik mit die wichtigste Rolle spielen wird. Der künftigen Sicherung von Absatzgebieten wird auch eine Sicherung von Rohstoffgebieten entsprechen. Da wir auf die Erzeugnisse fremder Himmelsstriche angewiesen sind, so ist ein dauernder Aufstieg und das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit nur in Begleitung einer zielbewußten Kolonialpolitik denkbar. Die Kolonie ist in verschiedener Hinsicht die notwendige Ergänzung dessen, was das Mutterland sowohl produktiv wie auch rezeptiv nicht zu bieten vermag. Die Kolonie ist also in erster Linie das gesicherte Rohstoffgebiet für die heimatländische Industrie. In zweiter Linie ist sie aber auch das Absatzgebiet für die überschüssigen Menschenkräfte, die es in dicht bevölkerten Ländern geben muß, zumindest so lange, wie das früher gekennzeichnete Ideal der wirtschaftlichen Autarkie nicht erreicht ist, also vermutlich immer. Eine wirkliche Autarkie läßt sich eben nur durch die Verbindung zwischen Mutterland und Kolonie, zwischen hochkultiviertem und minderkultiviertem Gebiet, zwischen Industrieland und Rohstoffland herstellen. Auch die Monarchie muß sowohl für eine gesicherte Rohstoffzufuhr, wie auch dafür Sorge tragen, daß die auswandernden Kräfte nicht für immer den Zusammenhang mit der Heimat verlieren. Die beiden Hauptforderungen für eine eigene Kolonialpolitik treten also auch an Österreich-Ungarn heran. Der bisherige Zustand war so, daß die Rohstoffeinfuhr nach Österreich-Ungarn größtenteils durch Deutschland besorgt wurde, während die Monarchie ihre Auswanderung bedingungslos dem Ausland preisgab.

Was nun die Rohstoffversorgung durch Deutschland betrifft, so könnte man dagegen teilweise praktische Einwendungen erheben, denn es ist klar, daß die Einfuhr über Hamburg teurer ist als die über Triest, und daß dadurch dem österreichisch-ungarischen Handel, den Häfen und Eisenbahnen, also mittelbar weiten Schichten der Bevölkerung erhebliche Vorteile entgehen. Aber dieses Moment soll hier um so weniger in den Vordergrund gerückt werden, als wir keineswegs den Anschein eines Interessengegensatzes erwecken wollen. Über der Konkurrenz der einzelnen, wie sie ja auch in jedem Staate für sich herrscht, steht das gemeinsame Interesse an dem Aufblühen beider Verbündeten. Der Schutz, den die deutsche Politik pflichtgemäß dem eigenen Handel zuteil werden läßt, wird deshalb sicher nicht

so weit gehen, daß Deutschland durch rein politische Mittel das Emporkommen eines österreichisch-ungarischen Seehandels verhindern würde, nur um den deutschen Importeuren ihre österreichisch-ungarische Kundschaft zu erhalten.

Die gemeinsame Aufgabe liegt vielmehr darin, daß sich sowohl Deutschland wie Österreich-Ungarn von den englischen Importeuren freimachen. Der Markt für eine ganze Reihe von Rohstoffen war bis vor Ausbruch des Krieges in London zentralisiert. Die Fortdauer dieses Zustandes bei gleichzeitiger Steigerung der englischen Konkurrenzbestrebungen braucht in seinen nachteiligen Folgen für die deutsche und österreichisch-ungarische Industrie nicht näher gekennzeichnet zu werden. Es würde sich auch hier wieder jenes Abhängigkeitsverhältnis ergeben, das England in die Lage versetzen würde, die gegnerischen Industrien nach Belieben zu kontrollieren und einzuschränken. Selbst wenn also Österreich-Ungarn damit rechnen will, seine Rohstoffversorgung mit deutscher Hilfe aufrecht zu erhalten, so würde es doch im Wesen des Bündnisses und der Interessengemeinschaft liegen, daß die Monarchie den voraussichtlich bevorstehenden Kampf um die Rohstoffversorgung nicht Deutschland allein überträgt und die eigenen Kräfte in dieser Hinsicht brach liegen läßt. Ehe wir nun der Frage näher treten, ob Österreich-Ungarn dem Problem der Rohstoffversorgung durch den Besitz eigener Kolonien selbständig näher treten kann, müssen wir doch von vornherein sagen, daß die Monarchie in ihrem eigensten Interesse wenigstens in der Zwischenzeit verpflichtet ist, die deutsche Kolonialpolitik aktiv zu fördern. Denn wenn überhaupt, so würde nur das Bestehen eines deutschen Kolonialreiches der Monarchie die Möglichkeit gewähren, auch ihrerseits die ersten Schritte auf diesem Wege zu tun. Man wird deshalb in Österreich-Ungarn schon jetzt mit gespanntester Aufmerksamkeit die Frage verfolgen müssen, ob und welche Kolonien dem deutschen Reich beim Abschluß des Krieges zufallen. Man wird das größte Interesse daran haben, daß Deutschland ein großes, geschlossenes und ergiebiges Kolonialreich erhält, das auch in einem künftigen Kriege militärisch verteidigt werden kann. Die Lage des Deutschen Reiches bringt es nun mit sich, daß eine ungehinderte Verbindung zwischen ihm und einem außereuropäischen Kolonialgebiet überaus schwer herzustellen ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Möglichkeit einer neuen Aufgabe für Österreich-Ungarn. Die Monarchie kann, wie zwischen Deutschland und Vorderasien, auch zwischen Deutschland und seinen künftigen Kolonien zum

geographischen und strategischen Bindeglied werden. Von diesem Standpunkt aus gelangt man dazu, die Meinung derjenigen Kreise zu unterstützen, die für die Schaffung eines deutschen Kolonialreiches in Zentralafrika eintreten. Dieses Kolonialreich wäre allerdings von Deutschland aus nur auf einem Seeweg zu erreichen, der vielleicht künftig durch eine Änderung der Besitzverhältnisse in der Nordsee vor einer völligen Absperrung zu bewahren, aber niemals gänzlich zu sichern wäre, und der durch seine bloße Länge den Transport von Truppen und Munition erschweren und dadurch die Verteidigungsfähigkeit der Kolonie beeinträchtigen würde.

An diesem Punkte könnte, wie mir scheint, die künftige Bedeutung der Monarchie für den deutschen Kolonialbesitz beginnen. Sie würde bedingt werden durch eine Verbindung dieses Kolonialreichs mit der Nordküste von Afrika, also mit dem Mittelländischen Meer. Es würde sich darum handeln, daß ein Staat des jetzigen Vierbundes an der nordafrikanischen Küste eine Besitzung erwirbt und daß zwischen ihr und dem deutschen Kolonialbesitz in Zentralafrika eine Verbindung hergestellt wird. Diese Frage würde sich von selbst lösen, wenn zu den Resultaten des jetzigen Krieges auch eine vollständige Änderung der iatlienischen Politik gehörte, die es uns ermöglichen würde, Italien mit größerer Zuversicht als bisher noch einmal in unser Bündnis aufzunehmen. In diesem Fall würde Tripolis der gegebene Punkt sein, von dem aus die Verbindung zwischen Zentralafrika und Europa auf einem verhältnismäßig kurzen und sicheren Wege herzustellen wäre. Der Bau einer Eisenbahn von Tripolis an den Tschadsee und bis zum Anschluß an das deutsche Eisenbahnnetz in den Kolonien, der dazu erforderlich wäre, ist eine Schwierigkeit, die von der heutigen Technik zweifellos überwunden werden kann. Die unbedingte Sicherung des Seeweges von Tripolis nach Triest würde an sich schon eine notwendige Folge derjenigen Mittelmeerpolitik sein, über die oben ausführlich gesprochen worden ist, nämlich der Beherrschung des östlichen Mittelmeerbeckens durch Österreich-Ungarn. Wenn aber Italien nicht in der Lage ist, eine völlige Einkehr zu halten und dafür durch die Art des künftigen Abkommens in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine bündige Sicherheit zu geben, dann stellt es sich selbst der Entwicklung Deutschlands und Österreich-Ungarns in den Weg und müßte billiger Weise durch den Verlust von Tripolis und seine Rückgabe an die Türkei die Folgen dieses Verhaltens tragen. In dem Maß, wie die Nutzbarmachung des deutschen Kolonialreiches sich steigerte, würde

zweifellos auch der friedliche Verkehr auf dem kürzeren Wege über Tripolis und Triest nach der Heimat zunehmen. Die österreichisch-ungarische Schiffahrt würde, ohne dadurch die deutsche zu schädigen, von der schnelleren Entfaltung der deutschen Provinzen Nutzen ziehen. Diese schnellere Entfaltung aber könnte durch den Zuzug von kolonisatorischen Arbeitskräften aus Österreich-Ungarn gefördert werden. Denn das gewonnene Gebiet wäre groß genug, um auch Angehörigen der Monarchie ohne Beengung der deutschen Kolonisten eine auch im deutschen Interesse wünschenswerte Gelegenheit zur Betätigung zu geben. Haben doch auch bisher französische und englische Gesellschaften in den deutschen Kolonien gearbeitet. Durch eine solche intensive Tätigkeit würde das deutsche Kolonialreich vielleicht im Laufe von Jahrzehnten zu einem so gewaltigen Rohstoffgebiet werden, daß nicht nur der deutsche, sondern auch der österreichische Bedarf einen großen Teil seiner Abhängigkeit von fremden Märkten verlieren würde. Eine solche Lösung würde Österreich-Ungarn für lange Zeit, wenn nicht für immer, der Notwendigkeit eigener Koloniegründungen entheben und die Monarchie trotzdem an den für die heutigen europäischen Verhältnisse notwendigen kolonialen Bestrebungen teilnehmen lassen.

Die Verwirklichung dieses Planes, so ungeheuer er erscheint, würde doch nichts anderes bedeuten als die Zusammenfassung von Gebieten, in denen sich Deutschland und Österreich-Ungarn bisher wirtschaftlich, politisch oder militärisch betätigt haben, und die die natürliche Zone ihrer Ausbreitung darstellen. Der Plan hat trotz seiner Größe nichts Utopisches an sich. Er stützt sich in erster Linie auf die militärische Lage. Das europäische Gebiet, das in Betracht kommt, ist von Antwerpen bis Konstantinopel, von Hamburg bis Triest und bis an die Grenzen Griechenlands im Besitz des Vierbundes, und zwischen den Mächten, die es beherrschen, besteht der Wille zu gemeinsamer Arbeit. Vorderasien ist türkischer Besitz, und nach der Niederlage der Engländer in Mesopotamien ist die Möglichkeit der türkischen Truppen bis Koweit vorzudringen, nicht mehr zu bestreiten. Von seinen Kolonien in Afrika hält Deutschland allerdings nurmehr einen Teil von Ostafrika, und auch dieser ist gefährdet. Die Kolonien an der Westküste sind in feindlichem Besitz, und der belgische Kongo ist nicht erobert. Aber gerade dieses Gebiet ist heute eine Kolonie ohne Mutterland, denn Belgien selbst ist in deutschen Händen. Deutschland muß aber zu seiner eigenen Sicherheit, nicht aus Eroberungssucht, dafür sorgen, daß Belgien in Zukunft zum Reiche in

enge Beziehungen tritt, und daß es nicht mehr die Wahl besitzt, sich mit England gegen Deutschland zu verbünden und Deutschland im Fall eines Konflikts mit England von der Nordseeküste abzusperren. Es gilt nun auch zu vermeiden, daß nicht die eigenen Verbündeten Belgiens sich an dessen Kolonialbesitz bereichern. In dieser Hinsicht wie auch bezüglich der Rückerstattung der deutschen Kolonien richtet sich der Kampf also wiederum gegen England. Der Siegespreis, der in diesem Kampfe winkt, ist die Vereinigung eines Gebiets von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen, bis Dar-es-Salam am Indischen und bis Duala am Atlantischen Ozean. Dieser Preis läßt sich vollständig nur durch das Zusammenwirken Deutschlands, Österreich-Ungarns und ihrer Verbündeten erringen. An der Türkei liegt es, Vorderasien bis zum Persischen Meerbusen vom Feinde zu säubern; Österreich-Ungarn hat die schwierige Aufgabe, im Mittelländischen Meer eine Lage zu schaffen, durch die seine Vorherrschaft im östlichen Mittelmeerbecken zumindest vorbereitet wird. Deutschland ist es, das England an der Kehle fassen kann Die Waffen dazu besitzt es, und es ist Pflicht seiner Verbündeten, durch verständnisvolles Ausharren an der Seite Deutschlands die Durchführung dieses gewaltigen Kampfes zu fördern.

Es ist auch Pflicht der Verbündeten, und besonders Österreich-Ungarns, sich einer verständnisvollen Ausnutzung der Kriegslage nicht durch Sonderwünsche entgegenzustellen. Unser gemeinsamer Kampf geht gegen England; aber die großen Faustpfänder, die wir in Ost und West besitzen, hat der Vierbund nicht England abgenommen, sondern seinen Verbündeten. Durch diese Tatsache, die England zugute kommt, dürfen wir alle uns in unserem Kriegsziel nicht wankend machen lassen. England würde sehr zufrieden sein, wenn die Mittelmächte auf Grund der Kriegskarte Frieden schlössen, und es verlangt nur, daß wir Belgien und Serbien, das Bollwerk nach Nordwesten und das Bollwerk nach Südosten preisgeben. Das Schicksal der besetzten Gebiete in Frankreich und Rußland ist ihm völlig gleichgültig, ja, es verlangt gar nichts Besseres, als daß wir durch Annexionen in diesen Gebieten uns dauernd die Feindschaft Frankreichs und Rußlands erhalten und so selbst zur Festigung des wankenden Vierverbandes beitragen. Aus dieser Politik ist zu ersehen, daß England unsere wahren Interessen ganz genau kennt, genauer vielleicht, als wir selbst. Auf diesem Gebiet läßt sich vom Feinde lernen. Die Aufgabe unseres Bundes ist es, die Pläne Englands zu durchkreuzen. Die Faustpfänder, die wir Rußland und Frankreich abgenommen

haben, sind nicht dazu da, daß wir England Verbündete schaffen, sondern daß wir ihm seine Verbündeten wegnehmen. Sie sind dazu da, um Frankreich und Rußland den Weg zu zeigen, der für sie aus dem nutzlosen Blutvergießen heraus und zu einem ehrenvollen Frieden führt.

C. Gemeinsame Weltpolitik.

Nach allem bisher Gesagten muß unser Bund seine gesamten militärischen und politischen Kräfte auf die Bekämpfung Englands konzentrieren. Daran hat Österreich-Ungarn kein geringeres Interesse als Deutschland. Die Monarchie kann darum auch keiner weltpolitischen Frage ihre Aufmerksamkeit versagen, die scheinbar nur mit dem Ringen zwischen Deutschland und England, in Wirklichkeit aber stets auch mit dem Kampf zwischen Mitteleuropa und England im Zusammenhang steht. In dem Augenblick, wo Österreich-Ungarn sich nicht mehr als abgeschlossener und etwas entlegener Kontinentalstaat fühlt, sondern als Teil, ja als geographisches Zentrum eines werdenden Wirtschaftsbundes, der seine Glieder zwischen der Nord- und Ostsee und dem Atlantischen und Indischen Ozean streckt, muß es auch das Emporkommen der anderen wirtschaftlichen Weltreiche England, Amerika, Rußland und Japan mit Aufmerksamkeit verfolgen. Es muß genau so wie Deutschland die bedenkliche Annäherung zwischen dem englischen und dem amerikanischen Weltreich berücksichtigen, es muß bemerken, daß ein gemeinsames Interesse dieser neuen und bedrohlichen Koalition die Furcht vor der Ausbreitung Japans zu einem ostasiatischen Weltreich ist. Aber durch diese Entwicklung Japans werden unsere Interessen in keiner Weise berührt. Um so weniger können wir wünschen, daß England, nachdem es die Entwicklung des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses bis zu seinen letzten Konsequenzen gehemmt hat, dieses Mitteleuropa nachher eines Tages unter dem Schlagwort der „gelben Gefahr" gegen das uns im Grunde gleichgültige Ostasien ausspielt. Vielmehr müssen wir uns sagen, daß das Emporkommen der ostasiatischen Macht England selbst in seinem indischen Besitz auf das schwerste bedrohen würde. Rußland scheint dies bereits erkannt zu haben, und es hat sich mit Japan über die ostasiatischen Fragen vollkommen verständigt. Wir sehen also ein künftiges Weltbild, das auch für Österreich-Ungarn von größtem Interesse ist: England im Bunde mit Nordamerika und auf

dem Wege zu einem Konflikt mit Rußland und Japan, deren Bestrebungen sich mit der Zeit konzentrisch gegen Indien richten werden.

Unsere Stellungnahme zu diesen Verhältnissen kann nicht zweifelhaft sein. Wir wissen, daß es sich vorläufig um eine ferne Bedrohung des englischen Weltreiches handelt. Aber wir wissen auch, daß sich die Summe unserer eigenen, immerhin bescheideneren Ziele nicht von heute auf morgen erreichen lassen wird. Das ferne Gewitter, das sich gegen England zusammenzieht, wird auch unseren Mut zum Ausharren stärken. Vor allem aber werden wir schon in der Gegenwart unsere Politik auf diese künftigen Verhältnisse einzustellen haben. Österreich-Ungarn wird mit wachsamem Auge die amerikanische Politik zu beobachten und ein enges Zusammengehen mit Deutschland in dieser Hinsicht zu seiner Richtschnur zu machen haben. Die Monarchie wird ferner aus ihrem neu erwachten weltpolitischen Interesse heraus jede Reibung mit Rußland vermeiden, die nicht durch die Verteidigung eigener Lebensinteressen unbedingt geboten ist. Denn die Monarchie wird sich sagen, daß sie heute nicht mehr das einzige und stärkste Angriffsziel der russischen Völkerwoge zu sein braucht, und daß sie selbst es vielleicht in der Hand hat, Rußland auf eine andere Bahn zu leiten.

Dem österreichischen und ungarischen Leser wird diese Politik mit ihren weltumspannenden Umrissen vielleicht phantastisch und darum lächerlich vorkommen. Aber er möge sich sagen, daß gerade England und Amerika, aber auch Rußland und Japan in solchen Dimensionen zu denken gewohnt sind. Die heutige Politik rechnet nicht mit Ländern, sondern mit Erdteilen; und derjenige, der diesen Gedankengängen nicht zu folgen vermag, wird darum doch keineswegs verschont bleiben, wenn eines Tages diese Gedanken in Taten umgesetzt werden sollen. Die Monarchie ist nicht nur sie selbst, sondern sie ist auch ein Stück aus dem Kern Europas. Sie muß, wenn es so weit ist, auch das Schicksal Europas teilen, und darum ist es ihre Pflicht, nach Kräften dieses Schicksal mit zu bestimmen. Von dieser Pflicht hat die bisherige Entwicklung Österreich-Ungarn weit abgelenkt. Sie mußte sich jahrzehntelang mit inneren Schwierigkeiten befassen, die, an dem Maßstab der Weltereignisse gemessen, unendlich klein sind. In einer solchen Verfassung ist die Monarchie an den historischen Wendepunkt gelangt, vor dem die ganze Welt heute steht. Sie würde vielleicht blind und ohnmächtig die kommenden Dinge über sich ergehen lassen müssen, ohne auch nur einen Versuch zur Selbstbehauptung zu machen. Daß es nicht so zu kommen braucht,

hat die Monarchie dem Bündnis mit Deutschland zu verdanken. An Deutschlands Seite wird es ihr leichter, den Blick zu den großen Zügen der Weltpolitik zu erheben, und durch die treue Hilfe Deutschlands wird es ihr möglich, in letzter Stunde jene innere und äußere Wandlung zu vollziehen, deren sie zur künftigen Selbstverteidigung bedarf. Läßt man Kleinliches und Nebensächliches beiseite, so zeigt sich in den größeren Zügen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn eine Identität der Interessen, die nur in der engsten Gemeinschaft ihren realen Ausdruck finden kann und muß. Aber heute, wo wir nicht mehr im Zeitalter der Kabinettpolitik stehen, wo die Völker selbst durch zielbewußte Arbeit ihre Geschicke schmieden — heute muß eine solche Gemeinschaft nicht nur von den Regierungen zu Papier gebracht, sondern auch von den Völkern empfunden werden. Der Vertrag ist nur eine äußere Form, sein wirklicher Inhalt aber heißt: sich vertragen. Die Völker der beiden Reiche müssen lernen, für einander brüderlich zu empfinden. Dabei denken wir nicht an sonntägliche Verbrüderungsfeste, bei denen die Wahrhaftigkeit nur zu oft durch Sentimentalität ersetzt wird; sondern wir denken an ein höchst werktägliches, aber sehr dauerhaftes Gefühl, wie es erfahrungsgemäß immer Menschen verbindet, die nebeneinander in harter Arbeit an einem gemeinsamen Werke schaffen. Wenn Deutsche, Österreicher und Ungarn miteinander etwas Rechtes zuwege bringen wollen, so ist es weder notwendig noch gut, daß sie einander gleichen wie ein Ei dem anderen, und sie sollen das auch gar nicht von einander verlangen. In der Vereinigung verschiedenartiger Kräfte zu einem gemeinsamen Werk liegt das Geheimnis der Organisation. Darum ist es gut, daß Völker mit verschiedenen Anlagen des Geistes und des Gemüts in Mitteleuropa nebeneinander wohnen. Es gilt nicht, sie zu verschmelzen, sondern, sie zu organisieren. Aber dazu ist es notwendig, daß man einander verstehe und achte, und daß nicht jeder für minderwertig halte, was seinem eigenen Wesen nicht völlig entspricht. Das sei den Bewohnern Deutschlands wie Österreich-Ungarns gleichermaßen ans Herz gelegt.

Gemeinsame Arbeit und gemeinsamer Wille müssen uns einander verbinden. Die Aufgabe dieses Buches sollte es sein, einiges dazu beizutragen, daß diesem Willen sein Ziel gesteckt werde. Zwischen ihm und uns steht eine unübersehbare Fülle von Arbeit. An sie mit Mut und Selbstvertrauen heranzutreten, ist die Sache der Völker. Arbeit ist der Kitt, der die Bewohner Österreich-Ungarns zu einem einzigen Volke vereinigen und die Nationalitäten zu einer Nation

machen wird. Mögen sie in noch so vielen Zungen reden, die Sprache der Arbeit werden sie alle verstehen, jenes „Vorwärts“, das aus der bisherigen Erstarrung zu neuem, gemeinsam errungenen Leben, Wohlstand und Glück führt.

Die Gott als Slaw' und Magyaren schuf,
Sie streiten um Worte nicht hämisch,
Sie folgen, ob deutsch auch der Feldherrnruf,
Denn: Vorwärts! ist ungrisch und böhmisch.

Gemeinsame Hilf' in gemeinsamer Not
Hat Reiche und Staaten gegründet:
Der Mensch ist ein einsamer nur im Tod,
Doch Leben und Streben verbündet.

Druck von Hallberg & Büchting, Leipzig

Inhalt.

Seite

Einleitung 3

I. Die Entwicklung des Großmachtbegriffs der Monarchie.

A. Weltreich und Hierarchie des Besitzes 7
B. Der bürgerliche Individualismus und Nationalismus 10
C. Absolutismus und Nationalismus 16

II. Österreich-Ungarn als bürgerliche Großmacht.

A. Allgemeine Grundsätze 26
B. Die Nationalitätenfrage 34
C. Die Hierarchie der Arbeit 44
D. Ungarn und die Monarchie 52

III. Auswärtige Politik.

A. Österreich-Ungarn und der Balkan 60
B. Ostbalkan und Vorderasien 66
C. Das Verhältnis zu Rußland 82
D. Serbien 90
E. Die Seeinteressen Österreich-Ungarns 95

IV. Österreich-Ungarn und Deutschland.

A. Gemeinsame Abwehr gegen England 115
B. Das gemeinsame Wirtschaftsimperium 120
C. Gemeinsame Weltpolitik 131

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Im Dezember 1916 beginnt zu erscheinen:

Deutsche Eigenart

und

Deutsche Schicksale

Zwölf Bücher Geschichte

von

Professor Dr. Karl Fischer

Geheimer Regierungsrat

3 Abteilungen à M. 3.—

„Schon die Anlage des Werkes nach den wichtigsten Abschnitten der deutschen Geschichte: Werden, Blüte und Verfall des alten Reiches; Herauswachsen und Weltstellung des neuen Reiches ergibt bei der **klaren Linienführung**, die das Werk überall aufweist und bei der **meisterlichen Beschränkung auf das Wesentliche**, ein **so übersichtliches** Bild deutscher Entwicklung, daß ich wünschen möchte, es würde **in jedem Deutschen lebendig und wirksam.**

Die Darstellungsweise ist **anschaulich, fesselnd, von männlicher Kraft**, nirgends lahm oder trocken, sondern den Leser **mitziehend, frisch** und **klar**; besonderen Wert und Reiz erhält sie durch die **in reichem Maße herangezogenen Quellensätze.**

Man wird das Werk lesen, wie bei Erscheinen und Jahrzehnte nachher „Gustav Freitags Bilder aus der deutschen Vergangenheit" gelesen wurden."

(Kernworte aus einem mehrseitigen Referat.)

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Aus dem Leben der beiden ersten deutschen Kaiser und ihrer Frauen

Forschungen und Erinnerungen von Prof. Dr. F. Nippold

M. 8.— geb. M. 9.—

Nach Niederschriften über eine Reihe von Audienzen bei Wilhelm I. und Friedrich III., sowie aus weiteren Aufzeichnungen über die Kaiserinnen Augusta und Friedrich und unter Benutzung eines reichen, bisher unbekannten Quellenmaterials.

Armin, 40 Jahre Elsaß-Lothringen. Betrachtungen eines Verwaltungsbeamten. M. 2.—

Bie, Romantik in Italien. Mit 2 Bildern. M. 2.—

Conrady, Aus stürmischer Zeit. Ein Soldatenleben vor 100 Jahren. M. 6.— eleg. geb. M. 7.50

Cramm, Heitere Erinnerungen aus meinem Leben. M. 1.80 geb. M. 2.50

Eckart, R., Deutsche Burgen und Schlösser im Schmuck der Dichtung. M 3.— eleg. geb. M. 4.—

——, Die Fürsten des Welfenhauses in ihren Beziehungen zu Kunst und Wissenschaft. M. 2.—

Friedensburg, Königin Luise. Drei Szenen aus Preußens Prüfungszeit. M. 2.50 eleg. geb. M. 3.50

Gedanken zur elsaß-lothringischen Verfassung. M. 0.60

Ist das Reichsland deutsch? Von * * * M. 3.50

Kressner, Generalmajor, Unter preußischem Banner. Friedens- und Kriegserinnerungen eines alten Offiziers. Geb. M. 5.—

Liman, Bismarck. Zum 10jähr. Todestag. M. 2.—

Mehrmann, Die Aristokratie in der Weltpolitik. M. 2.—

Rust, Kapit.-Leutn., Marinesorgen. M. 2.—

Spieser, Elsaß-Lothringen als Bundesstaat. M. 2.—

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Ältere historische Werke des Verlages.

Briefe Friedrich des Frommen, Kurfürsten von der Pfalz. Hrsg. v. A. Kluckhohn. 3 Bde. (M. 26.—) M. 12.—

Eckermann, Religionsgeschichte und Mythologie der Slawen, Finnen und Preußen. 2 Bde. M. 9.75

——, —— der Kelten. M. 5.—

——, —— der Griechen und italischen Stämme. 2 Bde. M. 5.40

Lindner, Geschichte des Deutschen Reiches unter König Wenzel. 2 Bde. (Früher M. 17.—) M. 12.—

Frantz, Der große Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum z. Zt. des Hohenstaufen Friedrich II. M. 4.—

Rippold, Wilhelm III., Prinz von Oranien, Erbstatthalter von Holland, König von England. Elegant gebunden M. 7.80

——, Oliver Cromwell — Wilhelm III. und ihre Feinde von heute. (Literar. Anhang zu vorsteh. Werke) M. 2.—

——, Die Regierung der Königin Maria Stuart, Gemahlin Wilhelm III. M. 1.60

Nitzsch, Die Sagenpoesie der Griechen. 2 Bde. M. 10.50

Planck, Das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter. 2 Bde. (Früher M. 24.—) M. 12.—

Rive, Geschichte der deutschen Vormundschaft. 2 Bde. M. 12.—

Sepp, Orient und Occident. 100 Kapitel über die Nachtseite der Natur. Zauberwerk und Hexenwesen. M. 6.—

Voigtel-Cohn, Stammtafeln zur Geschichte der europ. Staaten. 1. Deutschland und die Niederlande. M. 15.—

Wachsmuth, Geschichte deutscher Nationalität. 3 Bde. M. 10.—

——, Geschichte politischer Parteiungen alter und neuer Zeit. 3 Teile. (Früher M. 25.—) M. 12.—

——, Hellenische Altertumskunde. 2 Bde. M. 12.—

E. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Reise des deutschen Kronprinzen durch Ceylon und Indien

Von Dr. Oskar Bongard. Mit 133 Bildern, darunter eigenhändige Aufnahmen Sr. Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen Wilhelm.
Mark 3.—, elegant gebunden Mark 4.50

Aus der Chronik der Herzogin von Dino, späteren Herzogin von Talleyrand u. Sagan (1840–1862)

Herausgegeben von Fürstin Anton Radziwill
Übersetzt von Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Cramm.
Mark 8.—, eleg. gebunden Mark 10.—

Kaiser Maximilian II. bis zu seiner Thronbesteigung (1527–1564)

Ein Beitrag zur Geschichte des Übergangs von der Reformation zur Gegenreformation. Von Professor Dr. R. Holtzmann. (Früher M. 18.—.) M. 12.—

Entwicklung der deutschen Poesie von Klopstocks erstem Auftreten bis zu Goethes Tode

Von Prof. Dr. J. W. Loebell. 3 Bände. Mark 10.—

Die Psychologie des jüdischen Geistes

Von Dr. S. M. Melamed
Preis Mark 3.50, eleg. geb. Mark 5.—
Ein Bild von der Werdung und Entstehung des jüdischen Geistes, das einen gründlichen Einblick in den Genius dieses Volkes gibt.

Zurück zum Idealismus

10 Vorträge von A. v. Hartmann.
Mark 3.60, gebunden Mark 4.60.

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Romane von Georg Katz:

Lotte Lands Traum vom Glück

Preis 3 Mark, eleg. geb. 4 Mark.

„. . . Es ist ein Vergnügen, auf ein Buch zu stoßen, das, wie der vorliegende Roman, von der ersten bis zur letzten Seite interessant ist. Einfach ist der Inhalt: ein verheirateter Mann verliebt sich in ein junges Mädchen, das ihm in ihrer tiefen Liebe alles opfert. Aber Katz versteht es, dem Thema eine neue Seite abzugewinnen, indem er zwei edle Menschen schildert, die nach ihrer Charakteranlage nicht anders handeln können, als sie eben handeln. Man kann auf diesen Roman einige Worte anwenden, die ein Kritiker der „Lehrerstimme" über desselben Autors „Marionetten der Liebe" gebraucht hat: Mit glänzender Technik enthüllt er uns die Seelen seiner Helden, in die Tiefen des menschlichen Innern gibt er uns Einblicke." M. S.

Marionetten der Liebe

Der ergreifende Liebesroman eines jungen Arztes

Preis 3 Mark, geb. 4.50 Mark.

„Ein hochtalentvolles Werk eines stark empfindenden Dichters."
Berliner Tageblatt.

„Es sind Seiten in dem Buch, in denen feingewählte Worte zart ziselierte Bilder in uns erwecken, wie wir sie auf den Goldschmiedearbeiten alter Nürnberger Meister finden."
Graudenzer Gesellige.

Salamon Dembitzer:

Aus engen Gassen

Deutsch von Stefania Goldenring

Eleg. Kart. 1.50 Mk.

Inhalt: Mein Städtchen / Ein Besuch in Lancut / Die Stadt K . . . . / Die Grenadierstraße / Das diamantene Antwerpen / Die letzten Tage in Antwerpen (August 1914)

. . . Eine suchende Sehnsucht durchgeistert die mannigfaltigen, feinen Stimmungsbilder, die, mit dem Auge des Künstlers gesehen, in hoher Formschönheit und knapper Geschlossenheit festgehalten sind. Es ist wie das Klagen einer leisen Harfe, was in diesen Szenen rastloser Werkeltage und stiller Sabbatstunden flüstert. . . . „Die neue Zeit."

Das Interessengebiet des Vierbundes.

Aus Redlich, Österreich Ungarn als Großmacht.

C.A. Schwetschke u. Sohn, Berlin 1916.

KATALOGIZOVAL
23. NOV. 1954
PAVOL OCHODNICKÝ

C. A. Schwetschke & Sohn * Verlag * Berlin

Kriegspolitische Einzelschriften:

Heft 1: **Die Kriegsverschwörung und die Kriegsverschwörer.** Von Salvator. M. 1.—
Iswolsky / Poincaré / Grey / Nikolaus / Victor Emanuel / Delcassé / Italiens Verrat / Salandra und Sonnino / u. a.

Heft 2: **Das Land der Balten und der Krieg.** Von Dr. Otto Helmut Hopfen. M. 1.—
„Diese Baltenschrift gehört zu den Gipfelwerken der Kriegsliteratur." Dr. M. G. Conrad.

Heft 3: **Die deutschen Juden und der Krieg.** Von Geh. Rat Professor Dr. L. Geiger. 2. Aufl. M. 1.20

Heft 4: **Kriegslehren zur äußeren Politik.** Von Dr. Otto Helmut Hopfen. M. 1.50
Reichsvertretung und Aufgaben der äußeren Politik./Klarheit oder Blindheit gegenüber Frankreich?/Mehr Würde (Italien)./ Dira necessitas (Belgien). / Die Schweiz und die Neutralität.

Heft 5: **Die nationale Organisation Oesterreichs.** Von E. v. Zenker, Mitgl. d. österr. Reichsrates. M. 1.20
In vollendeter Klarheit der Sprache ein trotz aller Kürze umfassendes Bild der nationalen Landkarte.

Heft 6/7: **Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege.** Von Konrad Haenisch, Mitgl. d. Abg. 2. Auflage. M. 2.50
Von den führenden Blättern aller Parteien als eine der **bedeutsamsten Erscheinungen der gesamten innerpolitischen Kriegsliteratur** bezeichnet.

Heft 8: **Deutschlands Aufgaben für Handwerk und Gewerbe nach dem Kriege.** Von Herm. Fuchs. M. 1.20

Heft 9: **Volkscharakter und Kriegspolitik in Frankreich, Rußland und England.** Von Robert W. Horn. M. 1.50

IV B 3326

C. A. Schwetschke & Sohn * Verlag * Berlin

Kriegspolitische Einzelschriften ferner:

Heft 10: **Die wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte.** Von Dr. Béla Rajnik. 80 Pfg.

Heft 11: **Die Türken und Wir nach dem Kriege.** Ein praktisches Wirtschafts-Programm. Von Ernst Marré. 80 Pfg.

Heft 12: **Die Ukraine.** Beiträge von Hofrat Alex. Barwinskyj / Professor Dr. Paul Cremer / Dr. Eugen Lewicky / Dr. Falk Schupp. M. 1.80

Heft 13: **Die Lage des jüdischen Volkes in Rußland.** Nach in der Duma gehaltenen Reden. Aus dem Französischen übersetzt und mit einem Geleitwort versehen von Professor Dr. S. Kalischer. 80 Pfg.

Heft 13a: **Deutsch, polnisch oder Jüdisch?** Betrachtungen und Urkunden zur Ostjudenfrage. Von Germano-Judäus. M. 1.—

Heft 15: **Die handelspolitische Zukunft Deutschlands.** Von Professor Dr. J. Jastrow. Mit einer Karte und vier Tabellen. M. 1.20

Heft 16: **Amerikanische Menschlichkeit im Lichte des diplomatischen Notenwechsels.** Von J. P. Buß. M. 1.—

Erste Veröffentlichung und Verarbeitung des deutsch-amerikanischen Notenwechsels.

Heft 17: **Neudeutsche Wirtschaftspolitik.** Kriegs- u. Friedens-Aufsätze. Von Davis Trietsch. M. 2.—

Heft 18: **Der irische Aufstand von 1916.** Von Professor Dr. Friedrich Brie. M. 1.20

* **Weitere Hefte in Vorbereitung!** *

BINDING SECT. MAR 19 1974

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DB
48
R3

Redlich, Alexander
Oesterreich-Ungarn als
Grossmacht

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 16 11 23 02 028 6